

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

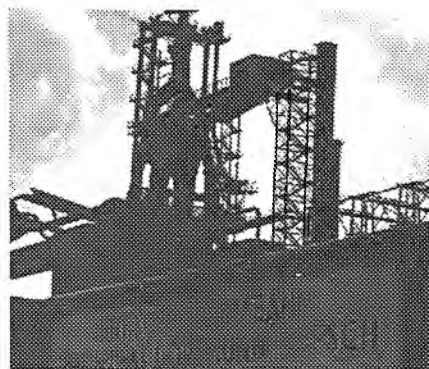
Politische Berichte



4. März 1988
Jg. 9 Nr. 5

G 7756 D

Preis:
2,50



Ruhrgebiet: 1 Mrd. DM mehr für Kapitalisten – Die Lasten tragen Lohnabhängige und Kommunen Seite 4



Südafrika/Azania: Unterstützt den Befreiungskampf! Waffen für APLA – Bewaffnet das Volk! Seite 8



USA: Durch jahrelange und schwere Lohnsenkungen sind die US-Imperialisten auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig geworden Seite 12

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Ruhrgebietskonferenz: Eine Milliarde DM zusätzlich für die Kapitalisten – Die Lasten tragen Lohnabhängige und Kommunen 4

EG-Agrarverhandlungen: Neue Exportoffensive durch Getreidepreissenkung 7

Öffentl. Dienst: Trotz Warnstreiks – Dienstherren auf Konfrontation 7

Südafrika / Azania: Unterstützt den Befreiungskampf! Waffen für APLA – Bewaffnet das Volk! . . . 8
Den Kampf im besetzten Azania führen – Auszüge aus dem Vortrag von J. Moabi 9

CDU-Menschenbild: Verkirchlichung des Staates, mehr Kontrolle unter dem Schlagwort: Verantwortung 10
Leitantrag für CDU-Parteitag: Wir schützen das ungeborene Kind . . 11

Auslandsberichterstattung

USA: Wieder konkurrenzfähig durch jahrelange Reallohnsenkung 12

Österreich: Ladenschluß: Ganz Wien bald Fremdenverkehrsgebiet? 13

Türkei / Kurdistan: Hungerstreik: Einer tot, andere in Lebensgefahr 14

Großbritannien: Ford-Streik beendet 14

Chile: Widerstand und Lage der Frauen 15

Peru: PCP („Leuchtender Pfad“) weitet Arbeit in den Städten aus . 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:
Nacht- und Schichtarbeit machen krank 18
Eineinhalb Jahre nach Marcos – die Philippinen unter Aquino . . . 18
Kirchenaustritt alleine genügt nicht! 18
Reportage über Frauenarbeit . . . 19

Tribunal der IG Druck und Papier: Angeklagt sind Kohl, Geißler, Blüm und Murmann und Co. . . . 19
Dokumentiert: Gegen Flexibilisierung und ungeschützte Arbeitsverhältnisse 20

Schluß mit der Verfolgung von Feyka Kurdistan!

Die Anfang Februar einsetzende erneute Verfolgungswelle gegen kurdische Arbeitervereine hält an. Mindestens 30 Mitglieder kurdischer Arbeitervereine sind seitdem von der Polizei vorübergehend festgenommen worden, Vereinsräume und Privatwohnungen wurden erneut in mehreren Städten durchsucht, Akten beschlagnahmt.

Zwölf Kurden in Isolationshaft

Mindestens zwölf Kurden sind noch immer in Haft:

- Hasan Hayri Güler, inhaftiert in der JVA Köln Ossendorf;
- Hüseyin Celebi, inhaftiert in der JVA Wuppertal;
- Ibrahim Korkmaz, inhaftiert in der JVA Düsseldorf;
- Frau Yasemin Gedik, inhaftiert in der JVA Essen;
- Bozan Öztürk, inhaftiert in der JVA Hannover;
- Ali Sacik, inhaftiert in der JVA Hannover;
- Selman Arslan, inhaftiert in der JVA Köln Ossendorf;
- Ibrahim Kadah, inhaftiert in der JVA Köln Ossendorf;
- Ahmet Karadeniz, inhaftiert in der JVA Frankenthal;
- Hasan Engizek, inhaftiert in der JVA Bielefeld-Brackwede;
- Ahmet Yüksel, inhaftiert in der JVA Wuppertal;
- Mustafa Erbil, Haftanstalt noch unbekannt.

Als Haftgrund für alle Inhaftierten gibt die Generalbundesanwaltschaft § 129 a an, d.h. Verdacht auf Bildung bzw. Beteiligung einer terroristischen Vereinigung. Alle Inhaftierten sind in Isolationshaft gesperrt. Mindestens drei Inhaftierte haben einen Hungerstreik begonnen, um gegen ihre Verhaftung und gegen die Haftbedingungen zu protestieren: Hasan Hayri Güler und Selman Arslan in Köln-Ossendorf und Hüseyin Celebi in Wuppertal. Selman Arslan wurde inzwischen nach fünf Tagen Hungerstreik in ein Dortmunder Krankenhaus eingeliefert.

Pressekonferenz der ERNK

Am 17. Februar protestierte die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) in Bonn auf einer Pressekonferenz gegen die erneute Verfolgungswelle. Rechtsanwalt Yildirim erklärte für die ERNK dabei u.a.:

„Der türkische Staat hat bei den offiziellen bundesdeutschen Behörden große Bemühungen unternommen, um neue Maßnahmen gegen uns in Gang zu bringen . . . Obwohl das Komplott in Schweden, bei dem Olaf

Palme ermordet wurde, (die PKK bzw. Anhänger und Sympathisanten der PKK waren damals monatelang von schwedischen Behörden als des Mordes an Olaf Palme verdächtig verfolgt, zahlreiche Kurden inhaftiert worden, bis die Haltlosigkeit dieser Vorwürfe so offen zutage lag, daß der Leiter der verantwortlichen Polizeikommission seinen Hut nehmen mußte, d. Red.) vor den Augen der Weltöffentlichkeit bloßgestellt war, hat die am 3. September 1987 erschienene türkische Zeitung Hürriyet das Bild des kurdischen Politikers Hasan Hayri Güler veröffentlicht und unseren Freund zum Mörder von Olaf Palme erklärt. Damit war auch das Ziel neuer Komplote offenbart. Danach wurden während des Besuchs des türkischen Ministers Mehmet Yazar in der BRD auf der Basis der gegenseitigen Interessen neue Komplote geplant und diesbezügliche Beschlüsse gefaßt.“ Alle Vorwürfe gegen die ERNK und ihre Anhänger seien haltlos und unbegründet. Yildirim weiter: „Wir haben des öfteren betont, wir betonen es noch einmal:

Wir haben in Europa kein anderes Ziel, als Unterstützung für die legitime Sache unseres Volkes zu schaffen. Wir verfolgen in Europa keine Politik, die sich auf Gewalt stützt. Eine derartige Auffassung wäre eine unseren politischen Festlegungen widersprechende Auffassung.“

Rebmanns „Beweise“

Die Generalbundesanwaltschaft hat bisher weder für die Inhaftierungen noch für die über die Inhaftierten verhängte Isolationshaft irgendwelche nachprüfbaren Beweise vorgelegt. Stattdessen hat Rebmann am 18. Februar in einer Pressekonferenz u.a. behauptet, zwei potentielle „Opfer“ von PKK-„Teilkomitees für „Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendienst“ hätten sich „in die Obhut der Polizei“ begeben und dort gegen die Inhaftierten ausgesagt. Das erste Opfer habe beim Transport zu einem angeblichen Kölner „PKK-Volksgerecht“ in Niedersachsen auf einer Tankstelle aus dem Wagen flüchten können, das andere sei „am Morgen des 15. Februar“, also am Rosenmontag, in Köln in Unterhosen auf die Straße gerannt und nun ebenfalls in polizeilicher Obhut. Außerdem habe man „schriftliche Todesurteile“ gefunden.

Soweit die Rechtsanwälte der Inhaftierten bisher feststellen konnten, ist der Inhaftierte Bozan Öztürk der Onkel des einen, angeblich auf einer Tankstelle geflüchteten „Opfers“. Über ihn teilte der Rebmann der ob solcher „Beweise“ offenbar ungerühr-

ten Presse auf seiner Pressekonferenz am 18.2. mit: „Öztürk suchte kurz nach der Flucht des Opfers die Polizeistation, in der sich das Opfer befand, auf und gab der Wahrheit zuwider gegenüber der Polizei an, vom Opfer angerufen und beauftragt worden zu sein, es abzuholen. Öztürk hatte offenbar die Aufgabe, das Opfer erneut der PKK zuzuführen.“ (Presseerklärung des Generalbundesanwalts, 18.2.1988) Der Onkel sucht den Nefen auf der Polizeiwache. Wofür? Klar, fürs PKK-Volksgericht! Verhaften! Isolieren!

Als weitere „Beweise“ will Rebmann schon im vergangenen Sommer bei der Durchsuchung kurdischer Vereinsräume angebliche „schriftliche Todesurteile“ gefunden haben. Das Rätsel, wieso dann die Kölner Staatsanwaltschaft im November, d.h. ein Vierteljahr nach Auffinden solcher angeblichen „Beweise“, die in der Wohnung eines der jetzt Inhaftierten beschlagnahmten 700000 DM den Kurdistan-Komitees in Europa wieder aushändigte, löste Rebmann dabei nicht.

Bleibt der zweite Zeuge, der am Rosenmontag in Köln in Unterhose auf die Straße „flüchtete“ und von dort in die „Obhut der Polizei“ fand. Dieses Opfer soll vorher tagelang in einer Wohnung „inhaftiert“ und dort zum Tode verurteilt worden sein, das Urteil, so Rebmann weiter, sei dann in den Räumen des Kölner Kurdistan-Komitees (dessen Büro an einer der belebtesten Kölner Innenstadt-Straßen liegt), wohin das „Opfer“ gebracht worden sei, bestätigt worden. Nach Informationen der Rechtsanwälte hat dieses Opfer in den Tagen vor seiner „Flucht“ mit mindestens einem der Inhaftierten gemeinsam eine fremde kurdische Familie besucht und dort gefeiert.

Soweit die – vorläufigen – Ergebnisse der Rechtsanwälte bezüglich der Anschuldigungen Rebmanns. Die Rechtsanwälte der Inhaftierten wollen noch in dieser Woche Anträge auf Haftprüfung und Freilassung der Inhaftierten stellen. Gleichzeitig haben sie angekündigt, im Auftrag der ERNK die Bundesregierung sowohl vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf wie vor der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg anklagen zu wollen.

Protestaktionen, neue Verbote

Inzwischen haben erste Protestaktionen gegen die Inhaftierungen stattgefunden, an denen sich auch westdeutsche Organisationen beteiligten. In Hannover beteiligten sich ca. 400 westdeutsche und kurdische Antifaschisten am 27.2. an einer Protestdemonstration gegen die Verhaftungen.

Im Hamburg protestierten am gleichen Tag 200 westdeutsche und kurdische Antifaschisten gegen die neue Verfolgungswelle. In mehreren Städten begannen Mitglieder und Sympathisanten der kurdischen Arbeitervereine Hungerstreiks gegen die Inhaftierungen oder führten andere Protestaktionen durch. In Westberlin, Hannover, Hamburg, Stuttgart, München und anderen Städten verteilten örtliche Aktionseinheiten Flugblätter gegen die Verhaftungen. Auch gegen diese Solidaritätsaktionen geht die Staatsmacht vor: Eine Veranstaltung in München am 26.2. wurde vom Kreisverwaltungsreferat mit dem Vorwand der „Verunglimpfung der BRD“ (§ 90a StGB) verboten (siehe dazu den Artikel auf S. 25).

Offenbar sind Bundesinnenministerium, BKA, Bundesanwaltschaft und die Länderinnenminister entschlossen, die kurdischen Vereine mit einer systematischen Verfolgungs- Verhaftungs- und Hetzkampagne Zug um Zug in die Illegalität zu drängen. Rassistische Hetze gegen angeblich mordlustige Kurden, verbunden mit wilden Verleumdungen sollen dabei helfen, die fast 400000 Kurden in der BRD faktisch unter ein Ausnahmerecht zu stellen, in dem selbst die erbärmlich schwachen Schranken des jetzt bestehenden Ausländerrechts gegen staatliche Willkürmaßnahmen völlig aufgehoben sind. So sind nach Angaben von Feyka Kurdistan allein im letzten Jahr mehr als 100 Mitglieder von Feyka-Vereinen in der BRD kurzzeitig von der Polizei festgenommen worden. Alle mußten nach spätestens 48 Stunden wieder freigelassen werden. Die Vereine von Feyka Kurdistan haben zusammen ca. 10000 eingeschriebene Mitglieder. Die Verfolgungswelle gegen Feyka nimmt so – von der bürgerlichen Öffentlichkeit kaum bemerkt – Züge einer Notstandsübung an, die sich unter dem Deckmantel einer scheinbaren „Liberalisierung“ des Ausländerrechts (Kommunalwahlrecht für EG-Ausländer) unbemerkt entfaltet. Ihr entgegenzutreten, ist die Pflicht jedes Antifaschisten. – (rül)

Neuerscheinung

Katalog antifaschistischer Literatur 1988

Hrsg.: Zentraler Vorstand der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Erscheint im GNN-Verlag, Züllicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1

20 Seiten, Auflage: 4000

Der Katalog wird kostenlos abgegeben. Bei Bestellungen bitte Porto für Versand beilegen.

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Sonntagsarbeit bei IBM: Nach Duldung der Samstagsarbeit jetzt schwierige Lage der IG Metall . . 22

Continental AG: Krebserzeugende Arbeitsstoffe – nichts rührt sich 22

Werftindustrie: HDW/B+V: Spaltung nützt den Aktionären . . 23

BBC Mannheim: Erhebliche Verlängerung der Gleitzeit für Angestellte 23

Verfassungsschutz: Die jüngsten „Enthüllungen“ fügen der Reaktion kaum Schaden zu 24

§ 129a: Duisburg: Beginn des Verfahrens am 18.5.88 25

Feyka-Kurdistan: Veranstaltung am 26.2.88 verboten 25

Dr. Peter Gauweiler: Keine Rücksicht auf Interessen der arbeitenden Klassen bei der Gestaltung des Gemeinwesens 26
Aus einer Broschüre des Anti-Strauß-Komitees München 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 29

Kurpfälzer Treff: Initiative „Kein Braunes Weinheim“ gegen Neonazi-Treff 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Klassische Moderne: Einige Gedanken von Grosz und Herzfelde (Teil 2) 30

BWK und VSP: Ergebnis der Kommission „Antifaschismus“ . . 31

Spezialberichte

§ 218: Ersatzlose Streichung des § 218! Kein Beratungsgesetz! Für ein Recht auf Abtreibung! 36
„Recht muß Recht bleiben“ – der § 218 bleibt ein Klassenparagraf . 36
„Trendwende zum Leben und zum Kind“ – in keiner Hinsicht eine billige Werbekampagne 38
Der Embryo ist alles – die Frau ist nichts! 38

Titelbild: N.O., Aachen

Ruhrgebietskonferenz

Eine Milliarde DM zusätzlich für die Kapitalisten – Die Lasten tragen die Lohnabhängigen und die Kommunen

„Gemeinsam Verantwortung wahrnehmen heißt Zusammenarbeit statt Schuldzuweisung“, diese Aussage von Bundeskanzler Kohl (CDU) in der Eingangserklärung zur Ruhrgebietskonferenz der Bundesregierung am 24.2. in Bonn (1) hätte auch gut als Schlußwort gepaßt. Die ganz große Koalition zur „Rettung des Ruhrgebietes“ steht: NRW-Ministerpräsident Rau (SPD) erklärte den Tag zu einem „großen Erfolg für das Revier“. CDU und FDP, die Vertreter von Konzernen und Kapitalistenverbänden und zumindest die meisten der anwesenden Oberbürgermeister äußerten sich ebenso zufrieden. Nur etwas distanzierter waren die Gewerkschaften.

Wesentliches Ergebnis ist ein Sonderprogramm Montanregionen, das im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ aufgelegt werden soll. Für das Ruhrgebiet sollen 400 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden, für das Saarland 100 Mio. DM. Zusammen mit 100 Mio. DM von der EG und weiteren 500 Mio. DM vom Land, die Rau zusagte, würden allein ins Ruhrgebiet 1 Mrd. DM fließen, als Fördermittel für Investitionen.

Die zu fördernden Projekte sollen von Bonn und Düsseldorf noch festgelegt werden. Der Betrag wird jedoch auch den Konzernen zugute kommen, die im Ruhrgebiet jahrzehntelang riesige Profite erwirtschaftet und in anderen Regionen angelegt haben. So sagten allein die Stahlkonzerne Investitionen von 2 Mrd. DM zu. Auch

daß es dabei vor allem um Rationalisierung geht, spricht nicht gegen die Förderwürdigkeit im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe“. Wesentliche Fördervoraussetzungen sind Übereinstimmung mit den „Grundsätzen der allgemeinen Wirtschaftspolitik“ und „überregionale Bedeutung“. (2)

Auch die weiteren Maßnahmen zielen durchweg auf den Ersatz von Produktionskosten für die Kapitalisten und die Förderung ihrer Konkurrenzfähigkeit. Die Stahlstadt Duisburg soll zu einem Schwerpunkt der Regionalförderung mit einer Förderungsrate von 18% werden, die Post will 1988 500 Mio. DM mehr als geplant im Ruhrgebiet investieren, die Bundesbahn will Grundstücke zur Industrieansiedlung zur Verfügung stellen, die Deutsche Agentur für Raumfahrt-Angelegenheiten soll in Bonn angesiedelt werden, mehrere Institute sollen eingerichtet werden, der Duisburger Hafen als größter europäischer Binnenhafen soll Freihafen werden.

„Das wichtigste Ergebnis der Ruhrgebietskonferenz liegt darin, dem Revier wieder Mut gemacht zu haben“, kommentierte das „Handelsblatt“. Das heißt vor allem: Dem Widerstand gegen die Umstrukturierungspolitik der Konzerne soll der Garaus gemacht werden. Kapitalisten wie der VEBA-Vorstandsvorsitzende von Bennigsen-Foerder drohte schon vor der Konferenz mit der „Rechtsordnung“. Gegen Uneinsichtige wie die Belegschaft des Krupp-Werkes Rheinhausen soll notfalls die Staatsgewalt eingesetzt wer-

den. Johannes Rau hat den Chef des größten Konzerns in NRW nicht sitzen lassen: Auch er sprach sich nach der Konferenz ausdrücklich für die Wiederherstellung des „Produktionsfaktors sozialer Frieden“ aus. (3)

„Investitionsstandort“ im Rahmen der EG

Nach der Konferenz dürfte es schwierig werden, der Bundesregierung vorzuwerfen, sie habe kein „Konzept“ zur „Krisenbewältigung“ im Ruhrgebiet. Die Vertreter kapitalistischen Wirtschaftens haben eins, und es ist erforderlich, sich damit genauer zu befassen. Kohl in seiner Erklärung: „Gerade das Ruhrgebiet bietet denkbar günstige Voraussetzungen für einen Investitionsstandort höchster Qualität in dem von allen EG-Ländern angestrebten Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft.“

Zu den guten Voraussetzungen zählen bürgerliche Fachleute die gute Verkehrsinfrastruktur, die Forschungseinrichtungen, die Tatsache, daß die Bedeutung von Chemieindustrie und Maschinenbau in NRW heute größer ist als die von Kohle und Stahl. Zudem liegt die Produktivität, gemessen an der Bruttowertschöpfung, im Ruhrgebiet mit 73000 DM pro Erwerbstätigem nach wie vor deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 68000 DM. Alles das wartet direkt auf die Ansiedlung von „High Tech“-Industrie und den Ausbau des unterentwickelten Dienstleistungsbereiches, vorausgesetzt, die „Rahmenbedingungen“ stim-

BRD-Frankreich: Einzelheiten der „gemeinsamen Brigade“

Am 1. Oktober soll mit der Aufstellung der „deutsch-französischen Brigade“ begonnen werden. Das hat die Bundesregierung auf Anfrage der SPD mitgeteilt. Die neue Brigade soll südlich von Stuttgart stationiert werden, das Brigadekommando wird seinen Sitz in Böblingen haben. Die 4200 Soldaten werden aus der Heimat-schutzbrigade und Einheiten der 1. französischen Armee gebildet, was für die französischen Einheiten eine „Vorneverlegung“ im Sinne der westdeutschen aggressiven Militärplanungen bedeutet. „Die zukünftige deutsch-französische Brigade sowie die in den letzten beiden Jahren vereinbarte Zusammenarbeit im militärischen Bereich werden in der Praxis zu einer Wiederannäherung der französischen Seite an die gemeinsame Verteidigung (der NATO, Anm. d. Red.) im

Kommandobereich Europa-Mitte (Central Region) führen“, urteilt die Bundesregierung. Ob sie als Kanonenfutter für einen Krieg nach Osten eingesetzt wird oder zur gewaltsamen Unterdrückung an der „Heimatfront“: Hauptnutznießer der neuen Brigade wird der BRD-Imperialismus sein. (Bt-Ds. 11/1777 – rül)

Wörners „Kräftevergleich“: Dreiste Entwaffnungsforderung

„Die NATO bewahrt ihre Sicherheit, indem sie die militärischen Potentiale unterhält, die ... zur Abschreckung von Angriffen ... angemessen sind ... Die Grundsätze der ... Militärdoktrin ... des Warschauer Paktes können in folgenden Zielvorgaben ... zusammengefaßt werden: Oberstes Gebot ist die Erringung des Sieges.“ Mit solcher Demagogie gespickt hat das Verteidigungsministerium einen „Streitkräftevergleich“ NATO – Warschauer Pakt vorgelegt. Eine angebliche Über-

legenheit des Warschauer Paktes bei Personal (+50%), Panzern (+70%), Artillerie (+70%) wird darin u.a. dadurch „bewiesen“, daß die meisten in den USA stationierten US-Truppen einfach nicht mitgerechnet werden. Die Broschüre ist ein durchsichtiger Versuch, der verstärkt propagierten aggressiven westlichen Forderung nach „einseitiger konventioneller Abrüstung“ des Warschauer Paktes einen Hauch von „Friedfertigkeit“ umzuhängen. – (rül)

SPD-Fraktion: Vorruhestand befristet verlängern

Die SPD-Fraktion hat einen Entwurf zur Verlängerung des Vorruhestandsgesetzes vorgelegt (BT-Drs. 11/108) – befristet bis 1991, der nächsten Bundestagswahl. So habe der Bundestag genug Zeit, eine neue Regelung auszuarbeiten. Der SPD schwebt vor, die Zuschüsse aus der Arbeitslosenkasse an die Kapitalisten beim Austausch



Die Belegschaft von Krupp-Rheinhausen legte am Tag nach der Ruhrgebietskonferenz die Arbeit nieder. Viele hatten vergeblich Zusagen zum Erhalt des Werkes erwartet. Schild: „Lieber gefangen in der Hütte als frei im Hafen!“

men.

Auch die Stahlindustrie soll nicht einfach „platt“ gemacht werden. „Die Stahlindustrie muß auch in Zukunft im Ruhrgebiet ein bedeutender Wirtschaftsfaktor sein“, so Kohl. Die Konferenz hat sich darauf geeinigt, den Druck auf die Stahlindustrie der anderen EG-Länder zu verschärfen. Stillenkriterium für Überkapazitäten soll „ausschließlich“ die Wirtschaftlichkeit sein. Da in der EG zur Zeit fast nur die westdeutschen Stahlkonzerne Profite ausweisen, ist klar, wer nicht gemeint ist. Zu erwarten ist eine Verstärkung chauvinistischer Versuche, die Stahlarbeiter als Fußvolk für die EG-Politik der BRD zu nutzen.

Was die „Rahmenbedingungen“ angeht, ist der Plan eines Freihafens für Duisburg von Bedeutung: Im Ha-

fengebiet sollen auch Produktionsbetriebe angesiedelt werden, die zoll- und steuerfrei produzieren. Die Kapitalisten fordern das seit Jahren, die CDU-Rheinland hat die Forderung 1984 in ihr Programm aufgenommen (4), die FDP rührt ebenfalls seit längerem die Trommel. Neu ist, daß die SPD-Landesregierung die Forderung im Vorfeld der Konferenz übernommen hat. Orientierungspunkt in der bürgerlichen Diskussion sind seit 1984 auch die in den USA vorhandenen „Free Enterprise Zones“, in denen Tarifverträge, gesetzliche Arbeitsschutzbestimmungen, Umweltbestimmungen usw. aufgehoben sind.

Ebenfalls in punkto Rahmenbedingungen von Bedeutung ist der Tarifabschluß in der Stahlindustrie NRW, der einen Tag nach der Ruhrgebiets-

konferenz zustande kam. Vier Monate lang sollen die seit dem 1.11.1987 offenen Löhne und Gehälter gar nicht erhöht werden, ab 1.3.1988 um 2% und ab 1.8.1989 um weitere 2%. Die Arbeitszeit wird ab 1.11.1988 von jetzt 38 Stunden auf 36,5 Stunden/Woche bei vollem Lohnausgleich verkürzt. Die Laufzeit beider Verträge endet am 31.10.1990, beträgt also 36 bzw. 34 Monate.

Die IG Metall hebt zwar die Arbeitszeitverkürzung als Erfolg hervor. Sie wurde jedoch – neben Möglichkeiten zur Flexibilisierung – durch Lohnsenkung gerade für die unteren Lohngruppen erkaufte.

Die Konzerne wollen die Kommunen ausbluten

Bei einer allein auf Investitionsförderung ausgerichteten Politik sind die Kommunen als kleinräumige politische Vertretungen nur störend. Ihnen fällt – laut Kohl – zwar „Verantwortung“ zu, jedoch auch dies nur „im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung“. Sie sollen vor allem „Hemmnisse“ für die Ansiedlung von Kapitalisten beseitigen. Darunter ist nicht nur eine entsprechende Flächenbevorratung, die Herrichtung der nötigen Infrastruktur usw. zu verstehen. „Hemmnis“ für Ansiedlungsvorhaben ist oft auch die Bevölkerung.

Weil sich solche Interessen auf der kommunalen Ebene noch relativ leicht durchsetzen lassen, gehen die Konzerne dazu über, die kommunale Wirtschaftsförderung in die eigene Hand zu übernehmen. Das mit städtischen Geldern gebaute und unterhaltene Technologiezentrum in Essen wird von einem Verein betrieben, in dem das RWE, Krupp und andere am Ort ansässige Konzerne sitzen. In

älter durch jüngere Beschäftigte noch zu erhöhen. Der Entwurf signalisiert Blüm Zusammenarbeit: man findet nicht einmal eine Andeutung von Opposition gegen die Regierungsabsicht, das gesetzliche Rentenalter nach oben zu flexibilisieren. – (alk)

Weitere Staatsschutzmachenschaften im Mordfall Schmücker

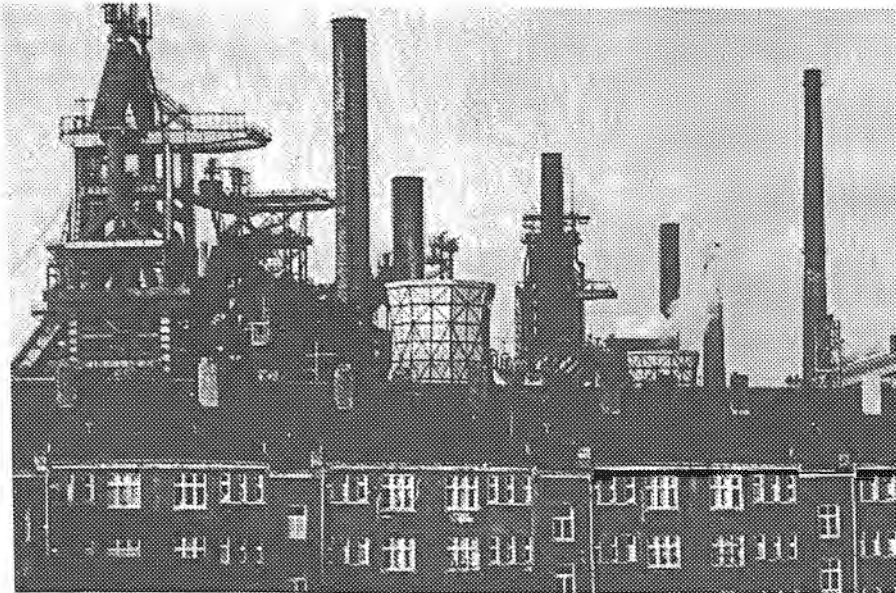
Die Politischen Berichte haben vor gut einem Jahr ausführlich über die Staatsschutzmachenschaften im Mordfall Schmücker berichtet. (s. PB 02/87) Inzwischen sind weitere starke Anhaltspunkte dafür aufgetaucht, daß der Verfassungsschutz zutiefst in diesen Mordfall verwickelt ist. Für den Mord an Schmücker, der für den Verfassungsschutz tätig war, wurde u.a. Ilse Schwipper bisher dreimal zu lebenslänglicher Haft verurteilt – gegenwärtig läuft die dritte Revision. Grundlage für die Verurteilung Ilse Schwippers war immer die Aussage des

„Kronzeugen“ Jürgen Bodeux, dem die Anwälte Tätigkeit für den Verfassungsschutz nachweisen konnten. Eine jetzt in Köln aufgetauchte Akte gibt deutliche Hinweise auf die Verwicklung Bodeux' in einen Raubmord in Köln-Porz. Dieser Raubmord wurde nie aufgeklärt, die Hinweise auf die Tatbeteiligung Bodeux' nie verfolgt, z.T. sogar vernichtet, auf jeden Fall geheimgehalten. Allem Anschein nach hat der Staatsschutz die Ermittlungen gegen Bodeux niedergeschlagen und dafür seine Kronzeugenaussage gegen Ilse Schwipper und ihre Mitangeklagten erpreßt. – (scc)

Richtlinien für Härtefond Täuschung der Opfer

Der Innenausschuß des Bundestages hat mit der Koalitionsmehrheit am 24. Februar die Richtlinien für die Vergabe von Mitteln aus dem Härtefond für NS-Opfer beschlossen. Änderungsanträge von SPD und Grünen, die

Forderungen der Verfolgtenverbände entsprachen, wurden abgelehnt. Stellungnahmen vom Zentralrat deutscher Sinti und Roma, der ev. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer, der AG Verfolgter Sozialdemokraten und der Jüdischen Gemeinde Berlin, die dringend forderten, diese Richtlinien nicht zu verabschieden, wurden nicht beachtet. Ein Teil der zusätzlichen 300 Mio. DM wird nicht an die NS-Opfer, sondern an die Staatskasse zurückgehen, so die Grünen. Die wichtigsten Regelungen: Kein Rechtsanspruch; keine Mitbestimmung der Verfolgtenverbände; „endgültiger“ Ausschuß von ausländischen Verfolgten; erneut kein Anspruch für Kommunisten; Roma und Sinti werden noch weniger Entschädigung erhalten; Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und viele andere werden nicht als Verfolgte anerkannt; in der Regel Einmalzahlungen statt laufender Hilfen. – (düb)



Das Thyssen-Hauptwerk in Duisburg-Hamborn. Nachdem die Thyssen-Stahl AG für das Geschäftsjahr 1986/87 demonstrativ „rote Zahlen“ meldete, gibt sie für das letzte Quartal selbst wieder Gewinne zu.

Oberhausen haben MAN-GHH und Babcock einen Verein zur Wirtschaftsförderung initiiert, die Duisburger Konzerne wollen entsprechendes.

Da den Ruhrgebiets-Konzernen die Grenzen der Kommunen längst zu eng sind, um ihre auf den Weltmarkt ausgerichteten Aktivitäten zu planen, sind sie für die Bildung eines Regierungsbezirkes Ruhrgebiet. Bisher gehört das Ruhrgebiet zu drei Regierungsbezirken. Sinn gibt die Änderung nur, wenn die Möglichkeiten der Kommunen eingeschränkt werden.

Obwohl die Notwendigkeit kommunaler Leistungen für die Lohnabhängigen gewachsen ist und die Kommunen finanziell ausbluten, war dies für die Bundesregierung kein Thema. Die 1980 erfolgte Abschaffung der Lohn-

summensteuer hat die Kommunen in NRW um 36% ihrer Gewerbesteuer-einnahmen gebracht. Die Zahlungen für die von den Kommunen getragene Sozialhilfe stiegen von 7,1 Mrd. DM 1982 auf 9,4 Mrd. DM 1986, um 32%. Die in den kommunalen Haushalten in NRW ausgewiesenen Defizite stiegen von 518 Mio. DM 1986 auf 808,4 Mio. DM 1987. (5) Immer mehr Städten werden von der Landesaufsicht Haushalts-Kürzungen aufgezwungen.

Die von den Kapitalistenverbänden verlangte Beseitigung des „Investitionshemmnisses“ Gewerbesteuer würde den politischen Spielraum der Kommunen vollends beseitigen. Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) hat jetzt als „adäquaten Ersatz“ einen Anteil der Gemeinden an der

Lohn- und Einkommenssteuer ins Gespräch gebracht, mit Hebesatzrecht. Zwar bauen ohnehin alle Kommunen Kindergärten, Erholungsmöglichkeiten oder andere für die Lohnabhängigen erforderlichen Einrichtungen ab. Doch selbst für die Aufgaben der Wirtschaftsförderung wollen die Konzerne keinen Pfennig zahlen.

Gegen diese Pläne muß eine Front aufgebaut werden. Die Lohnabhängigen haben ein Interesse an einer auf den gesellschaftlichen Bedarf und nicht auf Profit zielenden Produktion. Dieser Bedarf kann kommunal am ehesten definiert werden. Daraus folgen auch Beschäftigungsanforderungen, es gäbe also gerade auf dieser Ebene Ansätze für eine Beschäftigungspolitik, wie sie von den Gewerkschaften gefordert wird. Voraussetzung dafür wäre die Beseitigung des kommunalen Wirtschaftsverbotes.

Erstaunlich ist übrigens folgendes: Bund und Land erwägen den Aufkauf des Geländes von Krupp Rheinhauten. Im Gespräch ist eine Kaufsumme von 100 Mio. DM, hinzu kämen bei einer Werks-Stillegung 1,5 Mrd. DM zur Sanierung! Doch obwohl die Frage einer Vergesellschaftung bzw. Verstaatlichung der Stahlindustrie in der Öffentlichkeit diskutiert wird, spielt die Forderung nach einer entschädigungslosen Kommunalisierung des Grund und Bodens von Krupp keine Rolle. Das würde der Kommune Einfluß auf die Verwendung des Bodens, eröffnen, der so nicht gegeben ist.

Quellenhinweise: (1) Pressemitteilung der Bundesregierung, 24.2; (2) siehe Nachrichtenheft der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik, 2/88; (3) „WAZ“, 24.2.; (4) Beschluß des Landesparteitages Rheinland der CDU, 8.9.1984; (5) Pressemitteilungen der Landesregierung NRW – (wof)

BRD-Exportoffensive: Bundesbank-Bilanz '87

1987 erzielte die westdeutsche Monopolbourgeoisie den höchsten Exportüberschuß ihrer Geschichte: Warenexporten in Höhe von 527 Mrd. DM standen Importe in Höhe von 409,5 Mrd. DM gegenüber. Der Exportüberschuß von 117,5 Mrd. DM war verbunden mit einer Beschleunigung des Kapitalexports: Nach den vorläufigen Zahlen der Bundesbank legten westdeutsche Konzerne 1987 61,9 Mrd. DM neu im Ausland an, 15 Mrd. DM in Form von „Direktinvestitionen“, d.h. direkten Kapitalbeteiligungen an ausländischen Unternehmen, 25 Mrd. DM durch Kauf langfristiger Wertpapiere, 18 Mrd. DM in Form von langfristigen Krediten. Knapp 3 Mrd. DM waren „übrige Anlagen“, darunter privater Grunderwerb im Ausland. Die Währungsreserven der Bundesbank stiegen um ca. 41 Mrd. DM auf 120

Mrd. DM. In diesem Jahr muß die Bundesregierung auf eine Überweisung der Bundesbank verzichten, u.a., weil die Bank ihre hohen Dollarreserven zu einem niedrigeren Kurs bewerten muß. Für die nächsten Jahre deuten Bundesbanksprecher aber bereits erneute fette Erträge der Bank auf ihre Dollar- und sonstigen Guthaben für den Bundeshaushalt an. – (rül)

Volkszählungsboykott: „Rädelsführer“ gespeichert

Etwa 850 Leute sind in den Dateien des Bundeskriminalamtes und des Verfassungsschutzes gespeichert, weil sie zum Abschneiden von Bogennummern und anderen Aktionen gegen die Volkszählung aufgerufen haben. Die Bundesregierung gibt an, wegen bloßem Aufruf zum Boykott würde keiner erfaßt, gespeichert würden Leute, gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind. Außerdem sind Daten von Leuten, die vom Ver-

fassungsschutz wegen „verfassungsfeindlicher“ Aktivitäten verfolgt werden, „ergänzt“ worden, sofern die „Verfassungsfeinde“ auch gegen die Volkszählung aufgetreten sind. Die Auswahl deutet an, daß die Behörden aus den Reihen der Boykotteure einen Kreis von „Rädelsführern“, die abgeurteilt und haftbar gemacht werden sollen, als „Gewalttäter“ und „Staatsfeinde“ dingfest machen wollen. (Quelle: Bundestagsdrucksache 11/1799 – uld)

Volkszählung nahezu abgeschlossen – erfolgreich

Die Bundesregierung geht von einer erfolgreichen Durchführung der Volkszählung aus – nach den bisher vorliegenden Unterlagen sollen etwa 98% der Fragebögen in Ordnung sein. Die Außenstände der Landesämter liegen bei: Schleswig-Holstein unter 1%, Hamburg ca. 9%, Niedersachsen unter 1%, Bremen 4 bis 6%, Nord-

EG-Agrarverhandlungen

Neuerliche Exportoffensive durch Getreidepreissenkung

Durch die äußerst aggressive Exportpolitik ist es der Europäischen Gemeinschaft gelungen, zu einem der größten Getreideexporteure der Welt aufzusteigen. Lag der Weltmarktanteil beim Weizenexport 1977/78 noch bei 6,8%, so ist er bis 1984 bereits auf 18% angestiegen. Durch stark heruntersubventionierte Preise hatte die EG Länder wie Kanada, Argentinien oder Australien aus verschiedenen Märkten gedrängt. Mit den USA war es zeitweise durch wahre Subventionswettläufe zu handfesten Auseinandersetzungen gekommen, so z.B. in der Zeit nach 1983 um den ägyptischen Markt.

Diese Politik hat sich die EG viel Geld kosten lassen. Denn einerseits wurden die Preise durch die Intervention (Aufkauf von Überschüssen) innerhalb der EG auf einem bestimmten Niveau gehalten, so daß der größere Teil der Bauern damit leben konnte und der Strukturwandel sich in Grenzen hielt. Andererseits wurden hohe Subventionen an die Exporteure gezahlt, damit sie den Weizen auf dem Weltmarkt absetzen. Aus dem Rest erwachsen als drittes die Lagerkosten für die Überschüsse.

So ging die EG-Kommission zunächst daran, die Preise für die Bauern, sprich die Interventionspreise zu senken. Parallel dazu sanken die notwendigen Zahlungen an die Exporteure. So gingen z.B. die Preise, die ein Bauer im Norden Schleswig-Holsteins für Gerste und Futterweizen bekam, seit 1983 um 22% zurück, für Brotweizen um 17% und für Raps um 25%. Das brachte zwar Einsparungen für

die EG-Kasse, gleichzeitig stiegen innerhalb der EG die Erträge aber weiter und so fielen neue Kosten an. Außerdem nahm das Bauernsterben rasant zu. Lag es in den 70er und Anfang der 80er Jahre in der BRD bei etwa 2%, so ist es im letzten Agrarbericht der Bundesregierung mit 4% ausgewiesen.

In anderen Ländern, z.B. Niederlande oder Großbritannien, haben die Preissenkungen nicht so gravierende Auswirkungen, weil die Höfe ohnehin schon größer sind. Die Bundesregierung hat immer wieder ihr Interesse bekundet, den Strukturwandel hier so zu forcieren, daß ähnliche Produktionseinheiten erreicht werden. Im Moment haben weitere Preissenkungen in der BRD zur Folge, daß in ganzen Landstrichen die Getreideproduktion unkontrolliert zusammenbricht. So ist es auch zu verstehen, daß die englische und niederländische, z.T. auch die französische Regierung für weitere Preissenkungen eingetreten sind, die Bundesregierung aber unbedingt die strukturfördernden Instrumente wie Flächenstilllegung und Vorruhestand drin haben wollte.

So ist bei dem letzten EG-Gipfel ein Kompromiß herausgekommen, der durch ein kompliziertes Gebäude bürokratischer Maßnahmen die verschiedenen Interessen unter ein Dach bringen soll. Erstens: Preissenkungen sind automatisch, wenn EG-weit mehr als 160 Mio. t Getreide erzeugt werden, teils direkt, teils durch Erheben von „Mitverantwortungsabgaben“. Zweitens werden in allen EG-Ländern Flächenstilllegungs- und Vorruhestandsprogramme angeboten. Bei der Flächenstilllegung bekommen Bauern dann eine Prämie pro ha bezahlt,

wenn sie mindestens 20% ihrer Getreidefläche für fünf Jahre stilllegen. Durch die Gestaltung der Prämie wird es wahrscheinlich darauf hinauslaufen, daß vor allem die weniger fruchtbaren Böden aus der Produktion genommen werden, auf denen bei weiteren Preissenkungen die Produktion ohnehin nicht mehr lohnen würde. Bei der Vorruhestandsregelung werden Prämien an Bauern über 55 Jahre gezahlt, wenn sie entweder ihren Hof ganz stilllegen oder das Land „strukturverbessernd“, d.h. an größere Höfe abgeben. Das ist hauptsächlich dazu da, um den Strukturwandel anzukurbeln, ihn aber etwas sozial abzufedern.

Die Ausführungsbestimmungen für die auf den Gipfel beschlossenen Maßnahmen sind noch nicht ausgehandelt. Die Auswirkungen für die Bauern, Umwelt und die Verbraucher werden dann genau zu untersuchen sein. Für den Abbau der Überschüsse wird das Ganze kaum etwas bringen, denn die Ansätze für die geplante Flächenstilllegung sind niedriger als der jährliche Ertragszuwachs. – (hei)

Tarifbewegung öffentl. Dienst

Trotz Warnstreiks – Dienstherren auf Konfrontation

Annähernd 400 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben sich in der letzten Februar-Woche an den Warnstreiks der DGB-Gewerkschaften beteiligt. Beschäftigte aus fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes beteiligten sich. Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Mobilisierung zu den Warnstreiks war die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, gegen das Null-Angebot der öffentlichen Dienstherren. Das vorliegende 1,3% Lohnangebot der Dienstherren, welches zu

rhein-Westfalen unter 2%, Hessen unter 3%, Rheinland-Pfalz unter 0,1%, Baden-Württemberg unter 2%, Bayern unter 0,1%, Saarland ca. 1%, Westberlin 3%. Allerdings sind vor allem in den Städten bei einem erheblichen Teil ausgefüllter Bögen Korrekturen durch die Zähler, zum Teil nach telefonischen Rückfragen, zum Teil anhand des bei den Zählstellen vorhandenen Melderegisterauszugs vorgenommen worden. Den Abgleich der Melderegister, vom Verfassungsgericht beim ersten Volkszählungsgesetz verboten, hat die Regierung nicht fallengelassen, sondern prüft jetzt, ob sie ihn nicht doch durchführen kann: Im Auftrag der Regierung führt das Institut für angewandte Wissenschaftsforschung Tübingen eine Untersuchung durch, ob nicht eine „Inventur der allgemein zugänglichen Register“ ein Ersatz für die aufwendige Zählung sein könnte. (Quelle: Bundestagsdrucksache 11/1762 - uld)



Aus Anlaß des Treffens der Außenminister der 12 EG-Staaten mit fast allen Außenministern Lateinamerikas (Bild: Genscher mit EG-Kommissionspräsident Delors) in Hamburg sollte am 29.2. eine Demonstration unter dem Motto „Freiheit für Zentralamerika“ stattfinden. Mit starken Polizei- und Bundesgrenzschutzkräften, u.a. sechs Wasserwerfern rund um den Demo-Treffpunkt, gelang es der Polizei, eine geschlossene Demonstration zu verhindern. Im Laufe des Abends formierten sich dann in St. Pauli an verschiedenen Punkten kleinere Demonstrationzüge, die sich nach kurzer Zeit auflösten. (han, FAU/R)

Reallohnverlusten insbesondere bei den unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen führen wird, stößt bei den Beschäftigten auf Kritik; auf den Kundgebungsreden der Gewerkschaften aber nicht.

Bund, Länder und Gemeinden halten an ihrer Konfrontation gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst fest. Gleich zu Beginn der Warnstreiks hatten die Dienstherren Disziplinierungsmaßnahmen angeordnet, so die Erfassung der an den Warnstreiks beteiligten und die „entsprechende“ Kürzung ihrer Löhne und Gehälter. Beamte wurden zu Streikbrecherarbeiten herangezogen. Gegen die Beteiligung von ca. 8000 Lehrern an einer GEW-Kundgebung zur Arbeitszeitverkürzung am 25.2. in Hamburg zog die SPD-Schulsenatorin mit der „Treuepflicht der Beamten“ zu Felde. Innenminister Zimmermann (CSU) nannte die Warnstreiks der ÖTV einen „offensichtlich von langer Hand vorbereiteten Spuk“, den es „zu beenden“ gelte. Mit der „Haushaltsslage der öffentlichen Hand“ polemisierten CDU, FDP aber auch der „Zentralverband des Deutschen Handwerks“ gegen die ÖTV-Forderung; da sie die „Bürger treffe“. In dieser Konfrontationspolitik reißen sich auch zahlreiche SPD-Politiker ein. Dem Vorschlag des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, haben sich inzwischen der SPD-Bürgermeister von Hamburg, Dohnanyi, und der SPD-Oppositionsführer in niedersächsischen Landtag, Schröder, angeschlossen. Der Präsident des „Deutschen Städtetages“, der hannoversche SPD-Oberbürgermeister Schmalstieg, tritt gegen jegliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst auf.

In der vierten Tarifverhandlung, am 29.2. und 1.3.88 ging es, so die ÖTV, um „Sondierungsgespräche“ für einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Die Verhandlungen waren zum Redaktionsschluß noch nicht beendet, doch ist klar, daß die Dienstherren kein neues Angebot vorlegen. Für Anfang der zweiten März-Woche wird es zur fünften Tarifverhandlung kommen, die ÖTV hat dazu die Große Tarifkommission einberufen. Die Dienstherren halten an ihrem Konfrontationskurs fest und wollen mit dem 1,3% Lohnangebot und dem Null-Angebot bei Arbeitszeitverkürzung in das Schlichtungsverfahren. Die Kommentatoren der bürgerlichen Presse plazieren bereits einen „Schlichtungsspruch“ unter dem Vorsitzenden des Schlichtungsverfahrens, Herrman Höcherl (CSU), der „längerfristig“ eine Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst „nicht ausschließt“.

Quellenhinweise: Weser-Kurier; Handelsblatt v. 01.03.88 – (gec)

Südafrika/Azania

Unterstützt den Befreiungskampf! Waffen für APLA – Bewaffnet das Volk!

Der Pan Africanist Congress of Azania (PAC) ruft die Leute, die den Befreiungskampf in Azania/Südafrika unterstützen wollen, auf, eine Kampagne für die bewaffnete Abteilung des PAC, die Azanische Volksbefreiungsarmee (Azanian Peoples Liberation Armee, APLA) durchzuführen.

Der BWK hat aufgrund dieses Aufrufs am 13. Februar zu einem Treffen aller Interessierten eingeladen. An dem Treffen nahmen für den PAC J. Moabi, Sekretär für Finanzen, und Ph. Mokgadi, Vertreter des PAC im deutschsprachigen Raum, teil. Aus der BRD und Westberlin beteiligten sich Vertreter des BWK, der MLPD, der Volksfront, der Arbeitsgemeinschaft für die Beschäftigten im Dienstleistungsbereich sowie Vertreter und Mitglieder von Solidaritätskomitees aus zehn Städten und ein Vertreter des Rotterdamer Azania Comitees aus den Niederlanden.

Wir dokumentieren im folgenden den Aufruf des PAC und die Erklärung der Konferenz sowie Auszüge aus dem Vortrag, den der Genosse Moabi über die Grundsätze und die Einschätzung des PAC auf der Versammlung gehalten hat. – (uld)

Aufruf des Pan Africanist Congress of Azania an die Solidaritätsbewegung

Wir erklären:

- a) Apartheid ist nicht allein ein Spiegelbild ungerechter Gesetze, sondern der Ausdruck kolonialer Unverschämtheit. Da Kolonialismus nicht reformiert werden kann, muß er vollständig vernichtet werden. Daher kann auch Apartheid nicht reformiert oder wegverhandelt werden, sondern muß vollständig ausgerotet werden.
- b) Das rassistische Südafrika ist kein „unabhängiger“ und „souveräner“ Staat, sondern ein geopolitischer Tarnname für das besetzte Azania. Azania befindet sich unter der Kriegsherrschaft einer Kolonialarmee von Siedlern.
- c) Der Kampf des Volkes von Azania ist darum kein „Anti-Apartheid“-Kampf, sondern ein Kampf für Selbstbestimmung und soziale Befreiung. Die Träger einer wirklichen Änderung können daher nicht die rassistischen Herrscher in Pretoria sein, sondern allein die ausgebeuteten und diskriminierten Menschen von Azania. Sie nutzen dafür alle Mittel, die sie haben, wobei der bewaffnete Kampf das Hauptmittel des Kampfes ist.
- d) Angesichts all dieser Umstände ist es Hauptverpflichtung des PAC, die Kampffähigkeit des Volkes zu steigern. Dies an allen Fronten des Kampfes, in der Arbeiter-, der Jugend-, der Frauen-, der Schüler- und Studentenbewegung, die alle als logistischer Rückhalt für den bewaffneten Kampf dienen.

Deshalb rufen wir Euch auf:

- a) aktiv am Kampf für die totale Vernichtung der Apartheid in all ihren Facetten und Erscheinungsformen teilzunehmen;
- b) die Vorhut des Befreiungskampfes des Volkes von Azania und den Hüter seines wahren Strebens, den Pan Africanist Congress of Azania, in seinem Ruf nach und dem Kampf zur Vernichtung von Kolonialismus und Imperialismus in Azania zu unterstützen;
- c) unerschütterlich, unermüdlich und prinzipienfest die Azanian Peoples Liberation Armee (APLA) und das kämpfende Volk von Azania zu unterstützen.

**Nieder mit der Apartheid!
Waffen für die APLA – Waffen für das Volk!
Nieder mit Kolonialismus und Imperialismus!
Eine D-Mark für eine Kugel!
Lang lebe der PAC!**

Erklärung der Konferenz am 13.2.

Die Versammlung am 13.2. in Köln, an der Vertreter und Mitglieder verschiedener Komitees und verschiedener Organisationen teilnehmen, begrüßt den Aufruf des PAC und erklärt:

Die Teilnehmer werden sich in ihren Zusammenhängen für die Durchführung einer Kampagne: Nieder mit der Apartheid! Waffen für die APLA, Waffen für das Volk! Nieder mit Kolonialismus und Imperialismus! einsetzen. Sie streben an, örtliche Aktivitäten in dieser Richtung zu fördern und gemeinsam Informationen über den Befreiungskampf zu verbreiten und eine Spendensammlung auf Grundlage des Aufrufs durchzuführen. Sie streben ferner an, zum September eine Rundreise mit Vertretern des PAC bzw. der APLA durchzuführen.

Den Kampf im besetzten Azania führen – Auszüge aus dem Vortrag von J. Moabi

Unser Kampf im besetzten Azania ist der am häufigsten mißverstandene und am meisten entstellte in der jetzigen Zeit. Es ist vielleicht erklärlich, wenn Entstellung und absichtliche Verzerrung von den weißen Siedlern betrieben wird, die so oder so versuchen, ihren Raub zu schützen. Wenn jedoch jene, die die wahre Natur unseres Kampfes kennen sollten, hin- und herschwanken und herumreden, ist das Problem ernsthafter Natur, es muß beachtet werden und die Aussichten müssen mit absoluter Ehrlichkeit geklärt werden.

Unser früherer Vorsitzender John Nyati Pokela faßte unsere Position wie folgt zusammen: „Vom Standpunkt des Pan Africanist Congress of Azania muß verstanden werden, daß nicht allein einige Gesetze im Südafrikanischen Gesetzbuch, die auf der Grundlage von Hautfarbe diskriminieren, Apartheid ausmachen. Apartheid ist mehr als das. Sie ist eine Politik, erfunden, um koloniale Vorherrschaft fortzuführen und die Enteignung der Afrikaner fortzusetzen. Also kann die gesamte und vollständige Beseitigung der Apartheid nicht erreicht werden allein durch die Abschaffung diskriminierender Gesetze aus dem Gesetzbuch, weil das Ziel genau nicht Bürgerrechte, sondern die Nationale Befreiung eines Volkes ist, dessen Vaterland gewaltsam durch europäische Siedler kolonisiert wurde. Weiter, es muß bekräftigt werden, daß Apartheid unentwirrbar verstrickt und eingebettet ist in das ganze Wirtschaftsgebäude der weißen Siedler. Also muß die Abschaffung oder Vernichtung der Apartheid zu jedem Zeitpunkt verbunden sein mit der Wiederherstellung der unverzichtbaren Rechte unseres Volkes auf sein Land.“ ...

Wie alle anderen Völker fordert das afrikanische Volk das Recht auf Selbstbestimmung. Es ist das Recht eines Volkes, seine eigenen Geschicke zu bestimmen. Dieses Herangehen basiert auf dem richtigen Verständnis, daß Apartheid letztendlich basiert auf:

1. der Enteignung des azanischen Volkes, 2. der Verweigerung des Rechts, eine Nation zu bilden, 3. der Verweigerung des Menschenrechts, 4. dem Völkermord.

Darum haben wir vom Pan Africanist Congress of Azania beharrlich vertreten, daß der Kampf im eroberten Azania grundlegend um Selbstbestimmung geht. Die entscheidende Frage ist nicht die von Rasse oder Hautfarbe. Es ist das nationale Recht der Afrikaner, das auf dem Spiel steht. Farbe oder Rasse werden benutzt, um das grundlegende Ziel des unverzichtbaren Geburtsrechts auf Selbstbestimmung zur Seite zu schieben ...

Einige Leute erwarten von uns, daß wir „Frontorganisationen“ mit Teilen gerade der weißen Gesellschaft, die uns unterdrückt, bilden, um eine „wirkliche Demokratie“ im Nach-Apartheid-Südafrika zu sichern. Unsere Antwort ist einfach: Änderung kann nur von den Unterdrückten kommen ...

Unser Volk hat die sogenannte Neue Verfassung und alle anderen albern Institutionen, die der Feind geschaffen hat, zurückgewiesen. Folglich kann das Regime nicht länger Mieten in den afrikanischen Townships kassieren. Unser Volk hat die Verwaltungs- und Informationsstrukturen des Regimes zerstört und hat parallel seine eigenen Institutionen aufgebaut.

Der derzeitige Aufstand, der am 4. September 1984 begann, dem Tag, an dem die Neue Verfassung ausgerufen wurde, führte zur Verurteilung von sechs unserer Patrioten, bekannt als die Sechs von Sharpeville. Unter ihnen ist eine Frau – Theresa Ramashamola – die erste Frau, die für ein politisches Delikt in Apartheid-Südafrika zum Tode verurteilt wurde. Die Sechs sind nun jeden Tag für die Hinrichtung vorgesehen. Wir appellieren an die internationale Gemeinschaft, ihr kostbares Leben zu retten.

Der PAC hat durchweg erklärt, daß nach seiner Überzeugung der Kampf im Innern geführt wird und geführt werden muß. Unsere Prioritäten sind die, die die konkreten Bedingungen im Inneren des besetzten Azania erfordern.

Unser Volk ist geistig befreit, es hat die Furcht vor den Folterkammern des Feindes verloren, es hat die Furcht vor den Gewehren und dem Kriegsarsenal des Feindes verloren. Unsere Menschen sind hoch politisiert und organisiert. Unsere wichtigste Verpflichtung ist daher, die Kampffähigkeit der Menschen zu erhöhen, indem sie bewaffnet werden

und ihnen die notwendigen logistischen Mittel bereitgestellt werden. Angesichts dessen sind wir aufgefordert, die Massenorganisationen und die Infrastruktur zu stärken, um die schwere Bürde eines langandauernden Krieges auf uns zu nehmen.

Der Pan Africanist Congress of Azania behauptet, daß der Kampf eine entscheidende Stufe erreicht hat. Nach sorgfältigen Beratungen mit unseren Massenorganisationen im Innern des Landes hat der PAC folgende Prinzipien aufgestellt, die im Innern und international große Unterstützung erhalten:

I) Apartheid kann nicht reformiert werden, sie muß vollständig ausgerottet werden.

II) Der Träger wirklicher Änderung kann nie das rassistische Minderheitsregime sein, sondern die unterdrückte und enteignete Mehrheit. Unser Aufgabe als eine Befreiungsbewegung ist es daher, die Kampffähigkeit unserer Menschen ideologisch, organisatorisch und militärisch zu steigern.

III) Alle Formen des Kampfes müssen unterstützt werden, aber der bewaffnete Kampf muß die Hauptform sein.

IV) International wird der PAC fortfahren, die Isolation des Apartheid-Regimes und die Verhängung umfassender und verbindlicher Sanktionen zu fordern.

VI) Wir sind strikt gegen die Einführung des Ost-West-Konflikts in unseren Kampf.

Für die Verwirklichung der Ziele, die der Befreiungskampf setzt, ruft die Vorhut der kämpfenden Menschen Euch, die internationale Gemeinschaft auf, dies zu unterstützen. Diese Unterstützung kann die Form moralischer Unterstützung gegeben werden, in dem Ihr Euch anstrengt, Druck auf die führenden Figuren auszuüben, alle Beziehungen mit dem Apartheid-Regime abzubrechen ... Aber am wichtigsten ist sie, wenn sie uns hilft, die Kampffähigkeiten der Menschen zu erhöhen. Unterstützung, die Menschen zu bewaffnen und die Infrastruktur zu konsolidieren.



Der Oberkommandierende der APLA, Mlambo, und der militärische Beauftragte des PAC.

CDU-Menschenbild

Verkirchlichung des Staates, mehr Kontrolle unter dem Schlagwort: Verantwortung

Auf ihrem Parteitag vom 13. bis 15. Juni wird die CDU über eine Resolutionskommission beraten, die von einer Bundesvorstandskommission entworfen wurde und in genau 100 Thesen „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ umreißt. Die Kommission wurde von H. Geißler geleitet, ihr gehören fünfundzwanzig weitere Mitglieder an, darunter sechs Frauen. Die Regierung ist durch die Minister Riesenhuber und Süßmuth vertreten. Das Dokument versucht die politischen Positionen der Union auf wesentliche Bereiche des persönlichen Lebens auszudehnen; es bietet eine Art modernisierten Katechismus an. Fortpflanzung, Geburt, Tod; Gattungsverhältnisse zwischen Geschlechtern, Eltern und Kindern, Verpflichtungen gegenüber Kranken, Behinderten und Pflegebedürftigen, Verhältnis zur älteren Generation und – abschließend – Verhältnis zu Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit, es bleibt nichts ausgespart, alles wird aus der persönlichen Sphäre herausgerissen und der Einflußnahme staatlicher Organe ausgesetzt. Eine derartige Anmaßung ist den christlichen Kirchen nicht fremd und insofern läge nichts Neues vor. Jedoch ist die Mitgliedschaft in der Kirche freiwillig und können die Kirchen ihre ins einzelne gehenden Vorschriften nur als Empfehlungen bringen. Was die CDU-Kommission veranstaltet, läuft auf eine Verkirchlichung des Staates hinaus, die sich an der strafrechtlichen Bewehrung sittlich gebotenen Verhaltens ablesen läßt und beunruhigt. Man könnte sich trösten, es sei Schlimmeres denkbar als von christlichem Glauben geleitete Politik. Aber erstens ist das minder Schlimme nicht unbedingt was Gutes, und zweitens geht es Geißler gar nicht um die Propagierung des christlichen Menschenbildes, sondern um die Verbreitung der Idee allumfassender Staatsautorität. Der zentrale Begriff in Geißlers Lehre ist der der Verantwortung. Der zentrale Begriff des Neuen Testaments ist bekanntlich die Liebe, sei es von Gott, zu Gott, zu sich selbst, zum Nächsten. Die Nächstenliebe kommt in allen 100 Punkten nicht ein einziges Mal vor. Anscheinend handelt sich's dabei um eine Regung, die der CDUler nicht braucht. Sie könnte hinderlich sein, wenn es gilt, Leute zur Verantwortung zu ziehen. Die CDU greift auf christliche, anerzogene Vorstellungen in der Bevölkerung zurück, macht sie zur Pflicht und überträgt die Kontrolle der Einhaltung dem Staat. Religiöser Wahn ist immer leicht zu erkennen,

wenn ungewohnte Religionen auszuwählen. Er ist im eigenen Kulturkreis nicht leicht zu erkennen. Die Verkirchlichung des öffentlichen Lebens ist nicht eine Schnapsidee, sondern eine politische Strömung mit realen Aussichten. Sie kann sich nämlich unter dem Deckmantel der Fürsorglichkeit entfalten. Wie dies gemacht wird, deutet die Behandlung des § 218 im Kommissionspapier (siehe nebenstehendes Dokument) und die anschließende Unionsdiskussion an.

Im Kommissionspapier wird abschließend festgestellt, daß den Krankenkassen die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche vom Staat zu ersetzen seien. Worauf zielt dieser Vorschlag im Zusammenhang mit den anderen geforderten Maßnahmen? Zunächst



Familienministerin Süßmuth: Von der katholischen Kirche jahrelang ausgebildet, bevor als Ministerin ins Amt gebracht, ist sie nun eine der Verantwortlichen für den Vorstandsantrag.

einmal wird die Hilfeleistung beim Schwangerschaftsabbruch erschwert. Damit soll der Kreis der Personen, die bereit sind, solche Hilfe zu leisten, eingengt werden. Je weiter er eingengt ist, um so leichter ließen sich die entsprechenden Personen im Auge behalten. Von Staats wegen könnte festgestellt werden, daß ihr Verhalten nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Weiterhin: Kommen die Krankenkassen für die Kosten auf, so sind es die Versicherten, die der hilfesuchenden Person die medizinische Hilfeleistung vermitteln. Würden nun die Kosten vom Staat ersetzt, so hätten die staatlichen Stellen die Möglichkeit, Einzelfälle – einige oder alle – zu prüfen. Denn sie dürfen nicht Steuermittel ausgeben für ungesetzliche Handlungen. Das so erkaufte

Prüfrecht über die Einzelfälle würde sich auf der anderen Seite mit der Meldepflicht der Ärzte an das Statistische Bundesamt treffen. Diese soll anonym sein, aber selbstverständlich nicht, was die Ärzte betrifft. Die hilfesuchende Person und das hilfeleistende Personal wären zu fassen. Ihre Verantwortung würde gestärkt ...

Die Frauenvereinigung der Union hat sich in Frauen-Union umgenannt. Auf ihrem Kongreß soll – so melde-ten verschiedene Zeitungen – die letztgenannte Passage des Geißler-Papiers verworfen worden sein, dank Frau Ministerin Süßmuth. Was war los? Frau Johanna Gräfin v. Westphalen hatte zusammen mit vielen anderen Delegierten einen Initiativantrag eingebracht, der im ersten Punkt beklagte, daß Maßnahmen zur Herstellung der natürlichen Fruchtbarkeit nicht mehr unterstützt werden sollten, und im zweiten Punkt verlangt, daß Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr von den Krankenkassen gezahlt werden sollten. Der erste Punkt wurde

nicht befaßt, weil sachlich nicht zutreffend. Der zweite wurde mehrheitlich abgelehnt. Er hatte gelautet:

„Der in § 63 aufgeführte Anspruch auf Leistungen bei Abbruch einer Schwangerschaft aus nichtmedizinischen Gründen wird gestrichen.“

Aus dieser Ablehnung folge im Umkehrschluß, so die Frauenvereinigung gegenüber der Presse, die Bestätigung eines Anspruches auf solche Leistungen. Tatsächlich hatte aber die Abwicklung der Sache durch die Krankenkassen im Geißler-Papier gar nicht zur Debatte gestanden. Die Entwicklung einer Anwendungspraxis, die Hilfesuchende und Hilfeleistende in zunehmend schärferen Konflikt mit staatlicher Strafandrohung bringt, rollt weiter, dieweil sich das Image von R. Süßmuth ständig bessert. – (maf)

Dokumentiert: Leitantrag für CDU-Parteitag

Wir schützen das ungeborene Kind

10. Die CDU tritt für einen umfassenden und wirksamen Schutz des ungeborenen Kindes ein. Unser Ziel ist, das ungeborene Kind besser zu schützen und alles zu tun, daß die hohe Zahl der Abtreibungen zurückgeht. Menschenwürde ist nicht teilbar; die Unverfügbarkeit menschlichen Lebens gilt für das Leben vor und nach der Geburt. Deshalb muß im öffentlichen Bewußtsein wieder fest verankert werden, daß der Schwangerschaftsabbruch Tötung menschlichen Lebens ist.

11. Unsere Rechtsordnung schützt das Leben und die Würde des ungeborenen Kindes; sie stellt den Abbruch einer Schwangerschaft grundsätzlich unter Strafe. Auch der im §218a StGB festgelegte Verzicht des Staates auf Strafe in gesetzlich klar umrissenen Fällen bedeutet keine Billigung der Abtreibung. Der Gesetzgeber repektiert mit dieser Bestimmung, daß es Situationen der Ausweglosigkeit gibt, in denen der Abbruch einer Schwangerschaft nicht bestraft werden soll. Sich der Not dieser Frauen helfend zuzuwenden, ist dringende Aufgabe einer Politik aus christlicher Verantwortung. Mit dem Erziehungsgeld, dem Erziehungsurlaub und der Stiftung „Mutter und Kind“ wurden wichtige Schritte zur Hilfe für diese Frauen unternommen. Keine Frau soll allein deswegen, weil sie ein Kind bekommt, in eine soziale Notlage geraten und deshalb in Erwägung ziehen, einen Schwangerschaft abbrechen zu lassen. Diese Hilfen müssen ausgebaut werden und über materielle Leistungen hinausgehen. Alle Bürger tragen Mitverantwortung für das Lebensrecht ungeborener Kinder; Solidarität ist vor allem auch dort gefordert, wo Mütter und Väter mit schweren seelischen Belastungen fertig werden müssen.

12. Unerträglich und bedrückend ist die Tatsache, daß in der Bundesrepublik Deutschland, die zu den reichsten Ländern der Welt zählt, die überwiegende Zahl aller statistisch erfaßten Abbrüche mit dem Vorliegen einer schwerwiegenden Notlage begründet wird. Es gibt die begründete Annahme, daß diese hohe Zahl dem Gesetz widerspricht. Die Ausnahmebestimmung des §218a StGB darf nicht durch Mißbrauch zur Regel werden. Notwendig ist daher eine durchgreifende Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung: Jeder muß wissen, daß das ungeborene Kind Mensch von Beginn an ist und unter dem vollen Schutz unserer Rechtsordnung steht. Diese Einsicht muß Müttern und Vätern, Ärzten und Beratern sowie allen Bürgern gleichermaßen nahegebracht werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, will die CDU eine breit angelegte Kampagne zum Schutz des ungeborenen Kindes durchführen. Bund und Länder sollen dafür ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stellen. Was die einzelne Frau tragen kann und was sie sich zuzumuten bereit ist, hängt auch von der Einstellung der Gesellschaft zum ungeborenen Kind ... ab. Insbesondere Väter tragen hier gegenüber ihren Frauen und ihren ungeborenen Kindern ein hohes Maß an Verantwortung.

Wir wollen erreichen, daß das Ja zum Kind wieder allgemein selbstverständlich wird. Jeder einzelne muß dazu beitragen, daß Eltern und ihre Kinder ausreichende Chancen und Perspektiven in unserer Gesellschaft finden. Die CDU ist aufgefordert, Eltern und Kinder in bedrängter Lebenslage zu unterstützen. Die Aktion „Kleine Hände“ der Frauen-Union ist ein erstes erfolgreiches Modell. Elternhaus, Schule und Kirchen sind aufgefordert, eine wertorientierte Erziehung zu verantworteter Sexualität und Partnerschaft zu leisten, um bessere Voraussetzungen für das Gelingen von Ehe und Elternschaft zu schaffen. Auch die Medien einschließlich des Fernsehens tragen in diesem Bereich ein hohes Maß an Verantwortung, das Wissen um die vorgeburtliche Entwick-

lung zu vertiefen und das Bewußtsein für das volle Lebensrecht des ungeborenen Kindes zu stärken.

13. Die Bewältigung eines Schwangerschaftskonfliktes setzt neben wirksamen Hilfen eine kompetente Beratung voraus, die einer Entscheidung über einen etwaigen Schwangerschaftsabbruch vorangehen und zum Ziel haben muß, das Leben des ungeborenen Kindes zu erhalten sowie umfassend über alle möglichen Hilfen zu informieren. Die CDU anerkennt die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstellen, die in besonderem Maß Verantwortung für das Leben tragen.

Beratungsstellen müssen einen Rechtsanspruch auf ausreichende öffentliche Förderung haben. Sie dürfen aber nur dann staatliche Anerkennung und finanzielle Förderung erhalten, wenn sie – gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes – zugunsten des Lebens beraten. Die Voraussetzungen für die Anerkennung und Förderung von Beratungsstellen sind laufend zu überprüfen. Beratungsstellen, die ihrem Auftrag zuwiderhandeln, ist die Anerkennung zu entziehen.

Beratungsstellen sollen die Schwangere konkret bei der Erlangung gesetzlicher Hilfen unterstützen. In die Beratungstätigkeit soll auch, wenn die Schwangere damit einverstanden ist, das soziale Umfeld der Frau einbezogen werden; dazu zählen insbesondere der Ehemann oder Freund, ihre Eltern und der Arbeitgeber.

Die Tätigkeit der Beratungsstellen muß zeitlich ausgedehnt werden. Vor allem nach Austragen einer Konflikt-schwangerschaft sowie bei Alleinerziehenden ist eine begleitende Beratung bis etwa zum dritten Lebensjahr des Kindes angezeigt. Beratungsstellen sollen auch Fragen der verantwortungsbewußten Elternschaft und der Familienplanung behandeln und auf Lösungen hinwirken.

Die Tätigkeit als Berater/in setzt eine besondere und nachprüfbare Sachkunde auf der Grundlage von Ausbildung, berufs- und Lebenserfahrung voraus. Eine regelmäßige Fortbildung der Mitarbeiter der Beratungsstellen – auch der Ärzte – ist sicherzustellen. Darüber hinaus soll ratsuchenden Frauen die Möglichkeit vermittelt werden, durch Initiativen, die sich für den Schutz des ungeborenen Kindes engagieren, zusätzliche ideelle und finanzielle Hilfe zu erhalten.

14. Es gibt eine große Zahl von Ehepaaren, die ein Kind adoptieren möchten. Beratungsstellen sollen ... über die Möglichkeiten einer Freigabe zur Adoption als Alternative zur Tötung des Kindes informieren. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen sollen sie ... Hilfe bei der Einleitung von Adoptionsverfahren bieten. Die im öffentlichen Bewußtsein feststellbare Diskriminierung von Frauen, die sich zur Freigabe ihres Kindes für die Adoption entschließen, muß abgebaut werden.

15. Um den Mißbrauch der Ausnahmeregelung des §218a zu verhindern, muß die Beratung vor der Indikationsstellung erfolgen. Die Indikationsstellung ist eingehend schriftlich zu begründen. Beratung, Indikationsstellung und Abbruch müssen räumlich und personell getrennt erfolgen. Ärzte, die eine Indikation für einen Abbruch stellen, müssen durch entsprechende Vor- und Weiterbildung dazu besonders befähigt sein. Ärztliche Honorarforderungen im Zusammenhang mit einem indizierten Schwangerschaftsabbruch dürfen nur dann erfüllt werden, wenn der Arzt unter Wahrung der Anonymität seiner gesetzlichen Meldepflicht an das Statistische Bundesamt nachgekommen ist.

16. Die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Solidargemeinschaft der Versicherten führt dazu, daß Schwangerschaftsabbrüche als „Heilbehandlung“ mißverstanden werden können. Die Kosten, die durch Schwangerschaftsabbrüche entstehen, sollen deshalb – da es sich um versicherungsfremde Leistungen handelt – den Trägern der Gesetzlichen Krankenversicherung aus Bundesmitteln erstattet werden.

USA

Wieder konkurrenzfähig durch jahrelange Reallohnsenkung

1987 stieg der Stundenlohn der Arbeiter in den USA um nur 3%, die gearbeiteten Stunden stiegen um 0,3%. Bei einer Inflationsrate von 4,5% fiel also der Lohn real um 1,1% gegenüber 1986. Diese Entwicklung setzt einen seit zehn Jahren anhaltenden Trend fort. Seit 1978 ist der durchschnittliche Realverdienst der Arbeiter um 10,9% gefallen. Zugleich steigerten die US-Kapitalisten die Produktivität im produzierenden Gewerbe um 3,4% pro Jahr im Zeitraum 1979-86.

Stücklohnkosten im internationalen Vergleich sind natürlich sehr von den Schwankungen der Währungskurse beeinflusst. Der starke Kursverfall des Dollars und die genannten Erfolge der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse in den USA zusammen haben die Lohnkosten weit unter die einiger Konkurrenten getrieben – 76% der Lohnkosten der westdeutschen Kapitalisten, laut Business Week. Zwar hat der Export für die Wirtschaft der USA einen weit geringeren Stellenwert als z.B. für die BRD. Dennoch wird seit letztem Jahr der Schlachtruf: „Die USA wieder konkurrenzfähig machen!“ als ideologische Waffe gegen Lohnforderungen der Arbeiter eingesetzt. In gleicher Weise wird der Erfolg der US-Kapitalisten beim Lohnsenken den Kapitalisten anderer Länder als Rechtfertigung dienen, von ihren Arbeitern Gleiches zu verlangen.

Die Senkung des Durchschnittslohns setzt unten bei den Elendslöhnen an: Seit 1981 ist der gesetzliche Minimallohn, der Standard für Niedrigstlöhne, nicht mehr erhöht worden. Neue Arbeiterschichten werden auf den Minimallohn gedrückt: die Jungen und die Alten – wenn es nach Reagan ginge, dann sogar auf einen neuen Sub-Minimallohn. Niedrigere Löhne für Neueingestellte sind in zahlreichen Tarifverträgen vorgesehen. Dazu kommt der Frontalangriff auf erkämpfte Lohnniveaus: die Forderung nach Lohnkonzessionen unter Schließungsdrohungen. – (her, ger, P.)

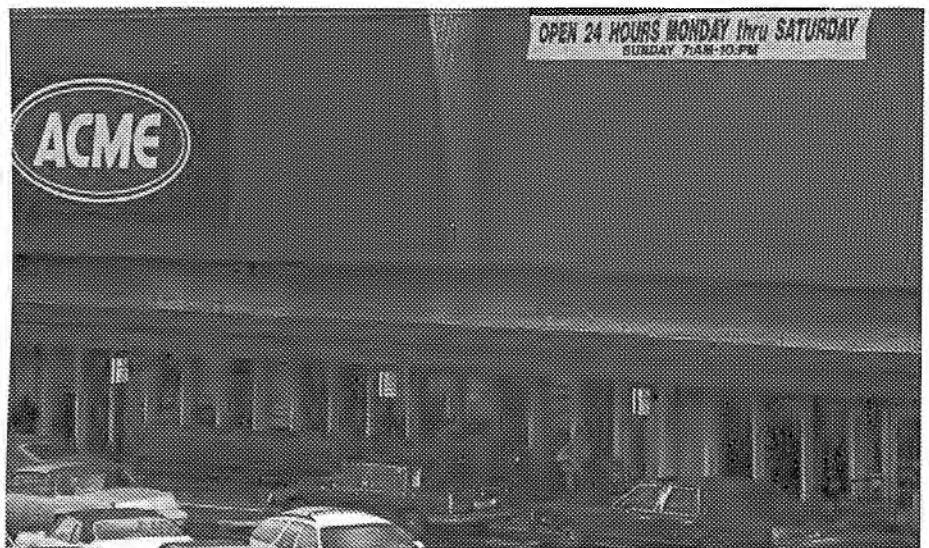
Arbeitsverträge sind Privatsache

Gesetzliche Rahmen für die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen sind etwas relativ Neues in den USA. Noch heute gibt es keine Arbeitsgerichtsbarkeit, wie etwa in der BRD. Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten werden von Schiedskommissionen entschieden. Deren Entscheidungen können dann, falls nicht befolgt, vor normalen Gerichten eingeklagt werden. Das Arbeitsverhältnis wird als ein Vertrag

zwischen Arbeiter und Kapitalist gesehen und ist somit eine Angelegenheit des privaten Vertragsrechts. In die Ausgestaltung des Vertrags hat der Staat nicht reinzureden. So jedenfalls sehen die Kapitalisten die „große amerikanische Freiheit“.

Im Verlauf der Depression 1929 mit ihrer verheerenden Arbeitslosigkeit kannte die Vertragsfreiheit keine Grenzen mehr. Es gab Arbeitslöhne von einer Mahlzeit pro Tag. Die Forderung nach Schranken für die Kapitalisten war unausweichlich. Mit dem National Industrial Recovery Act von 1933 wurde zum ersten Mal ein Kollektivvertragsrecht der Arbeiter verankert, d.h. die Gewerkschaft und nicht

In den 50 Jahren seit Erlass dieses Gesetzes sind an neuen Schutzrechten für die Lohnabhängigen nur Gesetze gegen Rassen- und Geschlechterdiskriminierung erkämpft worden. In mehreren Zusatzgesetzen zum Fair Labor Act wurden der Minimallohn erhöht und die Ausnahmen eingeschränkt. Eines der wichtigsten war 1985 die Einbeziehung der Beschäftigten der Einzelstaaten und der Kommunen unter das Gesetz. Eine gesetzliche Begrenzung der Arbeitsstunden pro Tag (auf acht) gab es bis 1986 für Arbeiter von Firmen, die an den Bundesstaat liefern oder für ihn Arbeiten ausführen. Sie wurde beseitigt, um die Einführung von flexiblen Arbeitszeiten zu ermöglichen. Eine Festlegung des Normalarbeitstags, von Zuschlägen und Einschränkungen für Spät- und Nacharbeit durch ein Bundesgesetz gibt es und gab es (unseres Wissens) nicht.



Die Begrenzung allein der Wochenarbeitszeit verhindert nicht Arbeitszeiten rund um die Uhr an jedem Tag der Woche wie bei diesem Supermarkt.

nur der einzelne Arbeiter mußte nun von den Kapitalisten als Vertragspartner anerkannt werden. Außerdem wurden mit dem National Labor Relations Board staatliche Schiedskommissionen für Beschwerden bzgl. Arbeitsverhältnissen eingerichtet.

Das wichtigste Gesetz, das einen Rahmen für Arbeitsbedingungen und Lohn setzt, ist der Fair Labor Standards Act von 1938. Darin werden geregelt: – die Wochenarbeitszeit ist 40 Stunden. Alle Stunden darüber müssen 1 1/2-fach bezahlt werden, – der minimale Lohn, – das Verbot von Kinderarbeit, – gleicher Lohn für gleiche Arbeit für männliche und weibliche Arbeiter (Zusatz von 1964).

Das Gesetz hat jedoch eine Unmenge von Ausnahmen, z.B. für Beschäftigte des Einzelhandels und im Gaststättengewerbe. Nur 56% aller Beschäftigten fallen z.Zt. unter den Schutz dieses Gesetzes.

Minimallohn: Elend trotz Vollzeitarbeit

Vor elf Jahren hat sich der US-Kongreß das letzte Mal mit der Erhöhung des Minimallohns befaßt. Jährliche Erhöhungen für den Zeitraum von 1978 bis 1981 wurden gesetzlich festgelegt. 1980 begann die Reagan-„Revolution“. Erst 1987 befaßte sich der Kongreß wieder ernsthaft mit der Erhöhung des Minimallohns. Die 1981-er Erhöhung auf 3,35 Dollar hob den Minimallohn auf 48% des Durchschnittslohns (aller Beschäftigten in der Privatindustrie, die keine Weisungsbefugnis haben). 1987 waren das nur noch 37%. Nie war die Spanne zwischen Niedrigstlohn und Durchschnittslohn so groß.

Der Gesetzentwurf, den die Demokratische Partei nach sechs Jahren endlich zustande gebracht hat, schmort seit einem Jahr in den Ausschüssen. Für März 1988 erwartet der

AFL-CIO (US-Gewerkschaftsdachverband), daß seine Freunde in der Demokratischen Partei – die die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses haben und das nicht erst seit gestern – den Gesetzentwurf durch die Ausschüsse bringen werden, damit er überhaupt im Plenum behandelt werden kann. Der Entwurf sieht eine stufenweise Erhöhung des Minimallohns auf 4,65 Dollar im Jahre 1990 vor. Danach soll jährlich auf 50% des Durchschnittslohns angeglichen werden.

Seit 1980 liegt der Lohn für einen Vollzeitbeschäftigten zu Minimallohn unter der offiziellen Armutsgrenze für einen 3-Personen-Haushalt. 1984 fiel er unter die Armutsgrenze für einen 2-Personen-Haushalt. 1986 waren 40% aller Minimallohneempfänger Alleinverdiener. Viele zu Minimallohn Beschäftigte sind daher auch Sozialhilfeberechtigter. Zu Recht kritisiert der AFL-CIO das als versteckte Subvention an die Kapitalisten. Der zu niedrige Minimallohn erlaubt es ihnen, Arbeiter unter den Lebenshaltungskosten zu vernutzen und die Differenz aus den Steuermitteln der Lohnabhängigen bezahlen zu lassen.

Nach einer Untersuchung aus dem Jahre 1986, die lediglich Stundenlöhner umfaßt, arbeiten 5,1 Mio. Personen oder 8,8% aller Stundenlöhner zum Minimallohn von 3,35 Dollar oder weniger. 1,6 Mio. müssen für weniger arbeiten. 1981 waren 7,8 Mio. oder 15% in dieser Lohnklasse. Ein Fortschritt? Nur zum Schein. Berücksichtigt man nämlich die 30% Inflation seit 1981, dann stellt sich heraus, daß 14,7 Mio. oder mehr als ein Viertel aller Stundenlöhner den „inflationbereinigten Minimallohn“ von 4,35 Dollar oder weniger bekommen. Das sind fast doppelt so viele Personen als 1981.

Nach unserer Schätzung müssen derzeit 18-20% aller Beschäftigten in den USA ihre Arbeitskraft zu 4,35 Dollar und darunter verkaufen. Allein die überfällige Inflationskompensation des Minimallohns auf diesen Betrag – geschweige denn eine reale Erhöhung – würde eine Lohnerhöhung eines beträchtlichen Teils der Lohnabhängigen erzwingen. Kein Wunder, daß die Kapitalisten zum 50jährigen Jubiläum des Minimallohngesetzes wieder einmal den Zusammenbruch der „freien Welt“ beschwören. Trotzdem scheint eine Erhöhung durch Bundesgesetz wahrscheinlich. Ob eine automatische Angleichung an 50% des Durchschnittslohns (wie oben definiert) verabschiedet werden wird, ist allerdings fraglich.

San Francisco: Obdachlose protestieren

Kim ist 16 und lebt seit drei Jahren auf der Straße. Er ist ohne Arbeit und Einkommen zum Betteln gezwungen.

Öffentliche Unterstützung, „welfare“, erhält er nicht. Er ist einer von 25 Obdachlosen, die zu der „United Coalition of the Homeless“ gehören und Ende letzten Jahres auf dem United Nations Plaza in San Francisco aus Protest gegen ihre Behandlung durch die Polizei ihre Zelte aufgeschlagen hatten. Drei Wochen lang verhandelten sie mit der Polizei über ihre Duldung und forderten die Zurverfügungstellung eines öffentlichen Platzes, auf dem sie unbehelligt leben können. Schließlich wurden sie aber, ohne daß ihre Forderungen erfüllt worden waren, zur Aufgabe gezwungen, der Platz geräumt.

Seit mehreren Wochen haben sich jetzt erneut inzwischen über 100 Obdachlose am Rande des Golden Gate Parkes niedergelassen. Zum überwiegenden Teil campen sie in Autos und Bussen am Straßenrand. Nach einiger Zeit der Duldung verweist die Polizei jetzt auf ein Gesetz, daß das Schlafen in Autos und auf öffentlichen Plätzen zwischen 10 Uhr nachts und 6 Uhr morgens verbietet. Erneut beginnen Verhandlungen zwischen der Stadt und Vertretern der Obdachlosen.

Obdachlos sind tausende, und es werden täglich mehr. Nicht nur, daß viele die schwindelerregenden Mieten nicht mehr zahlen können, auf der Straße sind sie schließlich vollständig rechtlos und der Schikane durch die Polizei ausgesetzt. Wo immer ein Obdachloser sich niederläßt, verweist ihn die öffentliche Ordnung: „Herumlungen“ ist verboten, Schlafen auf öffentlichen Plätzen sowieso. Man will sich schließlich nicht das Stadtbild versauen. Herzlos ist man aber auch nicht: Da wird in großer Aufmachung in der Zeitung von einer wohnungslosen Familien mit zehn Kindern berichtet, denen schon Tage nach dem Zeitungsbericht unbürokratische Hilfe zuteil wird. Es findet sich eine der städtischen Wohnungen, nach denen inzwischen Tausende vergeblich anstehen. Zuvor hatte die 12-köpfige Familie in anderer Weise schon Bekanntheit mit der staatlichen Fürsorge gemacht. Weil sie über keinen festen Wohnsitz verfügte, wurden der Mutter die zehn Monate alten Zwillinge weggenommen und der Fürsorge unterstellt.

Unter den Obdachlosen befinden sich Arbeiter mit geringem Einkommen, Jugendliche, Alte und Kranke, die oft nicht mehr in der Lage sind zu arbeiten.

Der 49-jährige Richard ist Epileptiker und folglich arbeitsunfähig. Seit drei Jahren lebt er auf der Straße, hat keine Aussicht auf öffentliche „Wohlfahrt“, da er behördlichen Auflagen, sich regelmäßig zu melden, nicht Folge leisten kann.

Frank, 35, lebt seit einigen Wochen auf der Straße, da er die Miete nicht mehr bezahlen konnte. Er hat eine



Obdachlose am Rande des Golden Gate-Parks in San Francisco

Teilzeitarbeit bei der Straßenreinigung. 25 Wochenstunden bei 4 Dollar Stundenlohn. Davon kann er sich kein Zimmer leisten, das unter hiesigen Verhältnissen 200 bis 300 Dollar kostet.

Kelley ist 32. Er war Truckfahrer. Seit einem Unfall vor drei Jahren ist er gehbehindert und berufsunfähig. Seither lebt er auf der Straße von Almosen.

Österreich

Ladenschluß: Ganz Wien bald Fremdenverkehrsgebiet?

Am 27.2. fand in Wien eine Protestkundgebung gegen die von Regierung und Kapitalisten geplante Ausdehnung der Ladenschlußzeiten statt. An ihr beteiligten sich rund 10000 Beschäftigte des Handelsbereiches. Der Kundgebung vorausgegangen waren Betriebsversammlungen während und außerhalb der Arbeitszeit. Bis zum 31.3. soll zwischen Gewerkschaften, Regierung und Kapitalisten ein gemeinsamer Vorschlag für die Änderung der Ladenschlußgesetze ausgehandelt werden. Die Gewerkschaft hat den jüngsten Vorschlag der Bundeswirtschaftskammer abgelehnt, der flexible Ladenöffnungszeiten an allen Wochentagen zwischen 7 und 20 Uhr vorsieht. Demnach sollen die Geschäfte im non-food-Bereich maximal 65 Wochenstunden geöffnet sein, die Lebensmittelgeschäfte 68 Stunden und die Geschäfte in Fremdenverkehrsgebieten 75 Stunden. Die Mehrarbeit könne durch Freizeit abgegolten werden – also keine Überstundenbezahlung, sondern Freizeit in der „lauen“ Saison.

Im Laufe der letzten Jahre wurde die Aushöhlung der Ladenöffnungszeiten systematisch betrieben. 1984 fiel Mariä Empfängnis (8.12., in Österreich Feiertag) auf einen verkaufsoffenen Samstag und wurde des-

halb für die Handelsbeschäftigten zum Arbeitstag; im letzten Jahr wurde u.a. für die Handelsbeschäftigten in der Steiermark die obligate Mittagsruhe gestrichen; in Baden bei Wien wurde der „lange Freitag“ ins Leben gerufen; während der Rad-Weltmeisterschaften in Villach (Kärnten) wurde die Ladenöffnung allgemein aufgehoben.

Die Kapitalisten setzen weiter nach. Der niederösterreichische Wirtschaftslandesrat Vinzenz Höfinger z.B. spricht sich für eine Ausweitung des „Badener Modellversuchs“ aus, was eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten auch im in der Nähe Wiens gelegenen Großeinkaufszentrums Vösendorf bedeuten würde, und wo irgendwann auch die Händler Wiens die Vorzüge der „Freiheit“ erkennen würden. Als „Probelauf“ bezeichnet der Präsident der Wiener Handelskammer, Karl Dittrich, seinen Vorschlag, bis Ende des Jahres an einem bestimmten Tag der Woche die Läden bis 20 Uhr offenzuhalten. Was Mariä Empfängnis betrifft, gab er eine „versteckte Kriegserklärung“ ab. Er werde alles unternehmen, damit die Geschäfte in Wien an diesem Tag offen sind. Überlegungen, die Wiener Innenstadt zum Fremdenverkehrsort mit flexiblen Öffnungszeiten zu deklarieren, lehnte er ab. Dies – erklärte er perfide – würde die anderen Bezirke diskriminieren. Fürwahr, was in Wien City gilt, muß in Grinzing allemal gelten.

Quellenhinweis: Die Presse, 11.02., 15.05.; telef. Auskunft bei „Zusammen“ – (rua)

Türkei / Kurdistan

Hungerstreik: Einer tot, andere in Lebensgefahr

Mehr als zweitausend politische Gefangene befinden sich seit dem 10. Februar in Gefängnissen in der Türkei im Hungerstreik, der mittlerweile zum Todesfasten erklärt wurde. Unmittelbarer Auslöser der Aktion waren zwanzig Todesurteile gegen PKK-Mitglieder und -Anhänger. Mit dem Hungerstreik wird gegen diese Todesurteile sowie gegen Folter und unmenschliche Behandlung in den Gefängnissen protestiert. Beteiligt sind vor allem Gefangene in Diyarbakir, größte Stadt mit größtem Gefängnis in Kurdistan, Eskisehir (Inner-Anatolien) und Mersin. In Istanbul weigerten sich angeklagte PKKler, an den Gerichtsverhandlungen teilzunehmen. In Diyarbakir demonstrierten Frauen und Mütter der Gefangenen zum Sitz des türkischen Generalgouverneurs. In Eskisehir war es nach Bekanntwerden der Todesurteile zum Aufstand gekommen, bei dessen Niederschla-

gung zwanzig Gefangene zum Teil schwer verwundet wurden. In Folge dieses Aufstands kam es zu Solidaritätsaktionen von Angehörigen vor dem Gefängnis, die die Abschaffung des Besuchsverbots forderten. Die Demonstrationen wurden von der Polizei aufgelöst; die anschließende Fortsetzung der Aktion im Parteibüro der sozialdemokratischen SHP wurde ebenfalls gewaltsam beendet. Daraufhin traten in Eskisehir 97 Gefangene in den Hungerstreik. In die Todeszelle verlegt wurde bereits im Januar in Sinop ein Gefangener von TKP/ML-Bewegung: Garbis Altinoglu, seit 1981 inhaftiert und schwer gefoltert, soll das „Disziplinarstrafrecht“ des Gefängnisses verletzt haben.

Mindestens ein Gefangener ist bislang während des Hungerstreiks gestorben. Nicht klar ist, ob er an den Folgen des Todesfastens verstarb oder ob er von den faschistischen Folterern ermordet wurde. Acht weitere Gefangene liegen im Koma. Eine Gefangene der TIKB bedarf dringend spezialärztlicher Behandlung im Ausland, da ihre Gehirnzellen schwer angegriffen sind.

Als Problem erscheint, daß die Kämpfe der Gefangenen verschiedener Organisationen und ihre Unterstützung in der Türkei wie im Ausland mehr oder weniger isoliert von einander ablaufen. Bündnispolitik findet spärlich statt, jeder kümmert sich nur um „seine“ Gefangenen.

Nach den spärlich nach außen dringenden Meldungen sollen Regierung und Gefängnisverwaltungen bereit sein, Verbesserungen bei den Haftbedingungen vorzunehmen. So soll das Verbot der Verwendung der kurdischen Sprache während der Gefangenbesuche aufgehoben werden. Die Todesurteile hingegen werden nicht zurückgenommen. Seit 1981 sind allein im Gefängnis von Diyarbakir über dreißig Gefangene unter der Folter gestorben.

In dieser Situation meldet die FAZ am 4.2., die türkische Regierung erlaube nunmehr die Gründung einer „orthodox-marxistischen Partei“. Zwar wird die moskau-orientierte TKP nicht erlaubt, auch deren Führer Kutlu bleibt im Gefängnis, die neue Partei basiert aber auf den von TKP aufgebauten Theorien. Die türkische Regierung verfolgt zwei Ziele: Zum einen ist die Legalisierung einer revisionistischen Partei ein Zugeständnis an die Europäische Gemeinschaft von wegen „Demokratie“, zum anderen dient diese plötzliche Erlaubnis der Isolierung der revolutionären Opposition. Offenbar rechnet die Regierung darauf, daß ein Großteil der Opposition sich unter die Fittiche einer legalen „orthodox-marxistischen“ Partei begibt, deren Programm die Existenz revolutionären Kampfes überflüssig erscheinen läßt. – (dev, Mak)

Großbritannien

Ford-Streik beendet

Mit 16060 zu 6759 Stimmen beschloßen die britischen Ford-Arbeiter am 18. Februar, ein neues Angebot der Kapitalisten anzunehmen und ihren zwei Wochen dauernden Streik zu beenden. Etwa 70% beteiligten sich an der Urabstimmung. Am Montag, dem 22. Februar, nahmen die insgesamt 32500 Arbeiter die Arbeit wieder auf.

Das neue Angebot sieht Lohnerhöhungen von 7% im laufenden Jahr (rückwirkend ab November) und mindestens 7% im zweiten Jahr vor. Doch mußten die Ford-Kapitalisten ihre



Streikposten vor dem Ford-Werk Halewood

Pläne für weitreichende Änderungen der Arbeitsorganisation nicht aufgeben, sondern sich lediglich verpflichten, vor solchen Änderungen mit den Gewerkschaften auf Betriebsebene zu verhandeln. Sie hatten die Einführung von gemischten 12-Mann-Arbeitsgruppen aus Produktions- und Wartungsarbeitern unter strenger Führung von Vorarbeitern verlangt und zum Bestandteil des Tarifvertrages machen wollen. Damit hätten sie eine weitreichende Intensivierung der Arbeit durchgesetzt und langfristig auch die Lohnhöhe insbesondere der Schlosser, Mechaniker usw. angreifen können.

Vertrauensleute in einzelnen Betrieben kündigten bereits Widerstand gegen die geplante „Flexibilisierung“ an. Im Werk Dagenham bei London stimmte eine Mehrheit gegen den Abschluß, vor allem, weil er die Möglichkeiten zur Intensivierung offen läßt. Außerdem gibt es in den Gewerkschaften erheblichen Widerstand gegen einen Zweijahres-Abschluß, der bislang einhellig abgelehnt worden war. Die Kapitalisten hatten sogar einen dreijährigen Tarifvertrag gefordert. Entsprechend schwierig ist die Bewertung des Streikausgangs, weil

der Abschluß den Rationalisierungsplänen der Kapitalisten keine ausreichenden Schranken setzt. Die Lohnhöhe ist ein Erfolg, doch der wurde teilweise mit der zweijährigen Laufzeit bezahlt.

Alle sind sich einig, daß die Regierung eine schwere Niederlage erlitten hat. Denn die Ford-Streiks vor zehn Jahren waren einer der Hauptvorwände für die Einführung der vorgeschriebenen schriftlichen Urabstimmung. Thatcher hatte die Abstimmung auf Betriebsversammlungen verbieten lassen, weil dort die Arbeiter angeblich von den Vertrauensleuten aufgehetzt würden. Trotz schriftlicher Urabstimmung führten die Ford-Belegschaften einen geschlossenen Streik durch. Der zweiwöchige Streik hat den US-amerikanischen Ford-Konzern mindestens 200 Mio. Pfund (600 Mio. DM) an Produktionsausfall gekostet, nachdem schon einzelne Warnstreiks vorher zu Produktionsausfällen von 300 Mio. Pfund (900 Mio. DM) führten. Die Ford-Werke Genk und Saarlouis sowie das Traktorenwerk Antwerpen wurden weitgehend lahmgelegt, weil Zulieferteile aus Großbritannien fehlten, Köln und andere Werke standen kurz vor weitreichenden Produktionsstilllegungen.

Seit dem 22. Februar streiken 6000 Arbeiter des Automobilherstellers Land Rover in Birmingham. Die Kapitalisten hatten 5% im ersten und 4,5% im zweiten Jahr angeboten, wollen aber schon jetzt bestehende Zuschläge einrechnen. Nach Angaben der Gewerkschaften ist das Angebot nur 8% über zwei Jahre wert, die Kapitalisten sprechen von 14%.
Quellenhinweis: Financial Times, Guardian, Ausgaben Februar 1988 – (hef)

Chile

Widerstand und Lage der Frauen

Am 15. März steht für vier der 15 von Todesstrafenforderung betroffenen Gefangenen die Verhandlung in 2. Instanz vor dem Militärgericht an. Gleichzeitig rührt die Diktatur die Werbetrommel für die „Volksabstimmung“ im Herbst. Die Scheinperspektive einer „Demokratisierung“ durch ein „NEIN“ für Pinochet beim Plebiszit hat die Opposition in Chile gespalten und verbaut den Weg der tatsächlichen Befreiung des Volkes von Ausbeutung und Unterdrückung. Doch die alltäglich und am meisten von der neoliberalen Wirtschaftspolitik und dem Staatsterrorismus betroffenen Teile der Bevölkerung wissen, daß sie auf ihre eigene Kraft bauen müssen, um diese Verhältnisse grundlegend zu ändern. Der Widerstand findet Aus-

druck in vielfältigen, wenn auch nicht so massiven Formen wie bei den großen Protesttagen der Jahre 1983-86: Von Demonstrationen und Kundgebungen bis zu Sabotage und bewaffneten Aktionen gegen die Unterdrückungsorgane.

Die Frauen der Arbeiter- und marginalisierten Schichten haben am Widerstandskampf einen wichtigen Anteil. Sie sind am schärfsten betroffen von Massenarbeitslosigkeit und erniedrigenden Lohnverhältnissen. Viele Frauen haben das Auseinanderklaffen von traditionellen Rollen- und Wertvorstellungen und der nackten Wirklichkeit von Not, Krankheit und Unterdrückung als schmerzhaften Bruch erfahren. Um zu überleben und um ihre Rechte und Würde zu verteidigen bzw. zu erkämpfen, haben sie sich zusammengeschlossen und den offensiven, unversöhnlichen Kampf gegen die Diktatur aufgenommen.

Durch ihre Mitarbeit in CODEM-Komitees (CODEM: Komitee zur Verteidigung der Rechte der Frau) und ähnlichen Frauenorganisationen schaffen sie sich die Möglichkeit,

(Produktionswerkstätten, Volksküchen, Einkaufskooperativen etc.) in kollektiver und solidarischer Weise wenigstens z.T. ihre Ernährungssituation zu verbessern und selbständig für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Bedingt durch die Wirtschaftspolitik der Diktatur gibt es eine – in den städtischen Rand- und Elendsvierteln – unglaublich hohe Arbeitslosigkeit von z.T. 80% mit ihren Begleiterscheinungen wie Alkoholismus, Drogenabhängigkeit und Prostitution. Das wirkt sich stark auf die Familienstruktur und die Lage der Frauen aus, die immer häufiger allein die Verantwortung für das Überleben ihrer Familien tragen, inzwischen ca. 40% in den ärmeren Schichten.

Aus Anlaß des internationalen Frauentages am 8.3. haben in Chile verschiedene Frauenorganisationen, bisher hauptsächlich aus dem Gewerkschaftsspektrum, zu einer zentralen Demonstration in Santiago aufgerufen: gegen Einschränkungen und Privatisierung des Gesundheits- und Erziehungswesens und gegen die Diktatur. – (med)

Peru

PCP („Leuchtender Pfad“) weitert Arbeit in den Städten aus

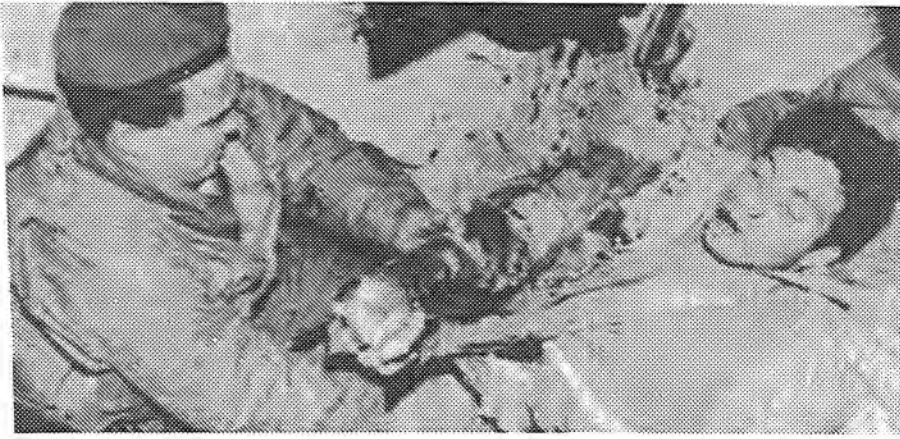
Seit mehreren Jahren herrscht in zwanzig Provinzen Perus der Notstand und in Lima sowie in der nahen Hafenstadt Callao ein nächtliches Ausgangsverbot. Weder diese Maßnahmen noch die Militarisierung ausgedehnter Gebiete, vor allem in den zentralen Anden, haben jedoch eine Verminderung der Guerillatätigkeit bewirkt. Die Aufstandsbewegung des Leuchtenden Pfades/PCP hat sich im

Gegenteil von ihrem Ursprungsgebiet um Ayachucho in zahlreiche andere Landesteile ausgedehnt.

Die PCP betrachtet sich selbst als maoistische Organisation. Sie geht davon aus, daß Peru eine halbfeudale, halbkoloniale Gesellschaft ist, deren bürokratischer Kapitalismus faschistische Züge hat. Diese Gesellschaft kann nur in einem Krieg der am meisten ausgebeuteten Klasse, der Bau-



Mitglieder der Volksguerillaarmee bei der Agitation in einer Anden-Ortschaft



Mit einem zweitägigen Generalstreik in den besetzten Gebieten protestierte das palästinensische Volk gegen die Visite von US-Außenminister Shultz in Israel. Über 80 Tage dauert der Aufstand in Palästina. Er wird organisiert von der „Vereinigten Nationalen Führung“. Sie entstand aus lokalen Hilfskomitees, alle Kräfte der PLO sind daran beteiligt, sie arbeitet im Untergrund. Ihr erstes Flugblatt (inzwischen fünf) erschien Anfang Januar. Sie ruft z.B. zu den Generalstreiks und zu großen Demonstrationen auf wie auch zu Angriffen auf israelische Siedlungen, sie organisiert Steuerverweigerungen und den Boykott israelischer Waren. Bisher wird der Kampf in den besetzten Gebieten von seiten der Palästinenser bewußt ohne Schußwaffen geführt. – (bar)

Frankreich: Staatlicher Terror gegen politische Gefangene

In bislang drei Prozessen verurteilte das eingesetzte Sondergericht Action Directe-Mitglieder zu lebenslangen bzw. langjährigen Gefängnisstrafen. Die seit Anfang Dezember hungerstreikenden AD-Mitglieder befinden sich Ende Februar in einem lebensbedrohlichen Zustand, z.B. wiegt Nathalie Ménigon kaum mehr als 30 kg. In einem Appell an den Justizminister fordern weit über 100 bekannte Persönlichkeiten die Aufhebung der Isolationshaft, u.a. die Präsidentschaftskandidaten Juquin und Waechter, die ehemalige Umweltschutzministerin Bouchardeau, die Schriftstellerin F. Sagan sowie die Résistance-Veteranen

L. und R. Aubrac. Premier Chirac und Präsident Mitterrand bekundeten Unnachgiebigkeit. – (sie)

Pflegestreik in Norwegen

Seit dem 16.2. streiken 952 Operations- und Anästhesiekrankenschwestern und -pfleger für eine Nachzahlung von umgerechnet 1300 DM, was einer 3%-Lohnerhöhung entsprechen würde. Nach dem 1,7%-Angebot der Gemeinden waren die Verhandlungen gescheitert. Die Patienten – mit Ausnahme der Kinder und der akut Erkrankten – wurden wieder nach Hause geschickt. Die Streikenden stellen sich auf einen längeren Streik ein. – (sul/sie)

Japan: Gewerkschaften vor harten Lohnkämpfen

Die japanischen Gewerkschaften, die 1987 mit den niedrigsten Lohnerhöhungen (durchschnittlich 3,56%) seit dem Zweiten Weltkrieg eine schwere Niederlage erlitten hatten, rüsten für einen harten Kampf mit den Kapitalisten. Mit „Shunto“, der Lohnoffensive im Frühling, sollen kräftige Lohnerhöhungen erzielt werden. „Wir sind entschlossen, bis zum bitteren Ende um Macht und Anziehungskraft der Gewerkschaften zu kämpfen“, erklärte Takashige Ida vom Gewerkschaftsverband für Beschäftigte im Privatsektor (Rengo), der rund 5,5 Mio. Mitglieder hat. Rengo war im November 1987 aus mehreren kleineren Gewerkschaften entstanden. Rengo und die Sohyo, bei der 4,3 Mio. Lohnabhängige im öffentlichen und privaten Bereich organisiert sind, haben sich für die ab 1. April beginnenden Tarifverhandlungen auf ein Bündnis geeinigt. Rengo will Lohnerhöhungen von 6-7%, Sohyo von 7% und mehr fordern. In einem Bericht des Arbeitgeberverbandes Nikkeiren hieß es kürzlich, Lohnerhöhungen seien allenfalls in Höhe des Produktivitätszuwachses abzüglich des Beschäftigtenzuwachses zu akzeptieren, d.h. 2,6%. „Das ist eine Schraube ohne Ende. Harte Arbeit, harter Yen und Elend“, sagte Koichi Nakagawa von der Sohyo, „wir müssen diese Quälerei beenden und den Lebensstandard steigern“. In Japan hatte es zuletzt 1975 größere Streiks gegeben. Die Gewerkschaften verlieren seit Jahren stetig Mitglieder und dies besonders unter den jüngeren Lohnabhängigen und im wachsenden Dienstleistungsbereich. Nur noch 27,6% der Lohnabhängigen waren Ende Juni 1987 in Gewerkschaften organisiert. – (sie)

ern, überwunden werden. Dies geschieht im Bündnis mit der Arbeiterklasse und der Kleinbourgeoisie. Das Ziel ist die Errichtung einer Volksdemokratie. Entsprechend liegt der Schwerpunkt der politischen und militärischen Arbeit der PCP auf dem Lande.

Beispielhaft für die Arbeit der PCP kann die Entwicklung in den nördlichen Provinzen Perus genannt werden. Die Region Caramarca gilt als eine Bastion der Regierungspartei Apra. Dort herrscht eine halbfeudale Produktionsweise vor. Als Pächter, z.T. als Landarbeiter müssen sie bei den Feudalherren arbeiten und große Teile ihrer Ernte als Pacht abliefern, so daß der verbleibende Rest kaum zum Leben reicht.

Die Erniedrigung und Ausbeutung der Bauern und Landarbeiter wurde beseitigt, als die Volksguerillaarmee

Aktionen in dieser Region unternahm. Gestützt auf Versammlungen und Organisationen der Bauern konnten örtliche Verwaltungen entmachtet und Polizei und Armee vertrieben werden. Sodann wurde das Land und das Vieh der Großgrundbesitzer an die Bauern verteilt, die begannen, das Land kollektiv zu bebauen und die Verteilung der Nahrungsmittel zu organisieren, wobei an die traditionelle indianische Produktionsweise angeknüpft wurde. Dabei förderte und initiierte die PCP den Aufbau von Komitees für Gerichtsbarkeit, Verwaltung und Produktion.

Mit der Operation „Zyklon“ reagierte die Regierung auf diese Entwicklung. Hunderte von Fallschirmspringern, Artillerieabteilungen und über 2000 Soldaten einer Spezialeinheit, die wegen ihrer Brutalität gefürchtet ist, fielen in die Region ein. Sie plün-

derten, mordeten, vertrieben Bauern, raubten das Vieh und die Ernte usw. Die Guerilla konnte sich mit Unterstützung der Bauern zurückziehen und den Regierungstruppen heftige Schläge versetzen. Seither kontrolliert die Armee zwar die Region am Tage, im wesentlichen nur die Städte und größeren Ortschaften. Das Militär wird dabei in zunehmenden Maße unterstützt von ausländischen Militärs, u.a. von US-Militärberatern im Rahmen des „Anti-Drogenkampfes“. Die Taktik der Guerilla, äußerst flexibel in größeren und kleineren Verbänden zu operieren und dabei die Verwundbarkeit der Armee herauszufinden und auszunutzen, löst Verwirrung im peruanischen Heer aus. Desertationen sind deshalb an der Tagesordnung.

Ein weiterer Schwerpunkt der Politik der PCP gilt dem Großraum von

Australien: Gesetz gegen Kriegsverbrecher vorgelegt

Ein im Parlament eingebrachter Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Regierung sieht vor, daß Ausländer, die im Ausland und im Auftrag einer fremden Macht Kriegsverbrechen verübt hatten, in Australien künftig unter Anklage gestellt werden können. Die Regierung reagiert damit auf die zahlreichen inländischen und ausländischen Proteste, die in den letzten Monaten erhoben wurden, nachdem bekannt geworden war, daß zwischen 200 und 450 faschistische Kriegsverbrecher des 2. Weltkriegs unbehelligt in Australien leben sollen. – (sie)

Südafrika: Botha bannt 17 Organisationen

Mit einem am 24.2. verkündeten Gesetz über die öffentliche Sicherheit will die südafrikanische Rassistenregierung den wachsenden Widerstand unterdrücken. Mit dem Verbot der politischen Betätigung sind belegt: die AZAPO, die Azanische Jugendorganisation, der Kap-Jugendkongreß, die Vereinigung der Bewohner von Creadock, das Komitee zur Unterstützung von Gefangenen, das Komitee zur Nationalen Bildungskrise, die Nationale Bildungsvereinigung von Südafrika, die Schwarze Bürgerorganisation von Port Elizabeth, das Komitee zur Freilassung von N. Mandela, die Bürgervereinigung von Soweto, der Jugendkongreß von Soweto, der Südafrikanische Nationale Studentenkongreß, der Südafrikanische Jugendkongreß, die UDF, die Bürgervereinigung Vaal, die Bürgervereinigung West-Kap(-Provinz). Dem Gewerkschaftsdachverband COSATU wurden einschneidende Auflagen gemacht und er darf nur noch zu rein gewerkschaftlichen Fragen tätig werden. Be-

reits zuvor hatte die Regierung Einschränkungen des Streikrechts verfügt. In einer Stellungnahme am 25.02. hat der ANC zur Einheit der Befreiungskräfte und zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes aufgerufen. – (sie)

Protest Argentiniens gegen britisches Malwinen-Manöver

Der argentinische Außenminister eröffnete am 25.02. einen neuen Marinestützpunkt, der geographisch gegenüber den von Großbritannien besetzten und zum gewaltigen Militärstützpunkt ausgebauten Malwinen liegt. Er protestierte dabei gegen das für den

Zeitraum vom 7. bis 31. März geplante britische Manöver auf den Malwinen, „das die Spannungen noch verschärft“ und „einen möglichen Verhandlungsweg zur Lösung der Streitfrage behindert“. Die britische Regierung erklärte, die Manöver stellten eine „durchaus normale Erprobung der militärischen Einsatzbereitschaft für den Notfall“ dar. Die Inseln seien ein ausgezeichnetes Übungsfeld für die verschiedenartigsten Einsätze, auch für Kommando-Aufgaben; für die südamerikanischen Staaten, insbesondere für Argentinien, eine unmißverständliche Drohung. – (sie)



Eindeutige Beweise für die Beteiligung der BRD am Kolonialkrieg im südlichen Afrika und den Bruch des UN-Waffenembargos gegen Südafrika durch die BRD hat die namibische Befreiungsorganisation SWAPO vorgelegt: In ihrem jüngsten Bulletin veröffentlichte sie die Fotos ziemlich neuer Militärfahrzeuge, die ihre Befreiungsarmee PLAN bei einem Überfall der südafrikanischen Armee auf Angola erbeutet hat. Darunter sind der abgebildete gepanzerte Truppentransporter „Buffalo“, hergestellt in der BRD, ausgerüstet mit einem Mercedes-Benz-Motor, Kilometerstand: 4996 km. Außerdem veröffentlichte die SWAPO Fotos eines Truppentransporters Casspir MK, ausgeliefert aus der BRD am 14.6.83, ausgerüstet mit US-Maschinengewehren aus dem Jahre 1942. – (uld)

Lima. Hier konzentriert sich alles, was den Landregionen fehlt: Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Industrie usw. Hier drückt sich auch die faktische „Apartheid“ aus. Auf der einen Seite die Massen von Indios, vom Land vertriebene Bauern, die die Elendsviertel bevölkern, unter denen der Leuchtende Pfad eine bedeutende Anhängerschaft hat. In Lima lebt auch die nach dem Westen ausgerichtete, mit dem internationalen Kapital verbundene Oberschicht, zumeist aus Großgrundbesitzern entstandene Kapitalisten und Bankiers. Neben den Beschäftigten in den Großbetrieben und im öffentlichen Dienst sind die sogenannten Ein-Mann-Unternehmer, die allein oder mit ihren Familienangehörigen arbeiten, gelegentlich auch als Kleinunternehmer mit bis zu zehn Beschäftigten, von politischer Bedeutung für die Bündnispolitik der PCP.

Für die gewachsene Stellung der

PCP in den Städten, insbesondere in Lima, spricht folgende Entwicklung. Während des Generalstreiks im Februar, ausgerufen durch den Gewerkschaftsverband CGTP, beteiligte sich die PCP mit ihren Mitgliedern aktiv und öffentlich an den Protestaktionen gegen die Regierungspolitik. In einem Aufruf unterstützte die PCP den Generalstreik und propagierte die Allianz zwischen Arbeitern, Bauern und kleinen und mittleren Unternehmern. Gleichzeitig suchte die PCP die Auseinandersetzung mit den in der Vereinigten Linken zusammengeschlossenen Organisationen über die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes. Bürgerliche Zeitungen in Peru sehen in dem offensiven Auftreten der PCP entlang der gewerkschaftlichen Aktionen im Februar einen strategischen Wendepunkt. Vielmehr dürfte es sich – nach Dokumenten der PCP aus den Jahren 1985/86 – um eine Ausweitung

der bisherigen Tätigkeiten und um eine neue Phase der Arbeiteragitation handeln. Die PCP hatte bereits eine Gewerkschaftsfrontgruppe gebildet, die MOTC-Bewegung. Sie wirkt besonders aktiv in der Organisation von Hotel- und Restaurantbeschäftigten. Daneben berichtet die Financial Times (15.02.88), die zwei führende peruanische Zeitungen zitiert, daß die PCP eine Zahl anderer Gewerkschaften infiltriert hätte.

Innerhalb der städtischen Linken sind Anzeichen für eine stärkere Diskussion und Auseinandersetzung über den bewaffneten Kampf feststellbar. Die Unterstützung der PCP für berechnete Anliegen der städtischen Arbeiter bietet Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Kräften der Vereinigten Linken.

Quellenhinweis: El Pais, 30.01.; El Diario, 08.11.; A World To Win, verschiedene Ausgaben – (sie)

– Veröffentlichungen –

Nacht- und Schichtarbeit machen krank

Geplante Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen, Ausdehnung der Maschinenzeiten in der Industrie, Verlängerung des Ladenschlusses, der geplante Dienstleistungsabend im öffentlichen Dienst ... Mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit werden in allen Branchen Nacht- und Spätschichtarbeit ausgedehnt, auch in Bereichen des öffentlichen Dienstes, in denen Schichtarbeit üblich ist. Krankenträger versuchen, die Operationszeiten auszudehnen. Das bedeutet Schichtarbeit nicht nur im OP, sondern auch im Labor, Röntgen und technischen Abteilungen. Daß Spätschicht, vor allem aber Nachtarbeit, die Gesundheit stark belasten und auf Dauer zerstören kann, ist allgemein bekannt und durch arbeitsmedizinische Forschung längst bewiesen. Bereits seit den 70er Jahren fordert die ÖTV Freizeitausgleich für Nachtarbeit und hat einen Tarifvertrag durchgesetzt über Sonderurlaub für in Wechselschicht- und Nachtarbeit arbeitende Angestellte. Mit diesem Tarifvertrag ist zwar eine Verbesserung eingetreten, damit ist aber die Forderung nach Freizeitausgleich nicht erfüllt. Dies ist aber mehr denn je erforderlich, denn die Spät- und Nachtschichtarbeit wird nicht nur ausgedehnt, sie ist auch wesentlich arbeitsintensiver geworden. Wie nötig ein solcher Freizeitausgleich ist, beweist ein Gutachten, das im Auftrag der ÖTV, Bezirk Berlin, von Wolfgang Evers u.a. beim Wissenschaftszentrum Berlin erstellt wurde. Es trägt den Titel „Auswirkungen von Nachtarbeit und Bereitschaftsdienst auf den Gesundheitszustand von Arbeitnehmern im Gesundheitswesen sowie Auswirkungen auf die Patientenbetreuung“. Im folgenden Auszüge aus diesem Gutachten:

„Herztätigkeit und Kreislaufregulation haben nachts ihr Minimum. Die Umstellung auf Arbeitsbereitschaft ... erfordert einen höheren Aufwand an physischen und geistigen Kräften. Das Atmungssystem hat nachts ein Funktionsminimum, und zwar auch im Wachzustand, ebenso werden die Sauerstoffaufnahmen und Kohlendioxidabgabe reduziert. Die Absonderung der zur Verdauung dienenden Magensäure erreicht das Minimum unabhängig von Schlaf und Nahrungsaufnahme ... Besonders hervorzuheben ist, daß diese Periodizitäten weder vom Schlafen oder Wachen, noch von Muskelaktivität oder Nahrungsaufnahme abhängig sind.“

Zusammenfassung: „Ungeachtet der noch bestehenden Forschungslücken läßt sich insgesamt feststellen, daß Schichtarbeit mit hoher Wahr-

scheinlichkeit einen krankheitsrelevanten Risikofaktor darstellt, – daß dieses Risiko durch hinzukommende Belastungen erheblich verschärft werden kann, – daß die unter Mehrfachbelastung stattfindende Schichtarbeit auch die Fehlerwahrscheinlichkeit deutlich erhöht.“ (aus: Informationsdienst Gesundheitspolitik Nr. 4/88) – (las)

Eineinhalb Jahre nach Marcos – die Philippinen unter Aquino

Die Reihe der Buchveröffentlichungen über die Philippinen hat seit dem Sturz von Diktator Marcos weiter zugenommen. Darstellungen und Untersuchungen zu vielfältigen Fragen lie-



gen vor. Was bringt also das im Herbst letzten Jahres im isp-Verlag erschienene Buch „Die Philippinen unter Aquino“ dem interessierten Leser vor diesem Hintergrund? Zum einen das Thema. Was bislang zu meist nur in Einzelartikeln zu lesen war, wurde von den Autoren in einem Buch zusammengetragen: Die Entwicklung der letzten eineinhalb Jahren nach dem Sturz von Diktator Marcos, die Regierungszeit von Frau Aquino. Neben der Aktualität des behandelten Themas spricht auch die Darlegung des Themas für eine Lektüre dieses Taschenbuches. Die Verfasser, Tim Kuschnerus, Gert Rüppell und Rainer Werning, sind fachkundig und selbst Autoren von vielen anderen Philippinen-Veröffentlichungen. Sie entwickeln in Einzeldarlegungen wie „Der Machtwechsel“, „Das Mendiola-Massaker“, die Bauernbewegung, Krise der exportorientierten Entwicklungsstrategie, „1986 – Lehrjahre für die Linke“, über Aufstandsbekämpfungstrategien, die Militärprä-

senz des US-Imperialismus, die letzten Parlamentswahlen usw. einleuchtend, daß sich an der brutalen Ausbeutung und Unterdrückung der philippinischen Bauern und Arbeiter nichts grundlegend geändert hat, daß der bewaffnete Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen und seine Ziele gerecht sind und Unterstützung verdienen. Dies ist aner kennenswert, handelt es sich z.B. bei zwei Verfassern um Theologen in der BRD, die positiv zum Befreiungskampf Stellung beziehen. Dies wird besonders in drei anschaulich geschriebenen Kapiteln deutlich: ein Augenzeugenbericht des Mendiola-Massakers, ein Besuch bei den „Müttern der Guerilla“ und ein Interview mit einem Führer der Moro-Befreiungsorganisation MNLF, die dem Leser zudem eine willkommene Abwechslung beim Lesen bieten. Gleichzeitig zeigen sich hierin und an anderer Stelle (z.B. im Anhang des Taschenbuches) auch Schwächen des Buches. Diese mögen in der politischen Begrenztheit befreiungstheologischer Ansätze und Auffassungen bestehen, so nämlich in einer insgesamt nicht befriedigenden Darlegung und Untersuchung der Klassenverhältnisse, des geringen Quellenmaterials über die Programmatik z.B. der Frontorganisationen, der Gewerkschaften und der Linken, insbesondere der KP. – (sie)

Kirchenaustritt alleine genügt nicht!

Mancher Kollege quakt gerne mal herum, wenn er seine Lohn- und Gehaltsabrechnung in Händen hält und feststellt, wie hoch wieder der Abzug der Kirchensteuer ist. Dann wird auf die Pfaffen geschimpft und vielleicht noch etwas über ihren Hokuspokus gewitzelt. Aber man ist auch geneigt, die Kirchen zu entschuldigen mit ihrer scheinbar so verdienstvoller Sozialarbeit, die für die Menschen von der Wiege bis zur Bahre da sei. Kaum einer weiß in solchen Gesprächen darüber Bescheid, daß diese Arbeit ein Riesengeschäft für die Kirchen ist, da sie nur einen Bruchteil der Kosten dieser Arbeit selbst aufzuwenden haben – durchweg weniger als 15 Prozent!

Mit Fug und Recht läßt sich behaupten, daß die kirchlichen Einrichtungen der BRD fast vollständig durch staatliche Zuwendungen unterhalten werden, daß das Kontroll- und Mitspracherecht aber ausschließlich in der Hand der Kirchen liegt.

Solche Informationen über das Kirchenunwesen in der BRD kann man kurz und bündig nachlesen in einem „Politischen Leitfaden“, herausgegeben vom „Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten

(IBKA)“. Aus der Kirche austreten, sagt der IBKA, ist besser als ihr zahlendes Mitglied zu sein. Der Leitfaden will aber zu weitergehenden Konsequenzen veranlassen als nur zum Kirchenaustritt. Dazu sei es auch notwendig, die Religion als falsche Ideologie zu kritisieren und die reaktionäre gesellschaftspolitische Rolle der Kirchen zu durchleuchten. Seine politischen Forderungen stützt der IBKA dabei in erster Linie auf den Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat. „Der Leitfaden“ ist zu beziehen bei: IBKA e.V., Postfach 880, 1000 Westberlin 41, für 4,00 DM (10 Stück). – (hel)

Reportage über Frauenarbeit

Die Tageszeitung der DKP „Unsere Zeit“ hat eine zwölfteilige Reportage über den Alltag einer HBV-Betriebsrätin in Hamm in Westfalen veröffentlicht. Darin ist der Lebensweg aufgezeichnet: Lehre als Verkäuferin, danach Heirat und Mitarbeit auf dem Schiff des Mannes, der als Binnenschiffer in der BRD und der DDR fährt, Scheidung, Arbeitslosigkeit und dann wieder Arbeit im Handel – Auszeichnen im Service-Centrum des Kaufhofs im Ruhrgebiet. Hier werden inzwischen die Waren für acht Kaufhof-Niederlassungen mit Preisen ausgezeichnet, früher arbeitete das Centrum mit gleicher Belegschaft nur für die Hammer Kaufhof-Filiale. Die Betriebsrätin berichtet, daß der Kaufhof auch im Service-Centrum immer häufiger befristet einstellt bzw. Abrufkräfte beschäftigt. In den Verkaufsräumen werden zunehmend Verkäuferinnen in den Bereichen Schmuck, Kosmetika und mehr und mehr auch bei Kleidung mit Entlassungsdrohungen gezwungen, „selbständig“ zu werden, d.h. sie verpflichten sich, in den Räumen der Kaufhof AG eine bestimmte Marke als „Selbständige“ zu verkaufen. Diese Arbeitskräfte sind verpflichtet, Vertretungen z.B. für Pausen oder im Krankheitsfall selbst zu beschaffen oder sie dürfen nicht krank werden und keine Pausen machen. Weil sie „selbständig“ sind, gelten die Arbeitsschutzbestimmungen für Lohnabhängige für sie nicht. Die Betriebsrätin erklärt, der Betriebsrat habe dagegen kaum Handlungsmöglichkeiten. Das Vorhaben der Kaufhof-Verwaltung, zukünftig die Preisauszeichnung durch computerlesbare Streifen zu ersetzen und damit auch die Lagerhaltung und die Bestellungen zu koppeln, betrachtet die Arbeiterin vor allem als Vorhaben, die Arbeit zu intensivieren und Entlassungsdruck auf die jetzt Beschäftigten auszuüben. (Immer wieder aufstehen, UZ-Sonderdruck, zu beziehen über: UZ-Redaktion, Prinz-Georg-Straße 77, 4000 Düsseldorf) –'(uld)

Tribunal der IG Druck und Papier

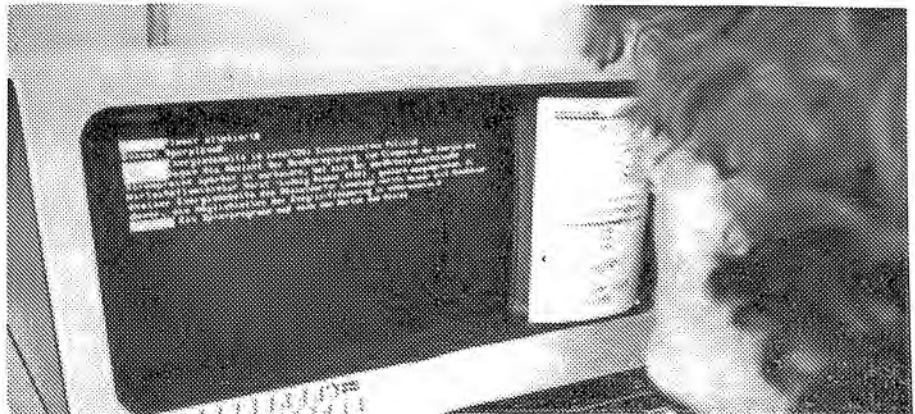
Angeklagt sind Kohl, Geißler, Blüm und Murmann und Co.

Die IG Druck und Papier hat auf ihrem a.o. Gewerkschaftstag im Oktober eine zweijährige Kampagne gegen ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse beschlossen. Das Motto lautet: „Arbeit für alle. Dauerhaft, geschützt, mit allen Rechten“. Erster Höhepunkt der Aktion soll am 12. März das „Tribunal gegen Flexibilisierung und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse“ in der Rhein-Main-Halle in Wiesbaden sein. Angeklagt werden auf diesem Tribunal Kohl, Geißler, Blüm, Murmann und Co. Gisela Kessler, Frauensekretärin der IG Druck und Papier, tritt als Vertreterin der Anklage auf. Als Zeugen der Anklage unterstützen auch Kollegen anderer Einzelgewerkschaften das Tribunal, so eine Teilzeitkraft von HBV, eine Samstag-arbeiterin der IGM, eine Kollegin unter der 440-DM-Grenze von der IG Bau-Steine-Erden etc.

Es ist erfreulich, daß der Kampf gegen die Flexibilisierungsabsichten der Kapitalisten, was ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse angeht – gemeint sind befristete und Teilzeitarbeit, Arbeit auf Abruf, Leih- und Heimarbeit –, in der IG Druck und Papier an Bedeutung gewonnen hat. Die Gewerkschaft stellt fest, daß es zwar bisher noch vor allem die Frauen als flexible Reservearmee sind, die zu diesen übelsten Bedingungen ausgebeutet werden, dies aber Auswirkungen auf die sogenannten Normalarbeitsverhältnisse hat und damit alle Beschäftigten betroffen sind. Auf die ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse wird das Schwergewicht der Aktion gelegt. Dies zeigt sich auch am Ablauf. Die Kampagne gliedert sich in vier Einzelschritte. Von Herbst 87 bis einschließlich Februar 88 sollen Mitgliedschaft und Funktionäre in die Gesamtproblematik eingeführt werden. Abschluß ist das Tribunal am 12. März. Von Februar bis Ende Juli 88 soll damit begonnen werden, gezielt

Abwehrmöglichkeiten gegen befristete Arbeitsverhältnisse aufzubauen. Von August 88 bis Januar 89 wird man sich auf Teilzeit- und Abrufarbeit konzentrieren, schließlich von Februar bis Juli 89 folgt die Konzentration auf Leih- und Heimarbeit. Im Verlauf dieser Phasen sollen vor allem die Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte gegen ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse verbessert werden. Es sollen Untersuchungen und Schulungen durchgeführt und in den Betrieben mobilisiert werden. Ziel der Kampagne ist es, nach zwei Jahren, wenn in der Druckindustrie wieder Verhandlungen anstehen, tarifvertragliche Regelungen zu vereinbaren. In der Arbeitshilfe 1 der IG Druck und Papier heißt es dazu: „Wir müssen mit realistischen Zielen an die vor uns liegenden Aktionen herangehen. Es ist schon viel gewonnen, wenn es uns gelingt, eine weitere Ausuferung ungeschützter Arbeitsverhältnisse zu verhindern. Erst auf dieser Grundlage werden wir in Zukunft an das nächste Ziel herangehen können, dem Normalarbeitsverhältnis wieder breitere Geltung zu verschaffen und tarifpolitische Grenzen zu ziehen bzw. Mindestbedingungen und -inhalte (z.B. für befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeit etc.) zu vereinbaren.“

Die Flexibilisierungsabsichten der Kapitalisten bezüglich mehr Schichtarbeit, Wochenendarbeit, Verlängerung der täglichen Arbeitszeit werden zwar benannt und angeprangert, konkrete Schritte dagegen aber tauchen nur am Rande auf, so in der Aufforderung, zwischen der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung und der Kampagne einen Zusammenhang herzustellen. Es findet sich auch kein Hinweis auf die Manteltarifverhandlungen für die Druckindustrie im Herbst, bei denen laut Beschluß des Gewerkschaftstages die Forderung nach einer Arbeitszeit von Montag bis Freitag



Jede 2. Neueinstellung ist heute ein befristetes Arbeitsverhältnis.

verankert werden soll, wie bereits im Tarifvertrag für Papier und Pappe enthalten. Hier konkrete Verbindungen herzustellen, würde eine Stärkung der Kampagne bedeuten, da die „Betroffenheit“ unmittelbar gegeben ist, und nicht nur „Stammbelegschaften“ für „Randbelegschaften“ kämpfen.

Großen Wert wird auch auf das Bündnis mit anderen Einzelgewerkschaften und dem DGB gelegt. Nur so könne es gelingen dem Kampf gegen ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgreich zu führen. Nur so könnten auch gesetzliche Maßnahmen der Reaktion verhindert werden. Wie ernst ist es der IG Druck und Papier damit? Dazu wieder die Arbeitshilfe 1: „Fernziel aller Aktionen ist es, zugleich das Feld zu bereiten, um bei passender Gelegenheit auch tarifvertraglichen Schutz zu schaffen bzw. zu verstärken sowie auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß das Normalarbeitsverhältnis wieder allgemeine Anerkennung und gesetzlichen Schutz erfährt. Dazu gehört, daß wir in der Lage sind, z.B. für den Fall eines rückschrittlichen Arbeitszeitgesetzes oder eines zweiten ‚Beschäftigungsförderungsgesetzes‘ den Boden für gewerkschaftlichen Widerstand zu verbreitern. Beide mittelfristigen Ziele, tarifpolitische Mindestbedingungen wie gesetzgeberischer Schutz, stehen und fallen damit, daß es unserer Gewerkschaft gelingt, innerhalb des DGB eine breitere Front zur Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses zu schaffen.“

Hier werden aber die Schwachpunkte schon deutlich. Es wird nicht mobilisiert für die Verhinderung einer neuen Arbeitszeitordnung, sondern man geht davon aus, daß sie Gesetz wird. Dabei wird dieses Gesetz für die Kapitalisten weitere Möglichkeiten der Flexibilisierung eröffnen und der Kampf dagegen sollte eigentlich wesentlicher Bestandteil einer solchen Kampagne für das Normalarbeitsverhältnis sein. Schon das bestehende Beschäftigungsförderungsgesetz wurde ohne nennenswerten Widerstand der Gewerkschaften, auch der IG Druck und Papier, verabschiedet. Wenn die IG Druck und Papier glaubt, daß sie hinterher tarifvertraglich retten kann, was in Bezug auf gesetzliche Regelung verloren wurde, so ist dies der schwierigere und aussichtslosere Weg.

Zur Zeit wird von seiten der IG Druck und Papier großes Gewicht darauf gelegt, bei der geplanten Steuerreform die Besteuerung der Nacht- und Sonntagsarbeit zu verhindern. Viele Kollegen aus den Zeitungsbetrieben hätten z.B. sonst monatliche Einbußen von um die 500 DM. Auch der Verband der Zeitungsverleger fürchtet bei Verabschiedung der Steuerreform tarifliche Nachforderungen. Es fanden bereits Warnstreiks statt. Es sollte aber auch klar sein, daß eine Verabschie-

Dokumentiert: Tribunal der IG Druck

Gegen Flexibilisierung und ungeschützte Arbeitsverhältnisse

... Wir sind auf dem besten Weg zum Sieben-Stunden-Tag morgen, zum Sechs-Stunden-Tag übermorgen. Doch die Unternehmer wollen es anders: Flexibilisierung ist das Zauberwort, mit dem sie und ihre politischen Verbündeten durch die Lande ziehen. Starre Arbeitszeiten sind nicht mehr zeitgemäß – sagen sie. Mehr Zeitsouveränität für den einzelnen – damit locken sie. Manche Arbeitnehmer finden diese Perspektive verlockend. Warum nicht am Wochenende arbeiten und dafür unter der Woche baden gehen und die leeren Strände genießen – so argumentieren sie. Doch was dabei meist übersehen wird: Es geht den Unternehmern um einen tiefgreifenden Umbruch unseres Arbeitslebens. Und dieser Umbruch hat viele Gesichter:

* Ungeschützte Arbeitsverhältnisse, wie befristete Arbeit mit Hilfe des „Beschäftigungsförderungsgesetzes“, Arbeit auf Abruf, Ausbau der Leiharbeit, Heimarbeit. Und nicht zuletzt Teilzeitarbeit in ganz vielen Varianten. Fünf Millionen Menschen arbeiten heute schon unter solch mehr oder weniger rechtlosen Bedingungen. Überwiegend Frauen. Doch was heute die Frauen trifft, morgen trifft es alle.

* Entkoppelung der individuellen Arbeitszeiten von den Betriebsnutzungszeiten – so nennen es die Unternehmer „fachmännisch“. Gemeint ist: Mehr Schichtarbeit, mehr Wochenendarbeit, Einführung von Zehn-Stunden-Schichten und Ausgleich in Blockfreizeit. Je nach den Bedürfnissen der Produktion. Und eben nicht nach den Wünschen einzelner. Dazu flexible Ladenöffnungszeiten, denn wer rund um die Uhr arbeiten lassen will, will auch dafür sorgen, daß Behörden, Geschäfte und Verkehrsbetriebe zur Verfügung stehen.

* Einschränkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte. Die Pläne dafür liegen in den Bonner Schubladen.

Und nicht zuletzt:

* Beschneidung der Rechte der Gewerkschaften. Der Angriff auf das Streikrecht durch die Änderung des § 116 AFG war nur der erste Schritt. Weitere sind geplant. Hauptzielscheibe der Bonner Regierungskoalition: das Arbeitskampfrecht und das Tarifvertragsgesetz. Jenes Gesetz, das sicherstellt, daß Tarifverträge Mindestnormen sind, die nicht unterschritten werden dürfen. ...

Wir haben Verständnis für die, die uns manchmal wegen unserer Haltung kritisieren. Wir wissen: Viele Frauen müssen auf Teilzeitarbeit zurückgreifen. Es ist für sie oft der einzige Weg, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen – weil gesellschaftliche Einrichtungen fehlen. Andere können darauf zurückgreifen – weil sie dennoch ausreichend verdienen. Deshalb setzen wir uns für tarifvertragliche Absicherung von Teilzeitbeschäftigten ein.

Uns geht es vor allem um die ganz Vielen, die unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen sind, ungeschützte Arbeitsverhältnisse einzugehen, obwohl sie doch einen Anspruch auf dauerhafte, geschützte Arbeit mit allen Rechten haben. Und diejenigen, die hier bewußt und gewollt ins Abseits gestellt werden, werden immer mehr. Wir halten daran fest: Wir wollen den Normalarbeitstag, wir wollen das Normalarbeitsverhältnis. Denn für die große Mehrheit ist ein handfester Tarifvertrag immer noch der beste Schutz. Gerade auch für die Frauen. Sie sind oft noch mehr als die Kollegen darauf angewiesen, pünktlich Feierabend zu machen, ihre Zeit planen zu können. ...

dung der neuen AZO zu einer massiven Ausweitung der Sonntagsarbeit führen wird, und es damit absehbar schwieriger wird, die relativ hohen Sonderzahlungen für Sonntagsarbeit zu halten, denn es wird „normal“ sein, daß am Sonntag gearbeitet wird. Der Kampf gegen die Arbeitszeitordnung müßte folglich mit dem Kampf gegen die Steuerreform verbunden werden, statt kurzfristig zu argumentieren, beides könne man sich nicht zutrauen und die Steuerreform habe eh größeren Mobilisierungscharakter.

Logischerweise ergäbe sich damit auch ein wichtiges Bindeglied zur Kampagne gegen die ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse. Dies wird aber von der IG Druck und Papier nicht so gesehen. In der Arbeitshilfe taucht die AZO als schon fast durchgesetzt auf, im Aufruf zum Tribunal überhaupt nicht, dort ist nur vom „handfesten Tarifvertrag“ die Rede. Die Verurteilung von Kohl, Geißler und Blüm auf dem Tribunal könnte so leicht zur Verurteilung ohne nachfolgende „Haft“ werden. – (fgm)

Polizei-Arbeitsgemeinschaft gegen bayerische „Greiftrups“

München. Anlässlich einer Arbeitstagung der Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten und Polizistinnen in Schwandorf kritisierten Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, daß die Polizei als Erfüllungsgehilfe der privaten Atomindustrie eingesetzt würde. Das Interesse der „privaten Atomunternehmen“ werde mit dem „Staatsinteresse“ gleichgesetzt. Die Arbeitsgemeinschaft fordere insbesondere junge Beamte dazu auf, sich in Bürgerinitiativen und Parteien zu engagieren, um ein „Obrigkeitsdenken“ zu verhindern. Die jetzt in Bayern gebildeten USKs (Unterstützungskommandos) seien in Wirklichkeit „demokratiefeindliche Polizeiverbände“, deren Polizisten auf Gewaltauseinandersetzungen spezialisiert würden. Diese mit einem „Corpsgeist“ durchdrungene Elitetruppe würde auf die Bewährung im Ernstfall dressiert. Kritik übt die Arbeitsgemeinschaft auch an der beabsichtigten gesetzlichen Legitimierung der schrankenlosen Zusammenarbeit von Polizei, Verfassungsschutz und militärischem Abschirmdienst. Dahinter verberge sich ein „autoritäres Staatsverständnis“. – (dil)

Aktionen gegen Geschäfte des RWE

Essen. Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages für die sofortige Abschaltung von Atomkraftwerken ruft ein Aktionsbündnis in Essen zu einer Demonstration am 5.3. auf. Den Aufruf unterstützen u.a. Die Grünen/Grün-Alternative-Liste, DKP, DFG-VK, BUND, Bezirksschülervertretung. Essen ist der Hauptgeschäftssitz des RWE, einem der Hauptbetreiber der Atomproduktion. Im Aufruf wird darauf hingewiesen, daß die „Trennung von friedlicher und militärischer Nutzung der Atomenergie auch in der BRD nicht haltbar“ ist. Weiter wird in dem Aufruf gegen die unter Mißachtung von UN-Beschlüssen getätigten Uran-Ankäufe des RWE und der STEAG (an der das RWE beteiligt ist) Stellung genommen. Das RWE ist zu 60% im Besitz des Verbandes kommunaler Aktionäre, die Stadt Essen ist größter kommunaler Anteilseigner des RWE. Einen Antrag der GAL im Stadtrat, den Vorstand des RWE auf der Jahreshauptversammlung am 24.2. nicht zu entlasten, stimmten CDU und SPD nieder. Der auch auf der RWE-Hauptversammlung vorgetragenen Forderung, den Vorstand nicht zu entlasten, stimmten die Mehrheitsaktionäre erwartungsgemäß nicht zu. In einem „Alternativen Geschäftsbericht“ wird die Geschäftspolitik des RWE angegriffen. Neben dem sofortigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft wird ein Konzept zur Rekommunalisierung des RWE dargestellt. – (syb)



Hannover. Während die Stadt die Räumung gegen die Sprengel-Besetzer erwägt, führten FAP-Skins in der Nacht zum 20.2. einen Überfall durch. Ein Besetzer wurde lebensgefährlich verletzt. 500 Menschen, darunter viele Jugendliche, demonstrierten am 26. Februar zur Unterstützung der Besetzer. Antifaschistisches Bündnis (Jugendgruppen), Autonome und VVN riefen mit auf. – (ard)

Westberliner Verfassungsschutz überwacht DGB-Vorsitzenden

Westberlin. Der Innensenator wurde im Innenausschuß von SPD und AL aufgefordert, den Verfassungsschutzbericht zurückzuziehen. Während Aktivitäten der Friedensbewegung beobachtet werden und die Beteiligung der SEW als Unterwanderung gewertet wird, sind Erkenntnisse über Rechtsextremisten „so dürftig, daß jede Schülerzeitung mehr weiß als der Verfassungsschutz“, sagte der Abgeordnete Lorenz (SPD). Nicht einmal von der Verdächtigung des DGB-Vorsitzenden Pagels als DDR-Agent und seiner Bespitzelung seit 1983 mochte sich die CDU distanzieren. Es habe „Informationen“ gegeben, denen man eben nachgegangen sei. Kewenig will zwar keine derartigen Zusammenfassungen der Erkenntnisse mehr veröffentlichen, rechtfertigt aber die Verfassungsschutzpraxis mit „dem Versuch der Linksextremisten, den demokratischen Kern der SPD personell zu durchdringen“. – (chk)

Landtag stützt Südafrika-Rassisten

Schleswig. Fragen des SSW-Abgeordneten K.O. Meyer an die schleswig-holsteinische Landesregierung ergaben, daß HDW aus dem HDW/IKL-Geschäft mit Südafrika (U-Boot-Pläne wurden verkauft) 1986 28,9 Mio. DM und 1987 noch einmal 2 Mio. DM „Lizenzgebühren“ erhalten hat. HDW verfügt über das Termingeldkonto (inkl. Zinsen derzeit 33,3 Mio. DM). Das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) hat 13,7 Mio. DM erhalten und ebenfalls auf einem Termingeldkonto liegen. In der Zeitung „Der Landtag“ (2/88) ist zu den Summen folgendes zu lesen: „Die Finanzverwaltung geht davon aus, daß das U-Boot-Geschäft

rückabgewickelt, das Geld an Südafrika zurücküberwiesen wird. Die Frage, ob somit die Unterlagen unentgeltlich waren, blieb unbeantwortet.“ Für das IKL gelte Ähnliches wie für HDW, wird extra festgestellt. Insgesamt sollen ca. 50 Mio. DM an das Rassistenregime zurücküberwiesen werden. – (ale)

Unterstützung für Handels- gewerkschaft CCAWUSA

Köln. Über 50 Leute beteiligten sich an der Solidaritätsveranstaltung mit Salim Valley, einem Vertreter der unabhängigen azanischen Gewerkschaft der Beschäftigten im Handel und in der Nahrungsmittelindustrie CCAWUSA. Zu der Veranstaltung hatten die HBV Köln, die örtliche HBV-Jugend, die GEW Köln und das Kölner Südafrika-Komitee aufgerufen. Die HBV-Jugend sammelte 572,00 DM für eine Druckmaschine für die CCAWUSA. Salim Valley berichtete u.a., daß ein Vertrauensmann der CCAWUSA, Tombole, wegen Beteiligung an einem Streik gegen den Ausnahmezustand zum Tode verurteilt worden ist und daß die Gewerkschaft dringend Geld benötigt, um die Berufungsverhandlung zu finanzieren. Die Versammlung forderte den DGB-Kreis Köln auf, sofort in einem Telegramm an die südafrikanische Botschaft gegen das Todesurteil zu protestieren, und sprach sich dafür aus, daß DGB und HBV auf Bundesebene ausreichende Mittel bereitstellen, damit die CCAWUSA den Berufsprozeß gegen das Todesurteil finanzieren kann. Die HBV-Vertreter erklärten, auch die örtliche Gewerkschaft müsse die Unterstützung der CCAWUSA weiterführen. Die Teilnehmer der Veranstaltung berieten, wie örtlich die Forderung nach Boykott Südafrikas umgesetzt werden kann, insbesondere bei kommunalen Unternehmen. (uld)

Sonntagsarbeit bei IBM

Nach Duldung der Samstagsarbeit jetzt schwierige Lage für die IG Metall

Sindelfingen. Als Siemens 1986 im Regensburger Megachip-Werk Kontiarbeit einführte, zitierte die „metall“ den Betriebsratsvorsitzenden: „Wir haben uns die Entscheidung nicht leichtgemacht und – unter Einschaltung von Verwaltungsstelle und Bezirksleitung (der IG Metall) – nächtelang diskutiert ... Weil wir aber wissen, daß man bei Siemens gerne die ganze Hand nimmt, wenn der kleine Finger gereicht wird, haben wir die Betriebsvereinbarung, die gegenwärtig Sonntagsarbeit für 300 Betroffene vorsieht, ausdrücklich nur für das Werk Regensburg und nur bis Ende 1987 abgeschlossen.“

Heute, 1988, besteht nicht nur die Kontiarbeit in Regensburg fort, sondern sie ist auch für das Siemenswerk München-Perlach beschlossene Sache.

abend ununterbrochen laufen. Der Sonntag wird teilweise durch unbeannte Geisterschichten überbrückt. Kritik an diesen Verhältnissen wurde vom Betriebsrat mit Verweis auf die vereinbarte „Freiwilligkeit“ der Nacht- und Samstagsarbeit zurückgewiesen. Die Quittung kam mit der Betriebsratswahl 1987: Die Zahl der IG-Metall-Mitglieder im 29köpfigen Gremium sank von 24 auf 19. Arbeiter stellen, ihrem Belegschaftsanteil gemäß, acht Betriebsräte, außertarifliche Angestellte bis hin zu Hauptabteilungsleiter sind etwa ebenso stark vertreten.

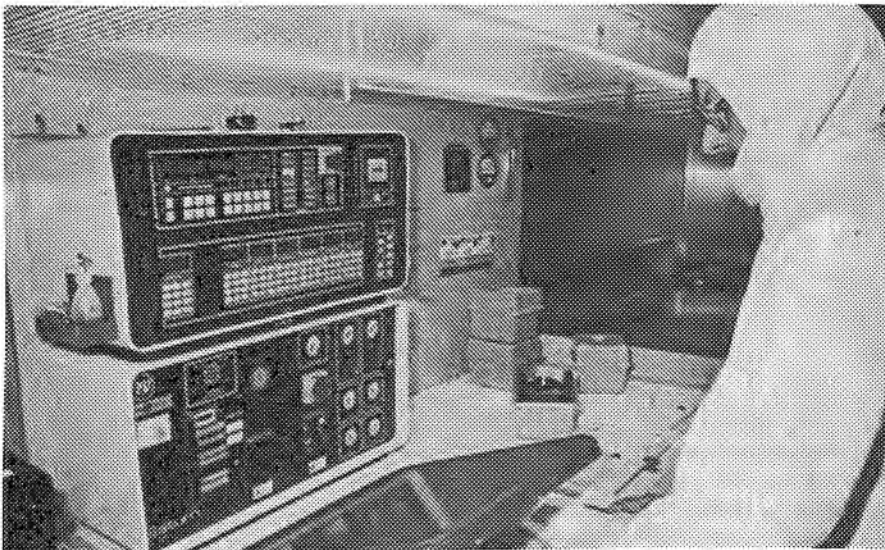
Als IBM nun Kontiarbeit forderte, sprachen sich zwar die drei CMV-Betriebsräte gegen Verhandlungen aus, aber nur acht der IG-Metall. „Kaum zu glauben: Aufnahme von Verhandlungen über Sonntagsarbeit beschlos-

wortung angegeben. Das zielt vor allem auf die Angestellten, die die große Mehrheit im Betrieb stellen. Hier gelang es der Werkleitung weitgehend, eine Betriebsgemeinschaft zu schmieden, die den Kampf der Arbeiter fürs freie Wochenende als „Sonderinteresse“ abkanzelte.

Die IG Metall prügelt in der Auseinandersetzung hauptsächlich auf der Betriebsratsmehrheit herum, eine Kritik der IBM-Personalpolitik wurde nicht entfaltet. So konnte kaum über den Kreis der Konti-Betroffenen hinaus mobilisiert werden. Die Unterschriftensammlung stagniert, nachdem etwa ein Viertel der Belegschaft unterzeichnet hat.

Die Werkleitung fordert ihre Abteilungsleiter auf, die Unterschriftensammlung während der Arbeitszeit zu unterbinden und IG Metall-Flugblätter im Betrieb nicht zu dulden. Teilweise wird gedroht, Teilnahme an Gewerkschaftsversammlungen könne mit Nachteilen verbunden sein, in Einzelgesprächen wird für die Kontischicht „geworben“. Währenddessen präsentiert der Betriebsrat Verhandlungsergebnisse: 100 DM Antrittsgeld für den Samstag, 170 DM für den Sonntag, zusätzlich 16 Freischichten pro Jahr sind unterschriftsreif, über eine Regelung der „Freiwilligkeit“ wird noch verhandelt.

Literaturhinweis: metall Nr. 23/86, 24/87, 2/88, 4/88; Nachrichten Stahl- und Metallindustrie vom 6.2.88 – (wor)



Die Bundesregierung will das gesetzliche Sonntagsarbeitsverbot lockern, Kampf ums freie Wochenende wird notwendig.

Philips-Valvo in Hamburg und ITT-Intermetall in Freiburg produzieren ebenfalls Chips rund um die Uhr. Als jetzt IBM in Sindelfingen mit Verweis auf die Konkurrenz nachziehen will, schreibt Steinkühler in der „metall“: „Sonntags nie! Die Gewerkschaften werden alles tun, um die Ausweitung von Samstags- und Sonntagsarbeit zu verhindern.“ Aber der Damm scheint schon gebrochen.

Gerade IBM hat Tradition bei der Ausweitung der Betriebsnutzungszeit. Bereits 1983 wurde eine Betriebsvereinbarung über den „wirtschaftlicheren Dreischichtbetrieb“ abgeschlossen, sie betraf bald jeden fünften Produktionsarbeiter. Dann folgten die Samstagsschichten, so daß heute in der Chipfertigung alle wichtigen Anlagen von Montag früh bis Samstag-

sen. Will sich Betriebsratsmehrheit gegen Belegschaft entscheiden?“, mobilisierte ein Flugblatt der IG Metall. Nach jahrelanger Duldung der Flexibilisierungspolitik ging die Gewerkschaft jetzt auf scharfe Konfrontation zur Betriebsratsmehrheit und organisierte eine Unterschriftensammlung, die den Rücktritt des Betriebsrates und Neuwahlen forderte.

Im Gegenschlag wurden alle Gegner der Sonntagsarbeit aus den Betriebsratsausschüssen und Freistellungen abgewählt. Neben dem Betriebsratsvorsitzenden, der bis vor kurzem im Angestelltenausschuß der IG Metall saß, ist nun auch sein Stellvertreter ein IBM-Abteilungsleiter. Sorge um 1200 Arbeitsplätze, die von 400 Sonntagsarbeitern gesichert würden, wird als Grund für die Konti-Befür-

Continental AG

Krebserzeugende Arbeitsstoffe – nichts rührt sich

Hannover. Vor zehn Monaten ist in einem langen Artikel in der hannoverschen Neuen Presse enthüllt worden, daß bei der Reifenproduktion und -lagerung Nitrosamine freigesetzt werden. Diese Nitrosamine sind nach der Gefahrstoffverordnung der Bundesregierung seit Herbst 1986 eingeordnet unter die krebserzeugenden, erbgutverändernden und fruchtschädigenden Gefahrstoffe. Sie dürfen in der Produktion nicht verwendet werden und nicht entstehen. Verbot der Reifenproduktion? An solche Schritte denkt das Gewerbeaufsichtsamt natürlich nicht. In dem Artikel hat der Vertreter des Gewerbeaufsichtsamts sogar darauf verzichtet, ein Bußgeld auch nur anzudrohen mit der Begründung, die Geschäftsleitung würde sich intensiv um Ersatzstoffe bemühen.

Diese Bemühungen gibt es wohl. Auch ist Continental wohl der einzige Reifenhersteller bundesweit, der inzwischen eine Fristverlängerung für das Inkrafttreten der entsprechenden Punkte der Gefahrstoffverordnung

beantragt hat. In den Werken ändert das jedoch nichts. Für die Arbeiter in der Produktion und im Lager heißt das, daß sie weiterhin diesen giftigen Gasen ausgesetzt sind. In den Berichten der Berufsgenossenschaften sind von 1978 bis 1986 206 Fälle von Schleimhautveränderungen aufgeführt, die auf Nitrosamine zurückzuführen waren. 149 Fälle davon waren Krebs. Von diesen 149 Krebsfällen waren 106 Personen aus Chemieberufen. Es ist eine heimtückische Krankheit, denn sie wird, ohne daß der Einzelne es merkt, eingeatmet und kommt Jahre später zum Ausbruch. Mehr noch. Sie ist nicht einmal als Berufskrankheit anerkannt. Obwohl in Tierversuchen die extrem hohe Krebsgefährdung durch Nitrosamine nachgewiesen worden ist, wird dies beim Menschen als nicht zweifelsfrei bewiesen angesehen, mit der zynischen Begründung „Versuche an Menschen sind ethisch nicht vertretbar.“ (NP, 30.4.87)

Falls es tatsächlich noch keine Ersatzstoffe gibt (und sie nicht nur den Reifenproduzenten zu teuer sind), gibt es noch weitere Schritte: geschlossene Apparaturen, Absaugen der Dämpfe und Beseitigung, Trennung der Arbeitenden von den Gefahrstoffen. Nicht einmal Lüftungstechnische Maßnahmen sind zusätzlich eingeleitet worden. Ganz zu schweigen von dem laut Gefahrstoffverordnung bestehenden Überstundenverbot in solchen Bereichen. – (gea)

Werftindustrie

HDW/B+V: Spaltung nützt den Aktionären

Hamburg. In den letzten Wochen ist der Thyssen-Konzern ein großes Stück vorangekommen bei der Sanierung seines Werftbereiches. 1986 mit dem Kauf der ehemaligen HDW-Hamburg zum Schleuderpreis von 50 Mio. DM vom Salzgitter-Konzern ist Blohm+Voss als Großwerft konkurrenzlos in Hamburg geworden. Obwohl der Schiffsneubaumarkt zusammengebrochen ist und HDW seit Jahren nur noch in Kiel Schiffsneubau betreibt, ist ein genau so großer Schiffsreparatursektor und ein großer, moderner Maschinenbau zu B+V dazugekommen. Trotzdem versuchte der B+V-Vorstand, den Eindruck zu verbreiten, daß beide Standorte als selbständige Betriebsteile erhalten werden sollen, doch schon nach knapp einem halben Jahr war klar: Ross Industrie (ex HDW) wird dichtgemacht und alles auf dem B+V-Gelände konzentriert. Der B+V-Vorstand wollte nun unter zwei kompletten Belegschaften sich seine „Olympia-Mannschaft“ zusammenstellen. Im

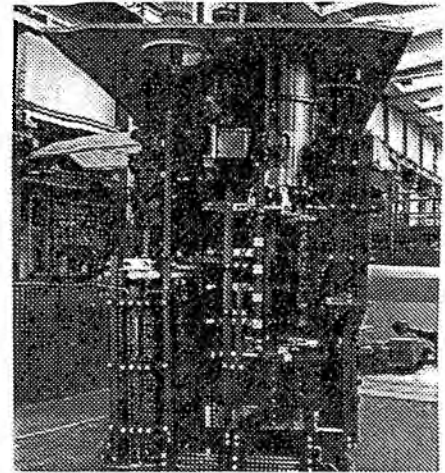
Mai 1987 wird die Fusion beider Betriebe beschlossen: 300 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden, „betriebsbedingte Kündigungen“ sollen „vermieden werden“, das war erst einmal zur Beruhigung der Belegschaften. Im August gibt es dann einen neuen Vorstandsplan: 365 Arbeitsplätze sollen weg. Massenentlassungen werden nicht ausgeschlossen. Die Übernahme aller Ross-Kollegen wird nicht zugesichert. Bestandteil dieser neuen Linie war auch, daß der Vorstand wenig später dem Betriebsrat bei B+V Gespräche gegenüber einen Interessenausgleich anbietet, gleichzeitig aber dem Ross-Betriebsrat und der Belegschaft die kalte Schulter gezeigt wird. Damit war die Spaltung beider Belegschaften angelegt. Diese Spaltung mit z.B. gemeinsamen Beratungen von Vertrauensleuten und beiden Betriebsräten zu überwinden, um eine einheitliche Position in den Verhandlungen zu erreichen, kam nur ansatzweise in Gang. Hier war es besonders der Ross-Betriebsrat, der ein gemeinsames Vorgehen forderte. Doch schon am 3. September setzt eine Mehrheit im BR von B+V ihre Unterschrift unter die Vereinbarung, die eine Sicherung aller Arbeitsplätze auf Steinwerder (B+V) bis zur Zusammenführung beider Betriebsteile (Ende 1988) vorsieht. Die Ross-Kollegen standen im Regen. Es kam zu heftigen gegenseitigen Anschuldigungen zwischen den VK-Leitungen und Betriebsräten beider Betriebe, bis hin zu persönlichen Diffamierungen. Die Ortsverwaltung der IGM-Hamburg versuchte mit einem Maulkorberlaß die Wogen zu glätten, allerdings mit wenig Erfolg. Lachender Dritter blieb der B+V-Vorstand, der die Entlassungspläne für den Herbst schon in der Hand hat. Diesmal trifft es dann allein „nur“ die übriggebliebene Belegschaft bei Blohm+Voss. Bis dahin ist es nur noch wenig Zeit, um *gemeinsam* dagegen vorzugehen. Für die bevorstehende Vertrauensleutewahl ist jetzt beschlossen worden, gewählte Vertrauensleute von Ross-Industrie auch bei B+V wieder zur Wahl aufzustellen. – (mie)

BBC Mannheim

Erhebliche Verlängerung der Gleitzeit für Angestellte

Mannheim. Die Geschäftsleitung des BBC-Werkes in Mannheim-Wohlgelegen hat mit dem DAG-Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung über eine erhebliche Verlängerung der Gleitzeit abgeschlossen. Die Betriebsvereinbarung wird im April gültig und beinhaltet die betriebliche Umsetzung des

Manteltarifvertrags Metall über Arbeitszeitverkürzung. Die IGM-Betriebsräte treten für die Beibehaltung der bisherigen Gleitzeit-Regelung ein, stehen aber nicht nur auf Grund des schlechten Tarifvertrags auf ziemlich verlorenem Posten. Die DAG hat eine satte 2/3-Mehrheit im Betriebsrat und ist zu fast jeder Flexibilisierung bereit. Im Werk Mannheim-Wohlgelegen arbeiten nur etwa 100 Arbeiter aber etwa 1600 Angestellte, über die Hälfte mit akademischer Ausbildung (Dipl.-Ingenieure usw.). Diese stehen laut einer mit Vorsicht zu genießenden Umfrage der DAG einer Ausdehnung



Trafo-Halle bei BBC

der Gleitzeit überwiegend positiv gegenüber. Im Werk Mannheim-Käfertal mit ca. 7700 Beschäftigten (1/3 Arbeiter, 2/3 Angestellte, nicht so viele Akademiker) sind die Gleitzeitpläne der Geschäftsleitung von dem mehrheitlich von der IGM gestellten Betriebsrat erst einmal verhindert worden. Allerdings ist dort die Gleitzeitfrage nicht so akut, da sich die Geschäftsleitung dort vor allem auf den geplanten Abbau von mindestens 2000 Arbeitsplätzen konzentriert.

Nach der Betriebsvereinbarung bei BBC in Mannheim-Wohlgelegen wurde die Bandbreite der Arbeitszeit um 1,5 Stunden auf 11,5 Stunden ausgedehnt. Von 6 Uhr 30 auf 18 Uhr 45. Die Betriebsnutzungszeit beträgt also über zwölf Stunden. Das Gleitzeitsaldo ist von +/- 18 Stunden auf +/- 30 Stunden erhöht worden. Gleitzeitausgleich soll wie bisher nur nach vorheriger Genehmigung durch den Vorgesetzten und auch mit bis zu fünf zusammenhängenden Tagen möglich sein. In der neuen Betriebsvereinbarung ist der einzelne Beschäftigte verantwortlich für die Einhaltung der Arbeitszeitordnung. Schon jetzt ist es immer wieder vorgekommen, daß Beschäftigte unter der Hand über zehn Stunden gearbeitet haben. Zukünftig ist der Betrieb bei jedem Verstoß fein aus dem Schneider und wird jede Verantwortung weit von sich schieben. (scr)

Verfassungsschutz

Die jüngsten „Enthüllungen“ fügen der Reaktion kaum Schaden zu

Niedersachsen. Im Juli 1978 sprengten niedersächsische Verfassungsschützer ein Loch in die Mauer der Justizvollzugsanstalt Celle, um eine Aktion zur Befreiung des dort einsitzenden Sigurd Debus vorzutauschen. V-Leute sollten in die Reihen der Rote Armee Fraktion eingeschleust werden. Erst knapp zehn Jahre danach kommt die Ungeheuerlichkeit an die Öffentlichkeit, ein Untersuchungsausschuß „Celler Loch“ wird vom Landtag eingerichtet. Die Sache kommt nicht voran. Die verantwortlichen Politiker bleiben aus der Schußlinie. Der von Ernst Albrecht als „Feuerzauber“ titulierte Vorfall läßt ihn weitestgehend ungeschoren.

Geheimagent Mauss und viele an-

chern“ in Niedersachsen auflistete. Am Rande kam dann heraus, daß der Verfassungsschutz gezielt Journalisten angeworben hat. Viele Vorwürfe und Verdächtigungen stehen im Raum, die Öffentlichkeit erfährt keine Zusammenhänge – das soll noch anders werden. Hasselmann in einem Interview des „Spiegel“: „Ein V-Mann hat natürlich allen Stellen gegenüber zu verschweigen, daß er für den Verfassungsschutz arbeitet. Daraus ergibt sich, daß auch die Polizei nicht erfährt, ob der Verfassungsschutz einen V-Mann in einer Organisation hat ...“

Landtagsdebatte

Die SPD stellte eine dringliche Anfrage zum „Sonderermittler im Innenmi-



Der Untersuchungsausschuß des niedersächsischen Landtags zum „Celler Loch“ hat Veröffentlichungen seiner Erkenntnisse erfolgreich vermieden.

dere V-Leute oder Mitglieder des Verfassungsschutzes werden öffentlich für ihre Aktionen und „strafbaren Handlungen“ von ihrem Chef im Innenministerium, Wilfried Hasselmann, angegriffen: „Der Saustall muß ausgemistet werden“. Ein Oberstaatsanwalt und zwei ihm unterstellte Beamte untersuchen auf „persönliche Weisung“ von Ministerpräsident Albrecht die Vorwürfe gegen den Verfassungsschutz und das Landeskriminalamt in Hannover. Beamte aller Ränge sollen in Rauschgiftdelikte verstrickt sein, Bestechungsgelder kassiert, Ermittlungen vereitelt haben usw.

Grundlage der Ermittlungen des Sonderermittlers ist ein 32seitiges Papier eines Kriminalhauptkommissars des Verfassungsschutzes, der ausführlich unzählige Verstrickungen von Staatsbeamten und „Berufsverbre-

ministerium“.

Milde (SPD): „... 2. Warum finden diese Untersuchungen erst jetzt statt ... 3. Ist die Landesregierung bereit, von sich aus dem Parlament über die Sachverhalte, Erkenntnisse und Ergebnisse der Ermittlungen vollständig zu berichten?“

Hasselmann (Innenminister): „... Sollten sich Verdächtigungen und Gerüchte bestätigen, so werde ich ohne Rücksicht auf Personen konsequent durchgreifen. (Zwischenruf Kempmann – Grüne: Gilt das auch für Sie?) Genauso konsequent werde ich um die Rehabilitierung von Betroffenen bemüht sein, wenn sich Vorwürfe als haltlos erweisen. Zu 3: Ja. Ich füge hinzu: Gern.“

Trittin (Grüne): „... ist auch Gegenstand des Untersuchungsauftrags für den Herrn Oberstaatsanwalt Jeserich,

zu überprüfen, inwieweit durch die in diesem Papier belegte Anstellung von Polizeibeamten als V-Leute des Verfassungsschutzes die verfassungsmäßig und gesetzmäßig vorgeschriebene Trennung von Polizei- und geheimdienstlicher Tätigkeit aufgehoben wurde bzw. rechtswidrig war?“

Hasselmann (CDU): „Die Frage kann ich ganz einfach mit Nein beantworten.“

Albrecht (Ministerpräsident): „... Ich möchte davor warnen, hier den Anschein zu erwecken, als ob man nacheinander unsere gesamte Beamten-schaft verdächtigen will ...“

Trittin (Grüne): „... Sind die vom Referat 44 Ihres Hauses als Vertrauensleute des Verfassungsschutzes geführten Polizeibeamten nun Geheimdienstler mit Exekutivbefugnis, oder sind es Polizeibeamte, die von dem Legalitätsprinzip befreit worden sind?“

Hasselmann: „... Im Referat 44 sind Polizeibeamte nicht als Polizeibeamte tätig.“

Schörhusen (Grüne): „... in welchem Zusammenhang stehen die neuesten Informationen über Einsparmaßnahmen im Verfassungsschutzbereich – es wird davon gesprochen, daß 25% der Stellen eingespart werden sollen – mit den Ergebnissen des Verfassungsschutzberichts?“

Albrecht: „Es hängt in der Tat nicht mit der Anfrage zusammen, und trotzdem benutze ich gern die Gelegenheit zu sagen: in gar keinem Zusammenhang.“

Hintergründe

Bereits in der Koalitionsvereinbarung von Juli 1986 hatten CDU und FDP festgelegt, das niedersächsische Polizeigesetz und das Verfassungsschutzgesetz zu novellieren. Zuerst steht die Änderung des Polizeigesetzes an, was bundeseinheitlich geregelt werden soll. Der niedersächsische Verfassungsschutz profiliert sich für die Stärkung der zentralstaatlichen Unterdrückung. Staatsterroristische Aktionen, Förderung faschistischer Banden und Entfaltung von Beschnüfflung und Denunziation als „bundeseinheitliche Empfehlung“. Der CDU/FDP-Landesregierung wird durch die laufenden „Enthüllungen“ kein nennenswerter Schaden zugefügt. Die Koalition, aber auch die SPD, hat für die Novellierung die Linie „wirksame parlamentarische Kontrolle“ ausgegeben. Nicht nur die Grünen bleiben davon ausgeschlossen, jede gerichtliche Überprüfung der Geheimdiensttätigkeiten soll unmöglich gemacht werden.

Quellenhinweis: Landtagsdrucksache, 11/1991; Stenographischer Bericht der 42. Plenarsitzung vom 20.1.88; „Der Spiegel“, Nr. 5/88 und 7/88; div. Ausgaben „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ – (mal)

§ 129a StGB

Duisburg: Beginn des Verfahrens am 18.05.88

Duisburg. Als N. Hofmeier, B. Perau und T. Thoene in U-Haft kamen, gingen die Einschätzungen von Irrtum bis Einschüchterungsmaßnahme; kaum jemand glaubte, daß es möglich sei, die drei in U-Haft zu halten.

Die Gefangenen sind Menschen, die in Duisburg seit Jahren in politischen Zusammenhängen gearbeitet haben. Seit 1984/85 hatten sie angefangen, sich mit politischen Gefangenen auseinanderzusetzen und die Forderung nach Zusammenlegung zum Bestandteil ihrer Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Die Verhaftungen erfolgten in einer Situation, wo es den Staatsorganen darum ging, Fahndungserfolge vorzuweisen und den wachsenden Widerstand durch die Kriminalisierung Einzelner einzuschütern.

Der vierte Gefangene, T. Richter hatte die Gefangenen besucht und Briefkontakt mit ihnen gehabt. Er hatte auch Kontakt zu einer Gefangenen aus der RAF, die zuvor von B. Perau und T. Thoene besucht worden war. Wesentlicher Punkt seiner Verhaftung war, daß er Kontakte zu politischen Gefangenen gehabt hatte. Seine Festnahme, die besonders willkürlich wirken mußte und sollte, beinhaltete die Drohung, daß jeder, der zu bestimmten Themen arbeitet, mit seiner Verhaftung zu rechnen hat. Alle vier Gefangenen werden wegen „Mitgliedschaft in der RAF“ angeklagt. Es wird aber nicht die Zugehörigkeit zur Guerilla behauptet: Die Bundesanwaltschaft nimmt vielmehr ihre neueste Definition der RAF vor: Die RAF besteht jetzt aus „Guerilla, den Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand“ und dem „Widerstand selbst“. U.a. wird die Unterstellung ausgegraben, die Gefangenen würden aus der Haft heraus politische Aktivitäten draußen steuern. Wesentliches Element des Vorwurfs der RAF-Mitgliedschaft sind Kontakte zu politischen Gefangenen. Zum Beleg der konspirativen Absprache: Ein Beamter hat angeblich bei einem Besuch ein paar Worte nicht verstanden. Das Verfahren bezweckt also auch, die Gefangenen weiter zu isolieren.

Für die Gefangenen gelten die für alle § 129a-Gefangenen gültigen Isolationshaftbedingungen.

Bei Bärbel Perau sollte der sogenannte „Normalvollzug“ praktiziert werden. Bärbel schreibt: „Die Frauen haben mir gesagt, wenn ich nochmal an Ingrids (eine Gefangene aus der RAF) Tür gehe, ist der Aufschluß für alle beendet! Und ich müßte verste-

hen, was das für sie heißt ... Das heißt, nicht ich werde bestraft, sondern alle. Kollektivstrafe ... in den Zellen, in denen ich war, ist am nächsten Tag Zellenfilze. Die, die mit mir reden, bekommen Aktenvermerke.“

B. Perau und N. Hofmeier haben zwei Kinder. Die Bundesanwaltschaft wollte gleich am Anfang verhindern, daß die Kinder dort blieben, wo die Eltern es wollten. Es ist eine Erfahrung, daß Kinder als politisches Druckmittel eingesetzt werden. Bis heute gibt es keine annähernd akzeptable Besuchsregelung und Besuchsbedingungen mit den Kindern. Die Gefangenen sind trotz allem nicht bereit, dem Druck um den Preis des Verrats ihrer eigenen Identität nachzugeben.

Die mündliche Verhandlung gegen die vier Angeklagten ist jetzt auf den 18.05.88 terminiert, beginnt also nach ca. 21 Monaten Untersuchungshaft. Vor kurzem erging ein Beschluß, wonach Dr. Bresser als Gutachter beauftragt ist, die Schuld- und Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten zu untersuchen. Soweit er es für nötig hält, wird gleichzeitig die zwangsweise körperliche Untersuchung der Gefangenen angeordnet. Die Absicht, die hierin steckt: Abweichende politische Positionen sollen psychisch abartig sein. Wenn die Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten beeinträchtigt ist, so ist dies ohne Zweifel auf die Isolationshaft zurückzuführen. Die Gefangenen fordern seit langem, in große Gruppen zusammengelegt zu werden. Eine Informationsbroschüre zu den Duisburger Verhafteten ist beim GNN-Verlag, Zulpicherstr. 7, Köln, erhältlich. - (i.)

Feyka-Kurdistan**Veranstaltung
am 26.02.88 verboten**

München. Die Ordnungsbehörde heißt in München Kreisverwaltungsreferat (KVR), der inzwischen bundesweit bekannte bayerische Innenstaatssekretär Gauweiler stand dort jahrelang vor. Am letzten Freitag wurde durch Verfügung in München eine Veranstaltung unter dem Titel „Feyka Kurdistan informiert - Die Verfolgung der Kurden in der BRD ist ein Angriff auf den revolutionären Befreiungskampf in Nordwest-Kurdistan“ verboten, die zu einer Reihe von Informationsaktivitäten gehört, die eine Aktionseinheit aus AAU, Anti-Fa München, BWK, Feyka-Kurdistan, Münchener anarchistische Fraktion in den Autonomen M.a.F.i.A., Volksfront und VSP durchführt. Ein Informationsstand, der zum selben Thema

am gleichen Tag stattfand, wurde vom KVR genehmigt und konnte durchgeführt werden, obwohl die Anmelder aus Thema und Richtung keinen Hehl gemacht hatten. Wäre das KVR gegen den Infostand vorgegangen, wäre eine gerichtliche Klärung möglich gewesen, aber da war der Behörde der Ausgang fraglich. Gerade weil der Generalbundesanwalt zur Zeit kurdische Organisationen mit schweren Vorwürfen verfolgt, besteht ein starkes öffentliches Interesse an authentischer Information. Also entschloß man sich dazu, mit fadenscheinigen Vorwänden Fakten zu schaffen.

Kurz vor Beginn der Veranstaltung in der Maischänke betraten mit den bekannten kurzen, schnellen Schritten ein oder zwei Dutzend bewaffnete Uniformierte sowie ein Schweif von zivilen Fotografen, Übersetzern, Film- und tontechnischem Personal die Gaststätte und begannen sich über die dort Anwesenden herzumachen. Es bedurfte einiger Hinweise auf die rechtliche Situation, um die auf Anrempeln einzelner eingestellte Truppe wieder in Formation zu bringen. Eine dreiviertel Stunde Palaver war nötig, um wenigstens eine Versammlungsauflösung ohne Übergriffe aushandeln zu können.

Die Verbotsverfügung gründete auf die Vermutung, die Veranstalter würden bei Durchführung der Versammlung die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpfen oder böswillig verächtlich machen (§90a). In der Einladungsschrift sei nämlich eine sitzende Frau abgebildet und vor ihr, auf dem Boden liegend eine Maschinenpistole. Auch heiße es im Text, die BRD verschweige Grausamkeiten und Massaker des türkischen Staates und mache Geheimdienstintrigen gegen Kurden mit. Verdächtig heiße es auch: „1980 putschte in der Türkei unter maßgeblicher Beteiligung der BRD das Militär.“

Die Staatsaktion ist trotz der albernen Begründung nicht zum Lachen. Der Wirt der Gaststätte antwortete auf weitere Terminwünsche mit Achselzucken, wegen des Flugblattes ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und weitere Informationsaktivitäten stehen unter Kriminalisierungsdruck. Das Vorgehen des KVR macht auch die gerichtliche Klärung nicht gerade einfacher. Das Gericht müßte ja den Referenten brüskieren. Ein Verlust an öffentlicher Autorität würde eintreten. Da heißt es dann Güter abwägen. Trotzdem müßte es möglich sein, einen Zustand zu beenden, in dem das Amt für öffentliche Ordnung entscheidet, wer sich in München über welche Themen informieren darf, dieses Verbot ist ja nicht der einzige oder erste Fall. - (dil, maf, ror)

Dr. Peter Gauweiler

Keine Rücksicht auf Interessen der arbeitenden Klassen bei der Gestaltung des Gemeinwesens

München. Der CSU-Politiker Gauweiler hat letztes Jahr in die Strategiediskussion um den Kurs der Union eingegriffen. In einem „Spiegel“-Diskussionsbeitrag kritisiert er ein Strategiepapier des CDU-Generalsekretärs, in dem Geißler nach einer Analyse von Wählerstimmen der Bundestagswahl seiner Partei empfiehlt, sich mit vorherrschenden Stimmungen und Strömungen auseinanderzusetzen. Solche Überlegungen hält Gauweiler für „eine makabre Illusion“. Nach seiner Meinung müßten im Vordergrund künftiger Wahlentscheidungen die Gestaltung des Gemeinwesens nach einem für richtig gehaltenen und programmatisch nachprüfbar Konzept stehen. Jedermann weiß, daß sich Gauweiler in der „Gestaltung des Gemeinwesens“ in München wie in Bayern hervor getan hat, sein Konzept ist nachprüfbar.

1968 tritt er in die CSU ein, wird bald darauf Vorsitzender des RCDS. 1970 macht ihn Strauß zum Referenten für Sonderaufgaben mit dem Auftrag, die Junge Union (JU) aufzubauen. 1972 wird er 23jährig Münchens jüngster Stadtrat. Als Pressesprecher und Fraktionsvize der CSU leitet er 1978 den Wahlkampf für Kiesel („Kiesel, wen denn sonst?“) und kann tatsächlich in München die SPD-Mehrheit stürzen. 1982 wird er (gerade als Dr.jur. promoviert über „Konfliktsituationen des Gemeinderatsmitgliedes“) Kreisverwaltungsreferent der Stadt München. 1986 wird er als zweiter Staatssekretär in das Bayerische Innenministerium berufen. Seine Zuständigkeitsbereiche sind Polizei und Katastrophenschutz.

„Nur ein starker Staat kann liberal sein“

Für Gauweiler setzt ein „friedliches Zusammenleben“ den Staat als Träger einer sichernden rechtlichen Ordnung voraus. Der Staat setzt und sichert die Normen und Verhaltensweisen, die für seine Bürger verbindlich sind: Sauberkeit, Sittlichkeit, Ehre und Gesundheit. An der Durchsetzbarkeit dieser Normen läßt sich die Funktionsfähigkeit des Staates erkennen. Gauweiler bezieht sich hier entgegen seinen Beteuerungen nicht auf Werte christlicher Tradition sondern auf die Wertvorstellung der Monopolbourgeoisie. Diese benötigen für ihre Profitinteressen einen allseits verfügbaren, dirigierbaren und ausbeutbaren Menschen. Da diese Interessen im Konflikt stehen mit denen der arbeitenden Klassen, kommt es zum Klassenkampf.

Die unmittelbare Ursache des sozialen Elends in der kapitalistischen Gesellschaft wie z.B. Stadtreicher-tum und Straßenstrich sieht er in der Nichtanwesenheit der Ordnungskräfte des Staates, der Polizei. So hetzt er als Kreisverwaltungsreferent die Polizei gegen „sozial lästige“ Personen: Penner, Prostituierte, Stricher. Er selbst geht Streife und gibt an die Polizei die Anweisung „Räumt's den Dreck weg“, als er im Stachusuntergeschoß ein paar Stricher ausmacht. Der damalige Polizeipräsident Schreiber hält ihm vor, eine Gesellschaft müsse für die Aufrechterhaltung von Ruhe, Sauberkeit und Anstand ihre eigenen Spielregeln, wie Ethik, Erziehung und Rücksichtnahme reklamieren und nicht die Polizei. Nach dieser Kritik setzt Gauweiler auf einen privaten Ordnungsdienst – die „Schwarzen

bald den „größten muselmanischen Gemeinden“ zuzurechnen sein. Er schlägt die Einführung von Grenzrichtern (für strittige Einreisefälle) und eine sog. Rückführungsprämie vor, die später auch zur Anwendung kommt. Die Innere Mission reagiert mit Erschrecken über diese Formulierung eines christlich-sozialen Politikers. Die Evangelische Dekanatsynode wehrt sich gegen die Bezeichnung ihrer Ausländerarbeit als linksradikale Stimmungsmache. Sie ruft auf, gegen solche Angriffe ihr Wächteramt öffentlich wirksamer zu machen. Hauptsächliches Instrument für rigide Abschiebung bzw. Verwehrung des Zuzugs von Familienangehörigen ist die Wohnraumkontrolle: Wer nicht genügend Wohnraum nachweisen kann oder falsche Angaben dazu gemacht hat, dessen Aufenthaltserlaubnis ist



Dr. Peter Gauweiler mit Strauß bei einer Feier anlässlich seiner Berufung in das bayerische Innenministerium. Bald danach brachte er den Aids-Maßnahmenkatalog heraus.

Sheriffs“ – und baut ihn zu einer Polizeitruppe aus, die er direkt anweisen kann.

Begrenzung des Zuzugs von Ausländern

Als ständige Gefährdung des Gemeinwesens sieht Gauweiler die Ausländer. Nicht wenn sie für die Kapitalisten arbeiten, sondern als Bezieher von Sozialleistungen. Gauweiler setzt in seiner Argumentation, sich dieses Problemes zu entledigen, auf die „Andersartigkeit“, eigene Sprache, Kultur und Lebensart. Angesichts 240000 gemeldeter Ausländer müsse die Notbremse gezogen werden, um eine „Harlemisierung“ ganzer Stadtteile zu verhindern. München werde sonst

verwirrt. Gauweiler kritisiert, daß die Ausländerbehörde im Vorjahr von rd. 8000 Nachzugsanträgen nur 100 abgewiesen habe. Nach seinem Erfahrungssatz hätten die meisten Anträge abgelehnt werden müssen. Wir kennen doch alle diese Wohnverhältnisse

...

Sozialdemokratische oder christlich-soziale Sicherheit

Seine Aufgabe als Kreisverwaltungsreferent ist für ihn die Sicherung von Recht und Ordnung und der Schutz staatlicher Hoheitsträger. Dem Wesen nach ist diese Aufgabe durch die „Handlungspflicht“ der öffentlichen Gemeinschaft, des Staates bzw. der Stadt bestimmt und nicht parteipolitisch gebunden. Darin findet er auch

bei seinem politischen Gegner, der SPD Zustimmung. In der Wahl 1984 verzichtet er auf eine Kandidatur zum Oberbürgermeister, da Kronawitter doch eine „bürgernahe“ Politik mache. Er setzt sein Amt unter dem neuen SPD-Chef mit unverändert gleicher Linie fort und wird von diesem bei seinem Übertritt ins Innenministerium hochgelobt. Mutig und energisch sei Gauweiler gegen alle zu Felde gezogen, die selbst über die sich ausbreitende Verrohung öffentlicher Umgangsitten den Deckmantel mißverständener Liberalitas Bavariae (Freizügigkeit Bayerns) breiten wollten, lobt ihn Kronawitter und verleiht ihm die Medaille „München leuchtet“. So spaltet er die SPD. Jene, mit denen zusammenzuarbeiten staatsnotwendig ist, und jene, deren außerparlamentarische Aktivitäten er weiterhin behindert, wo immer es geht. Hatte er beim Wahlkampf Kiesls die SPD und deren Umfeld oftmals in die marxistische Ecke verwiesen, spricht er heute von der SPD als ältester und wichtig-

ster politischer Nachbarin, die – wie die CSU auch – eine wichtige Klammerfunktion ausübe. Als Staatssekretär auf einer Arbeitstagung „Innere Sicherheit“ der Friedrich-Ebert-Stiftung erinnert er die SPD daran, daß die angeblich so strengen bayerischen Polizeigesetze von dem früheren SPD-Innenminister Hoegner ausgearbeitet worden waren. Er nimmt dabei Bezug auf den ersten für die öffentliche Sicherheit in Deutschland zuständigen Reichsminister Gustav Noske.

„Durchsetzung von Projekten der Monopolbourgeoisie“

„Linksradikale sind die geistigen Erben von Baldur von Schirach“, so Gauweiler 1978. Heute als Staatssekretär mit der Zerschlagung des Widerstandes gegen die WAA Wackersdorf befaßt, spricht er nur noch von Rechtsbrechern, Terroristen und Chaoten. Der Staat habe mit seinen zuständigen Gremien für den Bau der WAA entschieden, jetzt müsse diese Entscheidung durchgesetzt werden. So

beschließt er als erstes die Aufstockung der Polizei um 700 Planstellen im Haushalt 1987/88, damit die Oberpfalz nicht kriminalisiert wird. Wegen Nachgiebigkeit bei Polizeieinsätzen muß der verantwortliche Ministerialdirigent gehen. Gauweiler baut dagegen fünf Sondereinheiten mit Spezialausrüstung auf, deren Aufgabe darin besteht, innerhalb von Demonstrationen und Großkundgebungen zu operieren. So nimmt Gauweiler zentrale Monopolinteressen – die Durchsetzung der WAA – sehr ernst. Er sieht den Staat als Garant für diese Interessen, deren Gegner sich außerhalb staatlicher Ordnung stellen und deshalb bekämpft werden müssen.

Quellenhinweis: Bulletin der Bayerischen Staatsregierung 1.12.87; Plenarprotokolle des Bayerischen Landtags 11/19 vom 7.4.87; verschiedene Ausgaben Südd. Ztg., Münchner Merkur; Spiegel 36/87; verschiedene Ausgaben des Demokratischen Informationsdienstes (DID) – Herausgeber Anti-Strauß-Komitee – (dil, ecg)

Aus einer Broschüre des Anti-Strauß-Komitees München zu den Kommunalwahlen 1984

Weg mit Gauweiler! so heißt die leicht und eindeutig zu ziehende Schlußfolgerung aus dieser Broschüre.

Daß Gauweiler gar nicht abwählbar ist bei dieser Wahl als berufsmäßiger Stadtrat, stört uns dabei nicht. Denn die Mißstände in dieser Stadt (und wir haben ja nur einen kleinen Ausschnitt davon aufgespießt) werden nicht durch das Kreuzmachen geändert. War es z.B. doch noch die SPD, die den Vertrag mit den Schwarzen Sheriffs einging! Heute mag sie mehrheitlich gegen die Schwarzen Sheriffs eingestellt sein – aber Vertragskündigung, Entwaffnung und Auflösung der Schwarzen Sheriffs ist deshalb noch keine Selbstverständlichkeit für die SPD. Das muß durchgesetzt werden von den Antifaschisten!

Genauso nützt eine bloße Entlassung von Gauweiler noch nicht viel: solange die Rassenhetze von Stütze bis zur „Aktion Ausländerstopp“ weiter blüht, solange „soziallästige Personen“ von der Polizei schikaniert werden und die Schwarzen Sheriffs U-Bahn-Benutzer terrorisieren, solange die Demokraten und Antifaschisten behindert und den Nazis ihr unerhörtes Treiben erlaubt wird – solange haben wir nichts Entscheidendes erreicht. Und umgekehrt können wir hier Erfolge haben, auch wenn die CSU die Stadtratsmehrheit behaupten kann.

München dem ganzen CSU-Klüngel zu entreißen, heißt etwas ganz anderes als ein Wahlsieg Kronawitters!

Die Forderungen von uns an einen neuen Oberbürgermeister Kronawitter heißen:

Weg mit Gauweiler!

Rassist Stütze raus!

Nazis hinter Gitter!

Schützt unsre ausländischen Freunde!

Bei der Frage der Nazis soll Kronawitter nicht mit dem Problem der Zuständigkeit abwehren. Natürlich, ein OB kann keine Nazi-Organisation verbieten. Aber er kann verhindern, daß sie in München ihr Unwesen treiben. Es gibt eine Stadt, die Opfer eines noch schwereren Attentats der Faschisten wurde wie München: Bologna.



Aktion des Anti-Strauß-Komitees gegen die Ausländerhetze

Dort ruft die Stadt die Bürger zur Aktion und jedes Jahr vier Tage lang zum Protest auf. Dort werden die Opfer auf der Suche nach den Schuldigen unterstützt und nicht verhöhnt. Dort hat die Vereinigung der Opfer ihr Büro im Rathaus. Dort hilft die Stadt den Opfern bei der Arbeitsplatzsuche. Bologna zeigt: Es gibt auch auf kommunaler Ebene viele Möglichkeiten, Partei zu ergreifen!

Trotzdem sehen wir natürlich, daß mit dem Sturz eines Gauweiler oder eines Kiesl der CSU in dieser Stadt allein nicht der entscheidende Schlag zu versetzen ist. Dazu kommt noch, daß sich seit den letzten Kommunalwahlen die Kräfte weiter nach rechts verschoben haben. Inzwischen steht die „Ordnungszelle Bayern“ kurz vor der Eroberung in Bonn. Es muß verhindert werden, daß Kohl durch Strauß gestürzt wird – wir müssen ihn stürzen!

„München darf nie wieder Hauptstadt der Bewegung werden!“, das entscheidet sich nicht bloß in München.

Aber wir können solchen Absichten eine entscheidende Abfuhr erteilen, wenn gerade in der Residenzstadt von Strauß die CSU eine Niederlage erhält.

Quellenhinweis: Broschüre des Anti-Strauß-Komitee zu den Kommunalwahlen 1984 mit dem Thema „Weg mit den Schwarzen Sheriffs, Weg mit Gauweiler!“ Bei der OB-Stichwahl 1984 führte das ASK eine Demonstration gegen die CSU durch unter der Losung „Wer CSU wählt, wählt den Schwarzen Sheriff, den polizeilichen Todesschützen!“

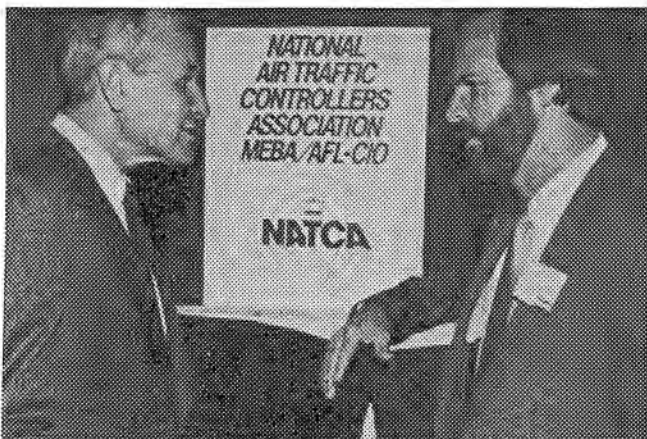
DGB-Großkundgebung in Stuttgart

Stuttgart. Mehr als 100000 beteiligten sich nach Schätzung des DGB an den Aktionen gegen die Regierungspolitik am 27.2. in Stuttgart. Das Motto des DGB dafür: „Arbeit für alle – Gerechtigkeit für jeden“. In diesem Rahmen bewegten sich die Reden des DGB-Landesvorsitzenden Pommerenke, des IGM-Vorsitzenden Steinkühler und der ÖTV-Vorsitzenden Wulf-Mathies. Zentrale Punkte der Reden waren die Notwendigkeit weiterer Arbeitszeitverkürzung – auch im öffentlichen Dienst – und öffentliche Investitionsprogramme für mehr Beschäftigung. Die Kritik an der Steuerreform konzentrierte sich auf die Forderung nach Beschäftigungspolitik. Alle Reden wandten sich gegen den Arbeitszeitgesetzentwurf der Bundesregierung und die geplante Verschärfung des § 218 über ein „Beratungsgesetz“. Durchweg fehlte jedoch eine Kritik der Vorstöße der Konzerne (Forderung des Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzenden nach Lohnsenkungen, IBM und Sonntagsarbeit usw.) wie auch der Flexibilisierungsabsichten der Dienstherren

im öffentlichen Dienst. Kriterien für einen Abschluß im öffentlichen Dienst wurden insofern nicht formuliert. Konkreter waren da zahlreiche Forderungen örtlicher Gewerkschaftsdelegationen: gegen die Ausdehnung von Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst, gegen Nacht- und Sonntagsarbeit, gegen die Besteuerung der Zuschläge für Nacht-, Sonntag und Feiertagsarbeit, gegen steuerliche Diskriminierung ausländischer Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern, für Ausländerwahlrecht. – (rok)

Regelungen für Sozialhilfeempfänger

Hildesheim. Der ÖTV-Kreisvorstand hat sich in einem Schreiben an die Fraktionen des Stadtrats gegen die Praxis ausgesprochen, Sozialhilfeempfänger für 1,50 DM arbeiten zu lassen. Stattdessen tritt er u.a. dafür ein, diese sog. „gemeinnützige“ Arbeit nur durch Tarifvertrag und unter tariflichen Bedingungen zu vergeben, was das Bundessozialhilfegesetz zuläßt. Weiterhin fordert er die Beteiligung der Personal- und Betriebsräte, um z.B. die Zusatzlichkeit der „gemeinnützigen“ Arbeiten überprüfen zu können. – (wop, mal)



Atlanta, USA. Die neugegründete Gewerkschaft der Flugsicherungslotsen führte ihren ersten Gewerkschaftstag durch. Die National Air Traffic Controllers Association (NATCA) ist die Nachfolgerin der Gewerkschaft PATCO, die der US-Präsident Reagan beim Streik 1981 verbot und deren 11400 Mitglieder er entließ. Die NATCA fordert u.a. umfassende Neueinstellungen, da 1981 noch 13205 Flugsicherungsbeschäftigte waren, jetzt aber nur 8988 voll ausgebildete Lotsen arbeiten, während der Flugverkehr seitdem um 30% zugenommen hat. Bild vom Gewerkschaftstag: Der Vorsitzende der Pilotengewerkschaft, der eine Grußadresse überbrachte, und der Bundeskoordinator der Flugsicherungslotsen (rechts). (gba)



Innenministerium setzt Streikbrecher ein

München. Auf dem Flughafen Riem sind Polizisten als Streikbrecher eingesetzt worden. Diese Anordnung sei persönlich vom Innenstaatssekretär Peter Gauweiler gekommen. Streikende Personen- und Gepäckkontrollleure seien durch Polizisten und „Schwarze Sheriffs“ ersetzt worden. Das Innenministerium hat sich inzwischen geäußert und festgestellt, daß die Polizei auf Wunsch des Wirtschaftsministeriums eingesetzt worden sei. Ein „Sicherheitsloch“ könne nicht in Kauf genommen werden. Ein parlamentarisches Nachspiel fordert die ÖTV. – (rul)

7000 Lehrer legten Arbeit nieder

Hamburg. Einem Aufruf der GEW zur befristeten Arbeitsniederlegung folgten am 25.2. 7000 Lehrerinnen und Lehrer. Etwa die Hälfte der Hamburger Lehrerschaft beendete den Unterricht bereits nach der dritten bzw. vierten Stunde und versammelte sich zur Kundgebung mit anschließender Demonstration, der größten Lehrerdemonstration der letzten 10 Jahre. Die Lehrer wollten mit der Aktion ihren Beitrag zu den Warnstreiks im öffentlichen Dienst leisten. Sie fordern eine Übertragung der Arbeitszeitforderung auf die Lehrerwochenstunden. Die Bonner Drohung, Grund- und Hauptschullehrer von A13 auf A12 zurückzustufen – entspricht ca. 300 DM – wirkte zusätzlich mobi-

lisierend. Die Behörde will die protestierenden Lehrer durch Gehaltsabzüge maßregeln. Die GEW hat angekündigt, ihre Forderungen notfalls mit Urabstimmung und Streik durchzusetzen. – (rad)

HBV und DAG gegen Dienstleistungsabend

München. HBV und DAG führten am 24.2.88 gemeinsam einen Aktionstag gegen die Änderung der Ladenschlußzeiten und die Einführung des Dienstleistungsabends durch. In mindestens 17 Warenhäusern beteiligten sich ca. 10000 Beschäftigte an Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit. Am Abend feindeten vor 1000 kämpferisch gestimmten Zuhörern D. Steinborn (HBV), W. Klimm (DAG) und MdB M. Schmidt (SPD) im wesentlichen die „kleine FDP“ an. Wenigsten HBV-Vertreter Steinborn verlor ein paar Worte über Arbeitsbedingungen und Löhne von Verkäuferinnen. – (acr)

Einzelhandel Ba-Wü: HBV fordert 6%

Karlsruhe. Die Große Tarifkommission der HBV Baden-Württemberg fordert Lohn- und Gehaltserhöhungen von 6%. Gestrichen werden sollen die Tätigkeitsjahre (Tj.) 1 (z.Zt. 1395 DM) und 2 (1435 DM) der Gehaltsgruppe I. Das Einstiegsgehalt im Einzelhandel soll im 3. Tj. bei 1590 DM liegen. Das letzte Tj. soll von 1755 auf 1940 DM erhöht werden. Die Gruppe II, 1. Tj. als Einstiegsgehalt für Ausgelernte (z.Zt. 1512 DM) soll wegfallen. – (rub)

„Kurpfälzer Treff“

Initiative „Kein Braunes Weinheim“ gegen Neonazi-Treff

Weinheim. Am 23./24. April will in Weinheim der bundesweit bekannte Neonazi, suspendierter Oberstudienrat und „Deutsche-Liste“-Stadtrat Deckert seinen „Kurpfälzer Treff“ mit verschiedenen Faschistenorganisationen organisieren. Das Treffen hat Geschichte: Zum sechsten Mal soll es im städtischen Engelbrecht-Haus stattfinden. Wiederum ist der Mietvertrag längst unterschrieben, gegenüber der Öffentlichkeit aber verheimlicht worden.

Die Initiative „Kein Braunes Weinheim“ hatte bereits im Juni 1987 einen Vorschlag für einen Gemeinderats-Antrag verbreitet. Darin wurde gefordert: „Die Stadt Weinheim wird alle zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um zu verhindern, daß in ihrem Stadtgebiet unter freiem Himmel oder in städtischen Räumen Organisationen wirken, die als Nachfolge-Organisationen der NSDAP anzusehen sind oder deren Agitation oder Propaganda die Verbreitung von Rassismus, nationalsozialistischem Geist und Verherrlichung des Krieges zum Gegenstand hat.“ Der Antrag wurde untermauert durch eine Dokumentation rassistischer und kriegstreiberischer Positionen Deckerts und durch eine ausführliche Rechts-Argumentation zur Anwendung des Völkerrechts und der Kontrollrats-Bestimmungen zur Vernichtung von Nationalsozialismus und Militarismus.

Die Initiative – sie wurde vor zwei Jahren gegründet und wird unterstützt von Mitgliedern der Jusos, Grünen/GAL, Volksfront, z.T. VVN und SPD, von Gewerkschaftern und Einzelpersonen – führte jetzt eine Pressekonferenz durch, über die die örtlichen Zeitungen und Rundfunkstationen recht breit berichteten.

Diese Berichte – und zusätzlich der Überfall von Skinheads mit FAP-Verbindungen auf Flüchtlings-Container im benachbarten Schriesheim – haben nun dazu geführt, daß Bewegung ins Spiel gekommen ist:

- Deckert drohte dem SPD-OB, der „sich mit Rufmördern und dem Chaotenumfeld auf eine Stufe stelle“: „Uns kann man nichts in den Weg legen“, der OB solle die Kosten eines aussichtslosen Rechtsstreites mit Deckert aus eigener Tasche zahlen.

- Die Ortsverbände der Jungen Union stellten sich wieder einmal vor Deckert und hetzten gegen die Initiative, „an deren Spitze Vertreter der linken Chaotenszene stehen, die ein entsprechendes Vorstrafenregister aufweisen könnten“. Deckert und JU bedauerten auch, durch den Skinhead-Überfall mit unter Beschuß zu kommen; *deshalb* sei der Überfall ein „Rohrkrepiere“ (Deckert), eine Tat von „jugendlichen Hitzköpfen“ (JU) – schlicht zu *früh* stattgefunden habe also der Überfall, dieser Übergang von Hetze zu gewalttätigen „Argumenten“.

- Sogar die sonst kritiklose Presse ließ seine Äußerungen nicht mehr völlig ungerügt. Der SPD-OB antwortete der Initiative in zwei Briefen, der Kampf gegen Faschisten werte diese nur auf. Er nutze ihnen damit mehr, als er ihnen schade. Der OB verurteilte die Äußerungen faschistischer Parteien und Deckerts; untersagen könne er sie jedoch nicht. Er wolle Deckert nicht den „Triumph eines Gerichtsentscheides“ gönnen.

- Die Grünen und die Jusos forderten ausdrücklich den OB auf, den Kurpfälzer Treff nicht mehr zuzulassen.

- Die Organisationen, die die Initiative „Kein Braunes Weinheim“ tragen, führten gemeinsam zwei Veranstaltungen durch. Sie planen Aktionen gegen den „Kurpfälzer Treff“, wollen noch einen Beschluß des Gemeinderats erreichen, der die Räumlichkeiten für das Treffen verweigern soll. Am 23.4. soll eine Demonstration stattfinden.

- Beschlüsse in Gewerkschaften und Organisationen werden angestrebt. Auch der SPD-Ortsvorstand will nun offensichtlich endlich dazu übergehen, im Gemeinderat

Schritte zu unterstützen, wie sie die Grünen dort seit Jahren fordern.

Ende der 70er Jahre hatte es in Weinheim eine breite Bewegung gegen die NPD gegeben, vor allem gegen öffentliche Aktionen, Kundgebungen und Parteitage, die Deckert als damaliger Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten organisierte. Die SPD hatte damals im Gemeinderat beantragt, das Engelbrecht-Haus als Veranstaltungsraum der NPD nicht zur Verfügung zu stellen. Stadtjugendring und DGB hatten Aktionen mit unterstützt und waren sehr direkt Gegenstand von Deckerts Attacken geworden.

Seitdem hüllten sich die meisten Organisationen in Weinheim lange Jahre in Schweigen zum Treiben von Deckert und seinem Anhang; waren immer schon zufrieden damit, daß wenigstens seine Schläger-Auftritte in Weinheims Innenstadt ausblieben. Und immer mit der Begründung: „Nicht aufwerten!“.

Und Deckert tummelt sich dann auch „unaufgewertet“ und ungestört, immer besser und „normaler“ in Weinheim. Kungelt offen mit CDU-Leuten. Ist – obwohl als Lehrer gegen früherer NPD-Aktionen zur Zeit suspendiert – zum *Jugendwart* im „Odenwald-Klub“ gewählt worden, führt dort Wanderungen, Sonnwendfeiern und Sprachfreizeiten durch (für die auch in der Faschisten-Zeitschrift „Nation Europa“ geworben wird), und er hält dort Vorträge über die Wunder der Natur in Deutsch-Südwest (wohin er für „Nation Europa“ „Reisen für Gleichgesinnte“ anführte).

Jährlich führt Deckert seitdem seinen „Kurpfälzer Treff“ durch. 1982 trat er aus diversen Gründen aus der NPD aus, seitdem bestimmt er noch eindeutiger die rechte Szene in Weinheim, im ganzen Rhein-Neckar-Kreis und darüber hinaus. Kaum eine Woche, in der nicht ein Artikel oder dreckschleudernder Leserbrief in der örtlichen Monopolpresse (Deckert: „Da krieg ich alles unter!“) abgedruckt wird, kaum ein Tag, an dem nicht sein Name in irgendeiner Form in der Presse auftaucht.

Seit 1975 sitzt er im Stadtrat – früher für die NPD, schon seit 1984 für die von ihm gegründete „Deutsche Liste“. Keine Sitzung, bei der er nicht auf irgendeine Art Forderungen öffentlich verbreiten kann gegen „Asyltouristen und Schmarotzer“, für Ausbau des Zivilschutz, für Streichung von Geldern für ausländische Schulkinder und natürlich zur Unterstützung der deutschen Brüder und Schwestern in Großdeutschlands Ex-Ostgebieten. Oft genug kann er sich dabei im Gemeinderat mit einzelnen CDU-Vertretern abwechseln.

Bei Kommunalwahlen und bei Oberbürgermeisterwahlen erhielt er große Stimmenanteile; 1974 erhielt er als einziger Gegenkandidat gegen den Amtsinhaber 25,3%, bei der letzten Kommunalwahl 1984 wurde er von fast 1500 Wählern gewählt, bei der OB-Wahl 1986 von 1200, das entsprach 5,7%.

Und bundesweit nimmt Deckert nach wie vor nicht unerheblichen Einfluß auf den von ihm schon zu seinen NPD-Zeiten angestrebten Einigungsprozeß der Rechten. Er führt Vortragsreisen durch, schreibt Broschüren und Bücher vor allem zur Verbreitung von Ausländerhetze und zur Verbreitung der „Auschwitz-Lüge“. Er schreibt nach wie vor in faschistischen Zeitschriften wie den „Deutschen Monatsheften“ und „Nation Europa“. Dort ist er Hauptberichterstatte und -propagandist für die Linie und Kampagne des Rassisten- und Faschistenbündnisses der „Front Nationale“ („Nouvelle Droite“) von Le Pen in Frankreich, deren Taktik und deren Wahlerfolge er gerne auf die BRD übertragen will.

Ob es der politisch sehr breit angelegten Initiative gelingt, in den nächsten Wochen eine Bewegung gegen den „Kurpfälzer Treff“ zu erreichen, die für dessen Verhinderung ausreicht, ist noch sehr ungewiß. Aber: Es ist nun immerhin möglich. Und: Es gibt es nun wieder mehr Kräfte in Weinheim, die sich vorgenommen haben, gegen die Verbreitung von Rassismus und Nationalismus durch Deckert und andere Rassisten vorzugehen. – (bef)

Klassische Moderne

Einige Gedanken von Grosz und Herzfelde (Teil 2)

Es folgt die Fortsetzung des in Politische Berichte 3/88 begonnenen auszugsweisen Abdrucks aus „Die Kunst in Gefahr“ von G. Grosz und W. Herzfelde von 1925.

„... Dürfen sich die ‚Edelsten der Nation‘ nur auf die Kultivierung ihrer Gefühle beschränken und im übrigen ahnungslose Kerle sein, ohne Kenntnisse und Erkenntnisse? Wenn ja, dann haben die Künstler recht, die glauben, um revolutionär zu sein, genüge es, jahraus, jahrein zu pinseln und auf eine bessere Zukunft zu hoffen. Meine Meinung ist, daß sie nicht das Recht dazu haben, daß gerade ein Künstler seine Kenntnisse und Erkenntnisse stets erweitern muß, selbst auf die Gefahr hin – nicht mehr gut zu lieben, sondern gut zu hassen.

... Der Dadaismus war die einzige wesentliche künstlerische Bewegung in Deutschland seit Jahrzehnten ... Diese deutsche Dababewegung hatte ihre Wurzeln in der Erkenntnis, die

manchen Kameraden und auch mir gleichzeitig kam, daß es vollendeter Irrsinn war zu glauben, der Geist oder irgendwelche Geistige regierten die Welt ... der Dadaismus war keine gemachte Bewegung, sondern ein organisches Produkt, entstanden als Reaktion auf die Wolkenwanderertendenzen der sogenannten heiligen Kunst, deren Anhänger über Kuben und Gotik nachsannen, während die Feldherren mit Blut malten ... Was taten die Dadaiisten? Sie sagten, es ist egal, ob man irgendein Gepuste von sich gibt – oder ein Sonett von Petrarca, Shakespeare oder Rilke, ob man Stiefelabsätze vergoldet oder Madonnen schnitzt: geschossen wird doch, gelogen wird doch; wozu die ganze Kunst? War es nicht der Gipfel des Betrugs, wenn man vorgab, sie schaffe geistige Werte; war sie nicht unglaublich lächerlich, da sie sich ernst nahm, aber niemand sie? ... Zum Lachen war kein



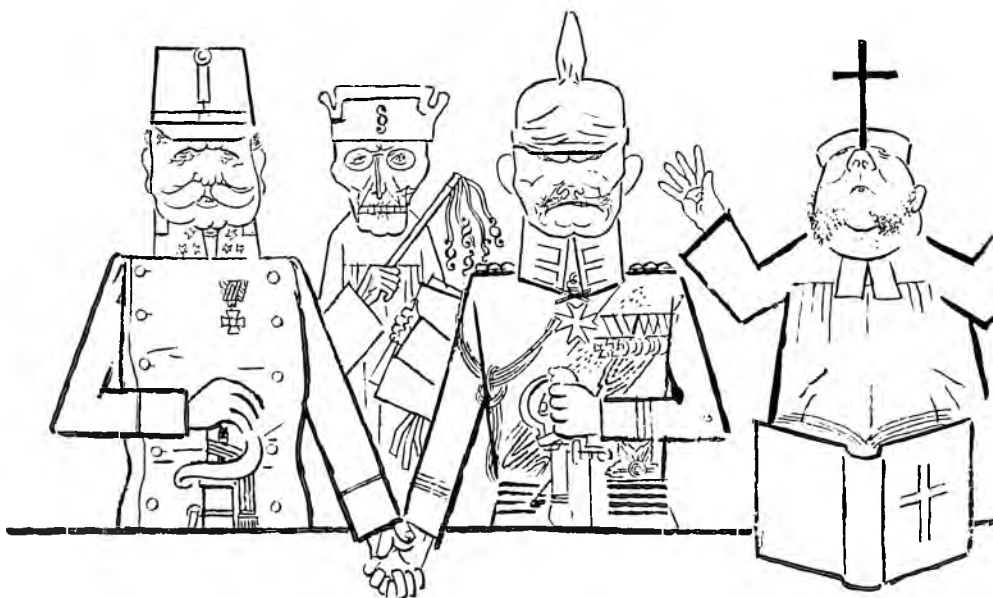
„Sie macht nur sauber“ (1924), Bleistiftzeichnung

Anlaß mehr, es gab wichtigere Probleme als die Kunst; wenn sie noch irgendeinen Sinn haben sollte, mußte sie sich diesen Problemen unterordnen ... Tendenzkunst im Dienste

der revolutionären Sache.

Die Forderung einer Tendenz erregt in der Kunstwelt heute noch, ja vielleicht mehr als früher, enttäuschten und geringschätzigen Widerspruch. Man gibt zwar zu, daß es zu allen Zeiten bedeutende Werke tendenziösen Charakters gegeben hat, aber man schätzt solche Werke nicht ihrer Tendenz, sondern ihrer formalen ‚rein künstlerischen‘ Qualität wegen ...

Man kann bei jedem Künstler, wenn man nur sein Schaffen in seiner Gesamtheit und in Bezug auf die Welt, in der er lebte, betrachtet, bestimmte Tendenzen in seinen Werken erkennen ... Nun gibt es aber noch Künstler, die bewußt und betont jeder Tendenz auszuweichen versuchen, indem sie vollkommen aufs Gegenständliche, sogar aufs Problematische verzichten ... Tatsache bleibt, daß sie absichtlich auf die gesamten ideologischen Beeinflussungsmöglichkeiten des Künstlers verzichten, dem sozialen Geschehen schweigend, teilnahmslos, also verantwortungslos gegenüberstehen ... Auch vornehmeres Sich-darüber- oder -außer-



„Die Obrigkeit“ (1927) aus der Mappe „Hintergrund“, die Grosz aus Bühnenbild- und Kostümentwürfen und Trickfilmzeichnungen zu der Piscatorinszenierung der Abenteuer des braven Soldaten Schweijk erstellte.

Kommissionen von BWK und VSP

Dokumentiert: Weiteres Diskussionsergebnis

Im folgenden veröffentlichen wir das vorläufig letzte Diskussionsergebnis aus der Kommissionstätigkeit zur Erarbeitung von begründeten Gliederungselementen für eine programmatische Erklärung, wie sie zwischen den Leitungen von BWK und VSP vereinbart worden war. Auch dieses Diskussionsergebnis hat noch keiner der beteiligten Organisationen zur Beschlußfassung vorgelegen.

Antifaschismus

0. Vorbemerkung:

Mit dem Sieg des Faschismus 1933 in Deutschland erlitt die Arbeiterklasse eine historische Niederlage. Betrieben wurde Hitlers Machtübernahme aus den Konzernetagen von Siemens, IG-Farben, Daimler und Thyssen. Getragen wurde die faschistische Bewegung von breiten Teilen des Bürgertums, bis hin zu Einbrüchen bei den Lohnabhängigen. Die Spaltung der Arbeiterklasse in zwei große Lager begünstigte die faschistische Machtentfaltung und behinderte einen einheitlichen Widerstand. Viele aufrechte Antifaschisten wagten mutig ihr Leben in den folgenden Jahren. Doch durch eigene Kraft konnten sie die Schreckensherrschaft nicht abschütteln. Nach der Niederlage des deutschen Faschismus und der Zerschlagung des Deutschen Reiches durch die Anti-Hitler-Koalition konnten sich die Träger faschistischer Politik, die Konzerne, auf dem Gebiet der BRD neuerlich entfalten.

Aus dem Fortbestehen faschistischer Gefahr und der Existenz antifaschistischen Widerstandes in der BRD ergibt sich für die revolutionären Sozialisten die Notwendigkeit, eine programmatische Diskussion zu diesem Thema zu führen.

1. Faschismus wird durch Kapitalismus und Konzernpolitik hervorgerufen

Der deutsche Imperialismus hat nach der Niederlage des Faschismus wieder große Monopole hervorgebracht, die gleichen Monopole, die den Hitler-Faschismus an die Macht gebracht haben: Siemens, Daimler, die IG-Farben-Gruppe sind nur die größten. Diese Monopole verfügen wieder über riesige Massen von Rohstoffen, beherrschen ganze Regionen, diktieren den Regierungen die Politik und die Gesetze. Niemand kann sich der Herrschaft der Monopole in seinem täglichen Leben entziehen. Die Monopole haben sich einen direkten Staatszugriff verschafft.

Antifaschismus muß sich gegen die kapitalistische Ausbeutergesellschaft wenden, aus der sich faschistische Ideologien begründen. Die Willkürherrschaft des Kapitals in den großen Fabriken wird immer stärker und bedrückender, die Gegenwehr schwieriger. Betriebliche Kämpfe und Streiks sind für die Belegschaften mit großen Risiken verbunden. Anspruchsdenken für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, wie es in den siebziger Jahren noch gang und gäbe war, wird heute von den Kapitalisten erbittert bekämpft. Für die Kapitalisten ist die Arbeitskraft eine Ware, sie wollen sie vollständig beherrschen und verkonsumieren. Das Kapital will über die Arbeitskraft jederzeit verfügen und sie zu seinen Bedingungen unterwerfen und ausbeuten. Die Ausbeuter werden zu „Herrenmenschen“ und die Ausgebeuteten zu „Herdenmenschen“.

Die Konzerne stehen heute an der Spitze des Angriffs auf die Lebensverhältnisse der Werktätigen. Alte Produk-



„Halbakt mit Schottenkostüm-Rückenansicht“ (1929),
Aquarell

halb-Stellen heißt Partei ergreifen, denn solch eine Indifferenz und Jenseitigkeit ist automatisch eine Unterstützung der Klasse, die gerade die Macht hat, also in Deutschland des Bürgertums... Wem die revolutionäre Sache der Arbeiterschaft keine Redensart oder „schöne, aber leider nicht zu verwirklichende Idee“ ist, der kann sich nicht damit zufrieden geben, harmlos oder formproblematisch drauflos zu arbeiten... Der heutige Künstler, wenn er nicht ein Leerläufer, ein antiquierter Blindgänger sein will, kann nur zwischen Technik und Klassenkampfpropaganda wählen.

In beiden Fällen muß er „die reine Kunst“ aufgeben. Entweder indem er als Architekt, Ingenieur oder Reklamezeichner sich einreicht in das – leider noch sehr feudalistisch organisierte – Heer, das die industriellen Kräfte entfaltet und die Welt ausbeutet oder indem er, als Schilderer und Kritiker das Gesicht unserer Zeit spiegelnd, als Propagandist und Verteidiger der revolutionären Idee und ihrer Anhänger sich einordnet in das Heer der Unterdrückten, die für ihren gerechten Anteil an den Werten der Welt, für eine sinnvolle, soziale Organisation des Lebens kämpfen.“ – (HK)

tionsanlagen werden vernichtet und neue, schnellere und größere Anlagen, oft in anderen Gegenden, errichtet. Arbeitskräfte werden in andere Gegenden und Branchen verschoben, meist mit großen wirtschaftlichen und sozialen Nachteilen. Die Konzerne streben nach der „flexiblen“ Gesellschaft und einer „differenzierten“ Belegschaft. Sie errichten in ihren Werken eine strenge Lohnhierarchie. Diese Ordnung erzwingt eine leistungsbewußte Betriebsgemeinschaft: „Leistungsschwache“ werden ausgesondert, und bei Massenentlassungen werden systematische Hetzkampagnen gegen Alte und sogenannte „Doppelverdiener“ inszeniert. Mit dem Programm der „Flexibilisierung“ traten die Konzerne für einen Regierungswechsel ein, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch für eine „geistig-moralische Wende“. Sie hatte schon direkte Auswirkungen: Der Siemens-Konzern und vermutlich noch andere Konzerne haben zusammen mit dem Verfassungsschutz ganze Belegschaften überprüft.

Diese Feststellungen weisen hin auf Ansätze für die Neuentfaltung faschistischer Politik. Solche Ansätze sind die vielfältige Aufsplitterung der Arbeiterklasse und die Einengung ihrer Handlungsmöglichkeiten. Ob und wie weit das schon Ausdruck einer bürgerlichen Gesamtstrategie bis hin zum Faschismus ist, muß in einer gemeinsamen Organisation weiter diskutiert werden. Diese Frage ist nicht unerheblich für die Beteiligung am antifaschistischen Kampf.

Die großen Konzerne sind die Haupttreiber einer faschistischen Politik in der BRD. Die Konzerne wirken an der reaktionären und faschistischen Ideologiebildung direkt mit. Über eigene Stiftungen, z.B. die Siemens-Stiftung und die Thyssen-Stiftung, formen sie das konservative und faschistische Gedankengut.

In den letzten zehn Jahren haben deutsche Konzerne ihre Stellung auf dem Weltmarkt ausbauen können. Daimler ist der größte Industriekonzern in Westeuropa. BASF, Bayer und Hoechst sind die größten Konzerne in der chemischen Industrie. Die Konkurrenzkampfschlacht der Monopole um Marktanteile und Extraprofiten führt zu imperialistischen Expansionsprogrammen, zu Großwirtschaftsräumen ähnlich wie bei den Faschisten. Antifaschismus muß sich gegen die Politik des deutschen Imperialismus wenden, der sich nicht nur ökonomisch, sondern auch aus seiner politischen Tradition wieder Weltgeltung verschafft.

BWK und VSP wollen einen Beitrag zur Entwicklung der antifaschistischen Politik leisten und die öffentliche Kritik an der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft, an den Konzernen, die den Faschismus hervortreiben, verbessern. Wir wenden uns dagegen, daß bis heute die Konzerne der Forderung nach der Entschädigung von Zwangsarbeitern nicht nachgekommen sind.

2. Staatliches Handeln in der BRD und Verfassung fördern die Entfaltung faschistischer Politik

Die Interessen der Monopole sollen durch staatliches Handeln zur Geltung gebracht werden. Der bürgerliche Staat gewährt durch sein Handeln und die bürgerlich verfaßte Demokratie nicht nur Raum für die faschistische Formierung, er bietet auch vielfältige direkte Anknüpfungspunkte für die Entfaltung faschistischer Politik. Die gesetzlichen Garantien der Gleichheit vor dem Gesetz schränkt er ein oder hebt sie durch gegenteilige Gesetze und Bestimmungen auf. Wo Widersprüche sich zuspitzen, sichert er die herrschenden Klassenverhältnisse. Unter Losungen wie „Unterordnung unter das Gemeinwohl“ und „starker Staat“ findet eine Annäherung konservativer Ideologiebildung an faschistische Staatstheorien statt. Beide, bürgerliche Demokratie wie Faschismus, leugnen ihren Klassencharakter, leugnen den grundlegenden Widerspruch zwi-

schen den Interessen der Kapitalisten und der Lohnabhängigen. Weitergehend zielt faschistisches Handeln auf die Errichtung einer Willkürherrschaft und die vollständige Beseitigung grundlegender demokratischer Rechte.

Das staatliche Handeln zielt auf die Einschränkung individueller und kollektiver Rechte und arbeitet an einem Konzept der Aufspaltung der Lohnabhängigen. Insbesondere das Koalitions- und Streikrecht sowie die Kontroll-, Einspruchs- und Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte werden angegriffen. So wurde 1981 durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts den über einer halben Million Beschäftigten in den kirchlichen Betrieben das Koalitionsrecht u.a. mit der Feststellung, sie bildeten eine „Dienstgemeinschaft“, vorenthalten und damit direkt an die faschistische „Betriebsgemeinschaft“ angeknüpft. Mit dem § 116 AFG, dem gesetzlichen Schutz der Aussperrung, dem Bundesarbeitsgerichtsurteil zum Verbot von „Solidaritätsstreiks“ und den geplanten Änderungen des Personalvertretungs- und Betriebsverfassungsgesetzes (sogenannter „Minderheitenschutz“) konnten und sollen weitere Beschränkungen des Koalitions- und Streikrecht erfolgen. Dagegen sind Forderungen nach uneingeschränktem Koalitions- und Streikrecht zu erheben.

Die Lohnabhängigen ausländischer Nationalität sind besonders entrechtet. Freizügigkeit, Berufs- und Arbeitsplatzwahl, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit stehen „Ausländern“ schon nach dem Grundgesetz nicht zu. Sie sind rassistischer und ausländerfeindlicher Sondergesetzgebung (Ausländergesetz) unterworfen und werden mittels weiterer Gesetze (AFG § 19/Steuergesetz) diskriminiert. Die beabsichtigte Novellierung des Ausländergesetzes soll in Integrationswillige und Fremdarbeiter spalten. Gegenüber Asylbewerbern werden die Grenzen abgeschottet, und wenn sie doch hier sind, wird ihre Versorgung an Gefängnisbedingungen ausgerichtet (Lager, Zuteilung von Essen, Arbeitsverbot, Zwangsarbeit). Diese Sondergesetze befördern die völkische Bestimmung des Staatsbürgerrechts und



die faschistische „Volksgemeinschaft“. Ausländerfeindlichkeit ist Arbeiterfeindlichkeit. Dagegen müssen Forderungen nach Abschaffung von Sondergesetzen und diskriminierenden Bestimmungen gegen Ausländer, bedingungslosem Niederlassungs- und Wahlrecht, uneingeschränktem Asylrecht und Aufhebung aller einschränkenden Maßnahmen erhoben werden.

Mit staatlichem Aufwand wird die Wiederbelebung der Begabungstheorien und der Elitebildung betrieben. Angeknüpft wird dabei an die „Vererbbarkeit“ von Intelligenz und Begabung, damit werden faschistische Theorien vom „Herrenmenschen“ und vom „Untermenschen“ gefördert. Damit geht einher eine Umwälzung im Schul- und Hochschulbereich. Das dreigliedrige Schulsystem soll gefestigt, die „Auslese“ vertieft werden; kurzum der Bildungsstandard für die Masse erheblich verschlechtert werden.

Der Parteibildungsprozeß faschistischer Organisationen wird von staatlicher Seite geduldet und gefördert. Zulassungen zu Wahlen, Versammlungsmöglichkeiten, Sicherung ihrer Propaganda etc. sind Belege dafür. Die nach wie vor rechtskräftigen Kontrollratsbestimmungen (Art. 139 des GG) werden von staatlichen Stellen nicht angewendet. Gerade die Bedeutung des politischen Kampfes gegen faschistische Organisationen zeigt sich daran deutlich. Dagegen müssen Forderungen nach Auflösung aller faschistischer Organisationen entsprechend den Kontrollratsbestimmungen und dem Art. 139 GG erhoben werden.

Unter den Losungen „wehrhafte Demokratie“ und „starker Staat“ werden die staatlichen Instrumente für die innere Unterdrückung weiter ausgebaut und gefestigt. Mit der Volkszählung wurde das „Blocksystem“ neuerlich aktiviert; jegliche politische Opposition im Staatsapparat wird mit dem Beamtenrecht („Berufsverbote“, Treuepflicht/Gesinnung) niedergehalten. Direkt Bezug nehmend auf die faschistische Theorie erfolgt eine Erörterung von Sterbehilfe- und Euthanasiekonzepten, hinsichtlich der AIDS-Erkrankten werden Forderungen nach Absonderung bis hin zur Internierung erhoben. Die Polizei wird weiter aufgerüstet, diverse polizeiliche Sondereinheiten gebildet, die Rechte von Verfassungsschutz und BKA weiter ausgebaut mit dem Ziel der Herausbildung einer Bundespolizei. Die Rechte der Gefangenen werden weiter eingeschränkt; die Haftbedingungen der politischen Gefangenen zielen nicht nur auf die Vernichtung ihrer Identität, sondern überhaupt auf ihre physische Existenz. Durch weitere Einschränkungen der Angeklagten- und Verteidigerrechte soll der „schnelle Prozeß“ befördert werden. In den Parlamenten wird der politischen Opposition der Zugang zu Ausschüssen verwehrt, eine Berichts- und Auskunftspflicht verweigert. Dies zeigt die Breite der Maßnahmen der inneren Unterdrückung an. Dagegen müssen u.a. Forderungen gegen die Isolationshaft, gegen die vernichtenden Haftbedingungen, gegen das Beamtenrecht, weg mit den Berufsverboten, gegen die schon installierten Gesetze für den „Inneren Notstand“ (u.a. Notstandsgesetze), für die Auflösung der Sondereinheiten und des Verfassungsschutzes erhoben werden.

Auf die Verfassung berufen sich staatliche Stellen in der Entfaltung ihrer Politik. Das in der Präambel der Verfassung festgeschriebene „Wiedervereinigungsgebot“ bietet revanchistischen und faschistischen Kräften einen wichtigen Anhaltspunkt für ihr Wirken in der öffentlichen Meinungsbildung. Der „Verfassungsauftrag“ wird beständig genutzt, um die Tatsache, daß das Deutsche Reich untergegangen ist, zu leugnen und die Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu betreiben. Dagegen sind Forderungen nach ersatzloser Streichung des „Wiedervereinigungsgebots“, völkerrechtlicher Anerkennung der DDR und der Grenzen Polens und der Sowjetunion sowie Anerkennung



des Potsdamer Abkommens und der Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates zu erheben.

Unter der Losung „Schluß mit dem Sozialstaat“ zielt das staatliche Handeln darauf ab, die politischen Entscheidungsbefugnisse und die Finanzmittel weitgehend dem Zentralstaat und damit den Konzerninteressen zu unterwerfen. Der Angriff auf die gesellschaftlichen Reproduktionsansprüche der Lohnabhängigen führt zur Beseitigung der Versorgungsleistungen, die insbesondere die Kommunen durchführen (Kindergärten, Bäder, etc.). Die Privatisierungen von Versorgungsleistungen, aber auch die geplante Beseitigung der Gewerbesteuern als Steuereinnahme der Kommunen haben und sollen zu weiteren Verschlechterungen der Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen führen. Dagegen müssen Forderungen erhoben werden, die die politischen und finanziellen Einschränkungen und Beseitigungen kommunaler Kompetenzen verhindern und die Versorgungsleistungen für die Lohnabhängigen sichern.

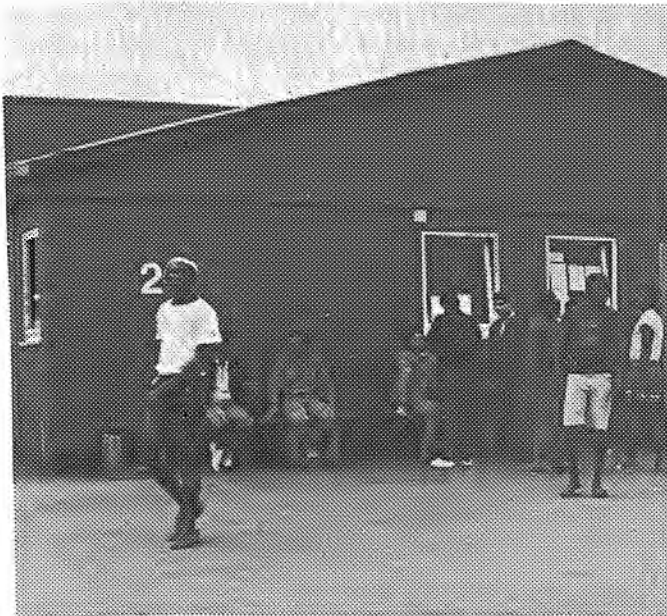
3. Der faschistische Formierungsprozeß richtet sich gegen die Arbeiterbewegung

Mehrmals versuchten neofaschistische Kräfte in der BRD nach 1949 den Aufbau starker Rechtsparteien. Nach dem Niedergang der NPD in den siebziger Jahren löste sich ein Teil des Neofaschismus erkennbar von Formen und Inhalten des Nationalsozialismus an der Macht. Rassistische und nationalistische Positionen wurden programmatisch neu gefaßt und grundgesetzkonform formuliert.

Vor allem die ideologische Strömung der „neuen Rechten“ gewann an bestimmendem Einfluß auf alle Gruppierungen rechts der Union und in die Union hinein. In dieser Strömung tummeln sich Professoren und Publizisten neofaschistischer, nationalrevolutionärer und rechtskonservativer Herkunft, die auf eine umfassende nationale Ideenpolitik auf völkisch-pluralistischer Grundlage fixiert sind.

Ausgangspunkt ihrer Ideologie ist ein der „Volksgemeinschaft“ zugeordnetes biologisches Menschenbild, welches behauptet, daß der Mensch in seinen Handlungen vor allem von Instinkten, Trieben und Rasse bestimmt ist. Dieses Menschenbild stützt sich auf weit verbreitete Vorurteile. Den einzelnen Trieben wird ein bestimmtes „natürliches“ und gesellschaftliches Streben zugeordnet: dem „Territorialtrieb“ die Ausdehnung staatlicher Grenzen und die Abwehr „unzulässiger Völkervermischungen“; dem „Dominanztrieb“ die Herausbildung von „Eliten“; dem „Besitztrieb“ das „natürliche“ Streben nach Eigentum.

Der Rassismus wird „ethnopluralistisch“ begründet. Er geht von einer Unterteilung der Menschheit in „Europi-



de“, „Negroide“ und „Mongolide“ aus. Auf Grundlage der „Vererbungslehre“ und des Sozialdarwinismus werden diesen „Rassen“ natürliche Eigenschaften zugesprochen, weshalb die „genetischen Isolate“ der jeweiligen Völker in ihrer „Vielfalt“ zu erhalten und die „nationale Identität“ gegen „Überfremdung“ zu schützen seien. Als hervorstechende „europide“ Eigenschaft wird dann die „weltweit dominierende wissenschaftlich-technische Zivilisation“ hervorgehoben.

Eine so gefaßte Ideologie eröffnet den Faschisten neue Spielräume. Sie ermöglicht die Rechtfertigung imperialistischer Ansprüche sowohl gegen Osten als auch gegenüber der sogenannten Dritten Welt. Sie begründet Ausländerhaß zynisch als Maßnahme gegen „Überfremdung“. Diese Ideologie greift bis weit in konservative Kreise hinein, wo es schon zum Standardrepertoire gehört, sich an der Suche nach „nationaler Identität“ zu beteiligen und gegen „Überfremdung“ zu wettern.

Zwischen Konservatismus und Neofaschismus findet eine Annäherung von Positionen statt, die sich niederschlägt in rechten Theoriezeitschriften, pseudowissenschaftlichen Seminaren und Denkfabriken und nicht zuletzt in der sogenannten Historikerdebatte. Abwanderungsbewegungen am rechten Rand der Unionsparteien, die Konsolidierung von NPD und DVU und der Aufschwung der „Republikaner“ sind organisatorischer Ausdruck dieser Entwicklung.

Beteiligt an diesem Formierungsprozeß ist ein weites Geflecht von Parteien und Verbänden, die sich einerseits um Führungsansprüche und die richtigen nationalen Konzepte streiten und andererseits bewußte Arbeitsteilung betreiben.

Über die Tätigkeit von Vertriebenenverbänden, militaristischen Traditionsverbänden und bündisch reaktionären Jugendverbänden wird ständig die Rekrutierung neuer Kräfte betrieben.

Parteien wie NPD, DVU und Republikaner bieten sich mit ihren Apparaten als funktionierende Sammelpunkte an, die beanspruchen, neue und alte rechte Strömungen zusammenzuführen. Zwischen ihnen existieren neben weitgehenden Übereinstimmungen programmatische und strategische Differenzen darüber, ob sich solch eine Partei mehr an Sachzwängen von Staat und Kapital orientieren soll oder eher auf oppositionelle Argumentationsweisen Rücksicht nehmen muß. Dies drückt sich beispielsweise im Streit um die NATO-Mitgliedschaft zwischen nationalkonservativen und nationalrevolutionären Strömungen aus. Diese Parteien bauen sich hauptsächlich auf über die

Beteiligung an Wahlen und offizielles Auftreten.

Über diese Parteien und Verbände werden Nationalismus und Rassismus als tagespolitische Alternative in die politische Landschaft transportiert, ohne daß die entsprechenden Positionen auf den ersten Blick als faschistisch erkennbar sein müssen. Nationalismus und Rassismus werden von diesen Kräften als Allheilmittel gegen gesellschaftliche Übel wie Kriegsgefahr, Arbeitslosigkeit, ökologischer Niedergang propagiert. Gleichzeitig verschärft sich der Terror faschistischer Banden gegen die Arbeiterbewegung und alles „Undeutsche.“

Die herrschende Klasse greift mit ansteigender Krise verstärkt auf reaktionäre Mobilisierungen zurück und profitiert von diesem Formierungsprozeß. Der Bezug auf „Volksgemeinschaft“ und „nationale Identität“ sind ihr willkommen. Auf Hilfstruppen wird nicht verzichtet.

Vor allem für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung birgt diese Entwicklung Gefahren. Im Klima reaktionärer und faschistischer Mobilisierung sind Maßnahmen sozialer und politischer Entrechtung leichter durchsetzbar und als Politik der Mitte zu verkaufen.

4. Internationalismus

Die existentielle Bedrohung durch Faschismus stellte sich nie nur als nationales Problem dar. Vor dem Hintergrund einer weltweiten und umfassenden Kapitalverwertungskrise drängte insbesondere in Italien, Japan und Deutschland der Imperialismus auf den direkten militärischen Zugriff auf neue Märkte und billige Rohstoffquellen. Für diese Aufgabe konnten in den zwanziger Jahren an der Spitze von Massenbewegungen zunächst Mussolini in Italien, später Hitler in Deutschland und kurze Zeit darauf General Franco mit der bürgerlichen Konterrevolution in Spanien ihre blutige Terrorherrschaft errichten. Diese Niederlagen der Arbeiterbewegung wurden so zum Auftakt für den zweiten imperialistischen Weltkrieg.

Nach der Konstruktion ihrer Europäischen Gemeinschaft stehen die Kapitalisten heute nicht nur vor den Möglichkeiten weiterer Konzernzusammenschlüsse und der Monopolisierung ganzer Produktionslinien sowie eines erweiterten Binnenmarktes. Sie stehen auch vor der raschen Internationalisierung ihrer wirtschaftlichen Krise. Bei regionalen und nationalen Unterschieden aufgrund verschiedener politischer Traditionen und Entfaltungsgrade der Widersprüche begannen sich mit dem weltweit einsetzenden neuerlichen Einbruch der Wirtschaftskonjunktur fast gleichzeitig in den einzelnen Ländern Westeuropas alte und neue faschistische Strömungen zu formieren.

Neben allerlei völkischer Demagogie werden im faschistischen Vorfeld versuchsweise auch euro-nationale Theorien formuliert. Schon früher haben zwar nationalistische Ultrarechte auch weit über Ländergrenzen hinweg ihre Verwandtschaften gepflegt, wo sie Gleichgesinnte erkannten. Sie knüpften ein weites Netz für den Schmuggel ihrer illegalen Propagandaschriften und organisierten die Waffenschmuggelerei für geplante Terrorakte. Heute bilden französische und italienische Faschisten unbehelligt im Europaparlament eine Fraktion. Sie nutzen die Europawahlen, um für sich, ihre Vision eines „starken Europas in der Welt“ und eines Bollwerks gegen die „Islamisierung“, „Bolschewisierung“ und kulturelle „Überfremdung“ zu werben. Die teilweise spektakulären Wahlerfolge ihrer reaktionären Sammlungsbewegungen dienen als direktes Vorbild für die Neue Rechte in der BRD. Nicht nur um zu lernen entwickeln ihre Führer eine rege internationale Reisetätigkeit. Darüber hinaus stricken sie bereits konkret an einer „Nazi-Internationale“.

Damit wird es zu einer neuen antifaschistischen Herausforderung, den Faschisten die Gelegenheit der Wahlkämpfe

fe und Europaparlamentssitze für ihre Hetze streitig zu machen.

Kapitalkräftige Gönner aus den Konzernetagen greifen den Faschisten mit Finanzspritzen unter die Arme bei der Herstellung ihrer aufwendigen Propaganda, wohlwollende Beamte schützen sie vor Strafverfolgung durch den Staatsapparat. Doch diese Erklärungen allein genügen nicht, um ihren wachsenden Zulauf zu verstehen und einen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Richtig ist zwar, daß sich das Kapital angesichts der verschärfenden Krise ein Druckmittel von rechts schaffen will und sich eine politische Tür nach rechts offenhält. Doch zusätzlich zu der wirtschaftlichen Krise ist den Ländern Westeuropas auch eine Führungskrise der Arbeiterbewegung gemeinsam. Über Jahrzehnte hinweg haben sozialdemokratische Parteien und auch reformistische KPen sich auf Gedeih und Verderb in die wirtschaftliche und staatstragende Mitverantwortung einbinden lassen. So haben sie sich selbst entwaffnet, können nun keine glaubwürdige Strategie gegen die bürgerliche Politik der Opfer und der Repression entwickeln oder dafür breit mobilisieren.

Ihre halbherzigen und hinhaltenden Konzepte sind für eine wachsende Zahl von Menschen weniger überzeugend als die demagogischen Versprechungen der faschistischen Sammlungen mit ihren Rezepten der Ausländervertreibung und Minderheitenjagd. Nur eine sozialistische Alternative gegenüber der bürgerlichen Krisenbewältigung kann den Faschisten den Boden entziehen.

5. Antifaschismus – Bestandteil des Kampfes für Arbeitermacht und sozialistischer Demokratie

Die Herrschaft des Kapitals führt ständig zur Erneuerung von faschistischer Gefahr. Doch Kapitalismus führt nicht zwangsläufig und schon gar nicht unabwendbar zu diktatorischen und faschistischen Herrschaftsformen. Auch sind historische Formen des Faschismus nicht einfach neu belebbar. Gerade deshalb müssen neue reaktionäre und faschistische Entwicklungen neu kritisiert und angegangen werden, wohl mit Blick auf die blutigen Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, aber eben nicht mit der Beschränkung auf historische Vergleiche.

Die Arbeiterklasse kann letztlich keinen wirksamen Kampf für ihre wirtschaftlichen und sozialen Belange führen, wenn sie nicht zugleich bestrebt ist, sich politisch Einfluß zu verschaffen. Dabei muß die Arbeiterbewegung entschlossen gegen den Formierungsprozeß der reaktionärsten, gegenüber der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften am feindseligsten auftretenden Kräften, insbesondere gegen die Ausübung der Regierungsmacht durch sie, kämpfen. Daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen die politische Reaktion und die Gefahr des Faschismus über alle politischen und organisatorischen Spaltungen hinweg zu einer Einheitsfront findet, ist eine Lebensfrage für die Arbeiterbewegung. Passivität und Handlungsunfähigkeit in dieser Frage führen dazu, daß jene Bestrebungen innerhalb der herrschenden Klasse ermutigt und gestärkt werden, die von den konservativ-reaktionären oder gar faschistischen Kräften die erfolgreiche Ausschaltung des gewerkschaftlichen, demokratischen, antimilitaristischen und sozialen Widerstandspotentials erwarten.

Eine antikapitalistische und antiimperialistische Emanzipation und Revolutionierung der Arbeiterbewegung ist ohne Widerstand gegen reaktionäre und faschistische Entwicklungen in der BRD nicht möglich.

Antifaschismus ist ein Zentralisationspunkt des Widerstandes. Dies berücksichtigt auch die Reaktion, wenn sie versucht, ihren „Antitotalitarismus“ als Antifaschismus und ihren Parlamentarismus als Garant der Demokratie zu

verkaufen. Eine Vereinnahmung des Antifaschismus zur Rettung der bürgerlichen Demokratie und der kapitalistischen Ausbeutung ist nicht im Interesse der Arbeiterklasse. Faschismus entsteht und erblüht auf dem Boden kapitalistischer Produktionsweise. Deshalb betreiben revolutionäre Sozialisten eine antikapitalistische Orientierung im antifaschistischen Kampf.

BWK und VSP treten für die wirksame Isolierung reaktionärer und faschistischer Ansprüche und Kräfte ein und führen die Kritik gegen:

- Nationalinteresse und insbesondere gegen Positionen und Theorien, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung als Bollwerk gegen den Faschismus und Totalitarismus betrachten,
- Expansionsinteressen und gegen Theorien, daß die Freiheit unter anderem darin besteht, daß das BRD-Kapital überall hin expandiert,
- Chauvinismus und die Positionen, daß die Werktätigen, der Staat und das Kapital gemeinsame Interessen im Kampf gegen Faschismus hätten,
- Wertkonservatismus, daß die Gesellschaft wieder zu alten und früheren Werten, z.B. Nächstenliebe und spartanischer Lebensführung, zurückkehren soll,
- Rassismus auch in seinen modernen Formen, wonach soziale und politische Rechte an das Vorhandensein „deutschen Blutes“ und anderer Abstammungsmerkmale geknüpft wird,
- biologisch begründete Unterdrückung der Frauen, patriarchalische Strukturen und die Durchsetzung reaktionärer Familienpolitik.
- neue Wertebildungen über „unwertes Leben“ im Zusammenhang von Sterbehilfe und AIDS.

BWK und VSP treten dafür ein, daß verschiedene politische und soziale Bewegungen, Strömungen und Organisationen, die sich partiell oder insgesamt gegen Faschismus, Kapital, Reaktion und Krieg richten, eine kontinuierliche Zusammenarbeit betreiben. Nur so sind bleibende Erfolge zu erzielen.

Reformistische, christliche und radikaldemokratische Strömungen des Antifaschismus bestreiten oder vernachlässigen die Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Produktionsweise und faschistischer Gefahr. Trotzdem ist für die Arbeiterbewegung von elementarer Bedeutung, ob sich solche Strömungen gegen reaktionäre und faschistische Formierungsprozesse wenden. Antifaschistische Bündnispolitik muß respektieren, daß es im antifaschistischen Kampf verschiedene Ansatzpunkte, verschiedene Strömungen gibt. Antifaschistische Bündnispolitik muß verhindern, daß die Existenz von verschiedenen Strömungen zu erfolgreichen Spaltungs- und Ausgrenzungsversuchen seitens der Reaktion führt. Antifaschistische Bündnispolitik muß berücksichtigen, daß nur gemeinsames Handeln zur maximalen Isolierung und gesellschaftlichen Ächtung faschistischer Bestrebungen führen kann.

Viele Mitglieder von BWK, FAU/R und VSP sind auch Mitglied in der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, einige in der VVN/BdA. Die Zusammenarbeit zwischen autonomen antifaschistischen Kräften, Volksfront und VVN hat sich in den letzten Jahren entwickeln können. Das ist gut. Die Volksfront nennt in ihrer Resolution vom letzten Bundeskongreß (23./24.11.87) dafür inhaltliche Gründe: „– die gemeinsame Kritik und Ablehnung des Kapitalismus als Ursache des Faschismus, – der gemeinsame Bezug auf die Interessen der arbeitenden Klassen, der Besitzlosen und Unterdrückten, – und in der letzten Zeit die Entwicklung von Ansatzpunkten zumindestens einer Diskussion gemeinsamer Kritikpunkte am bürgerlichen Staat“.

geg, jöd (BWK); Bernhard, Tobias (VSP)

Mit dem § 218 will die Reaktion das Abtreibungsverbot verschärfen

Ersatzlose Streichung des § 218! Kein Beratungsgesetz! Für ein Recht auf Abtreibung!

Den §218 verschärfen? Nein, das weist Späth weit von sich! Den §218 selbst will er nicht ändern. Er und seine Landesregierung seien absolut „gesetzestreu“, er wolle „nur“ die Einhaltung des bestehenden Gesetzes und zwar zum „Schutz der ungeborenen Kinder“, darauf hat er sogar im Sommer seine Scharfmacher in der Landes-CDU eingeschworen. Und dabei bleibt's. Das hat er auch den Landtag am 3. Februar 1988 beschließen lassen:

„Die rechtlichen und verfahrensmäßigen Regelungen für die Notlagenindikation müssen so ausgestaltet sein, daß ... die praktische Anwendung der Regelung unter strikter Einhaltung des Rechts erfolgt.“ (Landtagsdrucksache 9/3817)

Das „Recht“, der §218 und der §219 im Strafgesetzbuch, reiche aus, die Kontrolle müsse verstärkt werden. Was noch fehle, sei das „Unrechtsbewußtsein“ beim Schwangerschaftsabbruch. Aber dafür wird auch gesorgt:

„Ein wirksamer Schutz der ungeborenen Kinder läßt sich nicht allein durch Strafvorschriften erreichen, sondern ist ohne einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Bewußtseinswandel nicht möglich. Es ist Aufgabe des Staates, im Rahmen seiner Bildungsinstitutionen und durch Öffentlichkeitsarbeit auf einen solchen Wandel des Bewußtseins hinzuwirken.“ (ebenda)

„Praktische Anwendung der Regelungen“ in Baden-Württemberg – § 218 in voller Praxis

Haupthebel für die „strikte Einhaltung des Rechts“ ist die nach §218b im Fall der Notlagenindikation vorgeschriebene „soziale Beratung“, der sich die Schwangere laut Gesetz mindestens drei Tage vor dem Abbruch zu unterziehen hat. „Verbesserung der Beratung“ heißt hier das Vorhaben der CDU:

Die entsprechenden Richtlinien sind in zehn Jahren dreimal verschärft worden. In den am 3.2.1988 vom Landtag beschlossenen „Grundsätzen“ zum „Schutz des ungeborenen Lebens“ ist ihre über das geplante Bundesberatungsgesetz hinausgehende Verschärfung bereits enthalten. Im Bundesrat hat Baden-Württemberg auf eine Beschleunigung des Bundesberatungsgesetzes gedrängt und weitergehende Forderungen daran gestellt. Im einzelnen:

- Beratung vor der Indikationsstellung; weitere und längere Fristen zwischen Beratung, Indikationsstellung und Abbruch,
- räumliche und personelle Trennung von Beratung und Indikation, Einbeziehung des „sozialen Umfelds“ (Eltern, Ehemann, Freund etc.); die Einwilligung der Schwangeren ist nicht ausdrücklich Voraussetzung,
- Kriterien an die Ausführlichkeit des Indikationsgutachtens, Überprüfung des Gutachtens vor Durchführung des Abbruchs,
- Fortbildungsnachweise in „Lebensschutz“ für Ärzte, damit sie über-

Fortsetzung nächste Seite oben



„Recht muß Recht bleiben“ – der § 218 bleibt ein Klassenparagraph

Strafrecht allein verhindert keine Abtreibung. Das haben die „Lebensschützer“ begriffen. „Folgerichtig haben sie ihren ‚Kampf gegen den §218‘ auf fast alle Rechtsgebiete ausgedehnt. Neidvoll muß den Abtreibungsgegnern dabei ein durchaus kreativer Umgang mit dem Recht attestiert werden. Fleißig sind sie überdies.“ (Dagmar Oberlies, Streit 4/87) Erinnert sei an das Verfahren vor dem Sozialgericht gegen die Krankenkassenfinanzierung, an Arbeitsgerichtsprozesse wegen verweigerter Lohnfortzahlung, an Amts- und Familiengerichtsprozesse, um dem Embryo einen gerichtlichen Vormund gegen die Mutter beizustellen und die Schwangerschaft mittels Zwangsgelder zu „schützen“.

„Jede dieser Gerichtsentscheidungen fand mehr Kritik als Zustimmung und, das ist ganz besonders wichtig, keine Entscheidung hielt Stand ... ‚Bleibend‘ waren die Entscheidungen nur da, wo die Frauen sie hingenommen haben.“ (Oberlies, Streit 4/87, S. 125) Auf der anderen Seite haben aber diese Veröffentlichungen zu einer starken Verunsicherung geführt, und sie machen rechtliche Auffassungen salonfähig und diskutabel, die vor kurzem noch als abwegig galten.

Auffallend auch hier, daß sich die Verschärfungen des Abtreibungsverbots im Rahmen des Gesetzes bewegen, daß sie nicht am §218 selbst rühren, sondern ihn nur „anwenden“

Fortsetzung nächste Seite

haupt Indikationen stellen dürfen (bisher dürfen dies alle Ärzte),
– Verschärfte Meldepflicht.

Ziel ist es, den demütigenden Hürdenlauf für die Schwangere zu verlängern und zu erschweren. Immer mehr Institutionen sollen mitwirken, auf der anderen Seite soll die Zahl der Ärzte, die Indikationen stellen oder den Abbruch durchführen, verringert werden. Beratungsstellen, die nicht massiven Druck auf die Entscheidung der Frauen ausüben, sollen geschlossen oder finanziell erpreßt werden. In Freiburg wird z.B. Pro familia seit zwei Jahren der bereits genehmigte Zuschuß von 25000 DM vorenthalten.

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 15.1.87 bestätigt, daß das baden-württembergische Verbot von ambulanten Abtreibungspraxen rechtens ist. Für dieses Verbot gibt es keine medizinische Begründung. Für die CDU ist diese letztinstanzliche Entscheidung ein „Meilenstein für den Schutz von ungeborenen Kindern“.

Es gibt viele Kreistags- und Gemeinderatsbeschlüsse, daß in den kreiseigenen bzw. in den städtischen Krankenhäusern keine Schwangerschaftsabbrüche gemacht werden dürfen, insbesondere keine bei „sozialer Notlage“. Für die kirchlichen Krankenhäuser sind solche Beschlüsse erst gar nicht nötig.

Das Landesamt für Besoldung verweigert die Zahlung von Beihilfe bei Notlagenindikation.

Mit dieser Art „Anwendung“ des §218 wird kein Gesetz „ausgehöhlt“, kein Urteil „unterlaufen“, das ist der reformierte §218 von 1976, über das Strafgesetzbuch sollten alle Illusionen endlich vergehen!

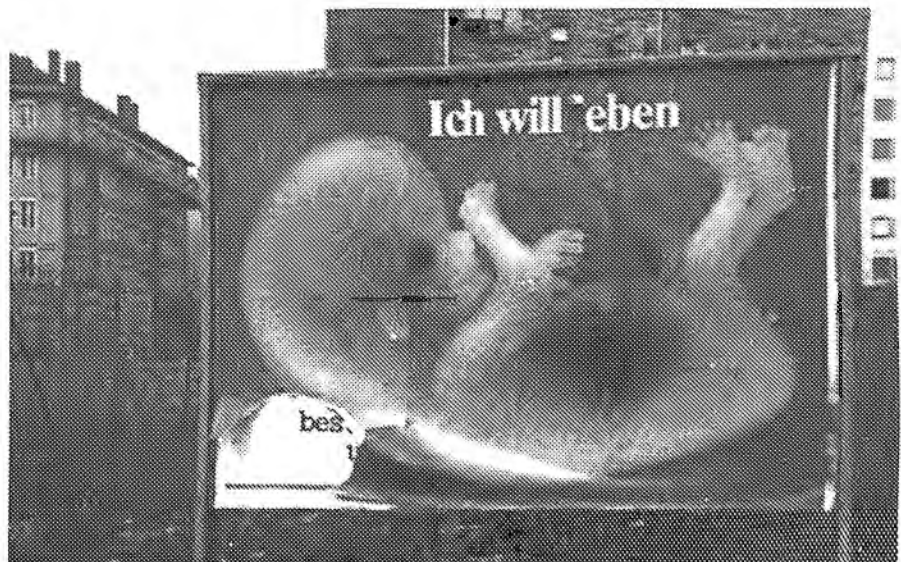
„Tiefgreifender gesellschaftlicher Bewußtseinswandel“ – eine Hatz wird auf Touren gebracht

Im Januar hat die Landesregierung

angekündigt, daß sie sich zwei Millionen DM für einen „Werbefeldzug gegen Abtreibung“ (Mannheimer Morgen, 20.1.88) aus Steuergeldern genehmigt hat. Ziel der Kampagne ist laut Regierungssprecher Zach: „der in der Bevölkerung weit verbreiteten, irrtümlichen Auffassung entgegenzutreten, das Selbstbestimmungsrecht der Frau sei ein höherer Wert als das Lebensrecht des ungeborenen Kindes“. Die militärische Sprache – „Feldzug“ – ist tatsächlich angebracht, denn es handelt sich dabei um eine Kriegserklärung insbesondere gegen Frauen. „Festzuhalten sei, daß jeder Schwangerschaftsabbruch als lebenszerstörender Tatbestand von unserer Verfassung grundsätzlich mißbilligt wird und nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen, sogenannten Indikationen, ausnahmsweise straflos bleibt“, betonte Zach. Aus diesem Grund

komme der Aufklärungsaktion ‚die wertevermittelnde Aufgabe‘ zu, ‚Würde und Rang des Lebens ungeborener Kinder als Geschöpfe Gottes‘ ins Bewußtsein zurückzurufen.“ (Wochendienst der Landesregierung 3/88, S. 6)

Starten soll die Kampagne nach den Landtagswahlen Ende März, keinesfalls als „eine bloße Werbekampagne klassischen Stils“ mit Großflächenplakaten, Anzeigenserien und Broschüren, Werbespots in Rundfunk und Fernsehen zu den besten Sendezeiten. Vor allem bestimmte Zielgruppen, wie Schüler, Lehrer, Ärzte sollen angesprochen werden, eine empirische Untersuchung über die Beweggründe von Abtreibungen soll erarbeitet werden. Als gäbe es da nicht schon genug! Wahrscheinlich sollen das endlich „Bequemlichkeit“, „Verantwortungslosigkeit“ und „Eigennutz“ der Frauen sein, wie dies CDU-Abgeord-



Plakatwände mit der Abbildung eines über hundertfach vergrößerten ca. drei Monate alten Embryos unter der Überschrift „Ich will leben“ waren der „sachliche Beitrag zur Abtreibungsdiskussion“ der Katholischen Stadtkirche in Nürnberg im April 1987.

oder „auslegen“. Auslegebedürftig erscheint den Richtern besonders die Formulierung des §218a: „... die Gefahr einer Notlage abzuwenden, die a) so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann und b) nicht auf eine andere für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann.“

Was ist der Frau „zumutbar“?

Das Amtsgericht Nürnberg hat im letzten Jahr im Zuge eines §218-Prozesses gegen einen Arzt nachträglich mehrere Indikationsgutachten als falsch beurteilt. „Über eine 21jährige Arbeitslose, die 18000 Mark Schulden und eine nervenärztliche Behandlung geltend gemacht hatte, heißt es in dem Urteil: ‚In Wirklichkeit handelt es sich bei ihr um eine lebhaft und lebensstüchtige, nur etwas leichtsinnige

Person‘. Moralisch verurteilt wurde auch eine 21jährige Näherin, alleinerziehende Mutter eines vierjährigen Kindes: ‚Die neue Schwangerschaft war die Folge des selbstgewählten Lebensstils von Frau S. Von einer Notlage kann keine Rede sein.‘ Die zusätzliche Belastung durch ein viertes Kind könne nicht als unzumutbar angesehen werden, entschied das Gericht über eine 35jährige Schneiderin, deren Mann arbeitslos war. Einer 28-jährigen Mutter eines kleinen Kindes hielt das Gericht vor, sie hätte ‚so wie mit einem auch mit zwei Kindern von der Sozialhilfe leben können‘. Als zumutbar bezeichnete es der Richter, daß ein türkisches Ehepaar, das bereits zwei Kinder hat und im Schichtdienst arbeitet, das dritte Kind zur Großmutter in die Türkei hätte bringen müssen.“ (Stern 52/87).

Diese haarstäubede Definition von

„Zumutbarkeit“ anhand dieser „Fälle“ soll Wirkung entfalten. Auch in konservativen und liberalen Kreisen hätte sicherlich dieses Maß an sozialem Elend noch als „Notlage“ gegolten. Damit soll Schluß ein. Und jede Frau, der es nicht so dreckig geht wie jenen, soll sich von vornherein ausrechnen, daß sie niemals eine Notlagenindikation bekommen würde, daß sie selbst schuld und verantwortlich sei, daß es normal und zumutbar wäre, das Kind auszutragen. Ein Signal geht auch an die finanziell etwas bessergestellten Frauen, die Angelegenheit gleich „privat“ oder im Ausland zu regeln. Die Funktion des Klassenparagraphen ist wiederhergestellt. Nicht allein indem er nur gegen ärmere, lohnabhängige Frauen angewandt wird, sondern indem er definiert, was normal und zumutbar ist, was von der Frau „verlangt“ werden kann.

nete im Sozialausschuß zu wissen glauben.

Fast alle Ministerien arbeiten an Vorlagen: Das Justiz- und Sozialministerium geben zusammen mit der Landesärztekammer eine Informationsschrift zur „verfassungs- und gesetzeskonformen Handhabung der Notlagenindikation“ heraus. Kultusminister Mayer-Vorfelder erarbeitet zusammen mit Lehrern, Ärzten und Juristen eine „altersstufengerechte Unterrichtshilfe für Lehrer“ (Wochen-dienst 3/88, S.7). Den vielen Lehrerinnen und Lehrern kann er bei eigenen Vorbereitungen nicht trauen.

Auch die Deutsche Bischofskonferenz hat der Landesregierung „Dank und Anerkennung“ ausgesprochen und will die Initiative nachhaltig unterstützen. Der „Hexenhammer“ wird wieder zu Ehren kommen.

Nicht „Indikation verteidigen“, nicht nur „Straffreiheit“: Der § 218 muß ganz weg!

Jeder Widerstand soll niedergewalzt werden. Mit der Arroganz der absoluten Mehrheit hat die CDU einen SPD-Antrag „Verbesserung der Lebensbedingungen und Lebensperspektiven für Frauen und Männern mit Kindern ...“ im Landtag abgeschmettert, obwohl auch die SPD voll auf dem Boden des § 218 steht. Dem DGB, der in Baden-Württemberg zu Protesten gegen die Verschärfung des Abtreibungsverbots aufruft, hat sie das „allgemeinpolitische Mandat“ abgesprochen, als wäre er eine Klassen-sprecherversammlung von Minderjährigen.

Die „in der Bevölkerung weitverbreitete Auffassung“ vom Selbstbestimmungsrecht der Frau schmerzt die CDU. Das Freiburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht hat kürzlich die Einstellungen und das Verhalten von Gynäkologen, Frauen und Juristen untersucht: Alle Frauen und 91% der Gynäkologen haben sich gegen eine Verschärfung des § 218 ausgesprochen, mehr als 2/3 der Frauen und 1/3 der Gynäkologen sind für die Fristenlösung oder die ersatzlose Streichung des § 218. (Stern, 52/87)

Die von der CDU so bekämpfte „weitverbreitete Auffassung in der Bevölkerung“ gilt es zu stärken. Gegen die Angriffe der CDU können wir unmöglich die „Indikationslösung“ verteidigen oder den „täglichen Kampf um die Reform“ (Däubler-Gmelin, SPD-Vorstand) führen. Das ist ein Protest der enttäuschten Hoffnungen. Der Springpunkt liegt in der Existenz des § 218 selbst, in der Strafbarkeit der Abtreibung und im Zwang zur Rechtfertigung einer höchstpersönlichen Entscheidung, in der Vormundschaft des Staates über die Frauen. Dagegen hilft auch nicht nur die Forderung nach Strafflosigkeit der

Frau bei Schwangerschaftsabbruch, denn notwendig ist mehr, nämlich ein Recht auf Abtreibung und praktische Möglichkeiten dazu. Abtreibung muß als „Straftatbestand“ ganz aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden.

Wir fordern:

- Ersatzlose Streichung des § 218 und § 219!
- Aufhebung der baden-württembergischen „Beratungsrichtlinien“!
- Keine Verabschiedung des Bundesberatungsgesetzes!
- Verpflichtung aller Krankenhäuser,

Schwangerschaftsabbrüche mit schonenden Methoden durchzuführen!

- Ambulante Abbruchmöglichkeiten auch in Baden-Württemberg!
- Gesicherte Finanzierung aller Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen (und Beihilfe) bei voller Lohnfortzahlung!
- Vorurteilsfreie Sexualaufklärung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen!
- Ungefährliche Verhütungsmittel für Frauen und Männer auf Krankenschein!

„Trendwende zum Leben und zum Kind“ – in keiner Hinsicht eine billige Werbekampagne

Späth schwärmte schon im November '87 im Bundesrat von der Kampagne: „... wenn wir morgens eine große illustrierte aufschlagen, auf zwei Seiten ein paar Anzeigen mit schönen Bildern ... als Werbung für das werden-de Leben, für die Familie, für Kinder in Deutschland ...“ (für „deutsche Kinder“ hat er sich gerade noch verkniffen!). Auch Rita Süßmuth will nicht nachstehen. Die Bundesregierung hat bereits 10 Mio. DM ausgegeben für „etliche Millionen Exemplare der Broschüre ‚Das Leben vor der Geburt‘ ... ein Videoband zum gleichen Thema ... das besonders auf die einzigartigen Entdeckungen und Ver-

öffentlichungen von Professor Blechschmidt in Göttingen zurückgeht. Wir stehen kurz vor dem Abschluß einer Filmreihe unter dem Titel ‚Der Liebe auf der Spur‘. Ich möchte klarstellen, daß die Informationen zur Familienplanung nicht eingeschränkt, sondern im Gegenteil erheblich ausgeweitet worden sind. Zu den Modellprojekten des Bundes gehören Methoden der Empfängnisregelung, Betreuung von Müttern nach Schwangerschaftskonflikten, Arbeit in Mutter/Kind Einrichtungen, ärztliche Fortbildung, Adoption, Werte- und Sexualerziehung.“ (Protokoll der Bundesratssitzung vom 27.11.87)

Der Embryo ist alles – die Frau ist nichts!

Die Sekunde null

Ein neues Individuum entsteht, einmalig und unverwechselbar. Bei der Vereinigung der mütterlichen Eizelle und der väterlichen Samenzelle werden Geschlecht, Aussehen, Regungen, Charakter, ja selbst die wahrscheinliche Lebensdauer des Menschen festgelegt. Das alles ist in dem mit freiem Auge gar nicht sichtbaren befruchteten Ei enthalten.

Es ist kleiner als ein i-Punkt. Sein genetischer Code stammt je zur Hälfte von Vater und Mutter und enthält eine unwahrscheinlich hohe Zahl von Informationen. Jeder Mensch besitzt seinen eigenen, besonderen genetischen Code; es gab ihn vorher noch nie, er wird sich auch in den folgenden Generationen niemals wiederholen.

Zugleich ist dieser winzige Tropfen Leben voll Dynamik und Gestaltungskraft. In seiner Individualität, in der Einmaligkeit und Einzigartigkeit seines Wesens bleibt der Mensch unverändert und konstant von der Empfängnis bis zum Tode. Was sich ändert, ist sein Erscheinungsbild, seine äußere Gestalt.

Ausschnitt aus einem Pamphlet der „Aktion Leben e.V.“: „Tagebuch eines Ungeborenen“

„Der Mensch wird nicht Mensch, sondern ist Mensch von Anfang an.“ Mit dieser Behauptung steht und

fällt das gesamte Argumentationsgebäude der „Lebensschützer“. Das ist auch der Kernsatz von Prof. Blechschmidt. Unbestritten, im Bauch der Frau wächst keine Kröte, sondern ein menschlicher Embryo.

Für die Lebensschützer besteht kein Unterschied zwischen einer befruchteten Eizelle und einem geborenen Menschen. Der Mensch sei allein durch seine genetischen Informationen geprägt. Die Frau taucht nur noch auf als naturwüchsiger Nährboden, auf dem Kinder angebaut werden, wenn sie einmal eingesät sind, als Gefäß, das von Natur aus bestimmt sei, die befruchtete Eizelle und das sich daraus entwickelnde Kind auszutragen. Der Embryo wird vollständig in den Mittelpunkt gerückt. Der Embryo ist alles, die Frau nichts. Sie bedroht ihn höchstens, mit Nikotin, Alkohol oder mit Mord. Unterschlagen wird, daß der Embryo nur als Teil der Frau existieren kann, überhaupt nur so lebensfähig ist, daß er ausschließlich durch sie wächst und Mensch wird.

Als „Informationskampagne“ wird die Sache aufgezo- gen, ähnlich wie die Aids-Kampagne: scheinbar objektiv, angeblich wissenschaftlich, positiv und ansprechend aufgemacht, nicht eine offensichtliche Hetzkampagne von ein paar ewig gestrigen Rechts- außen. Man darf sich nicht vom ersten Eindruck täuschen lassen: kein Wort von Empfängnisverhütung, „regelung“ kann genau das Gegenteil bedeuten! „Betreuung von Müttern nach Schwangerschaftskonflikten“ ist nichts anderes als verschärfte Kontrolle, ob das Kind auch ausgetragen wird und danach die Mutterrolle entsprechend ausgefüllt wird. „Mutter/Kind-Einrichtungen“ sind im Volksmund „Heime für gefallene Mädchen“ und erinnern in der Regel eher an Gefängnisse; „ärztliche Fortbildung“ bezieht sich sicher nicht auf schonende Methoden des Schwangerschaftsabbruchs, „Adoption“ ist eine billige Art der Leihmutterchaft, im Rahmen der „Werte- und Sexualerziehung“ wurde in Baden-Württemberg z.B. aus einem Biologiebuch die Abbildung eines Fotos von einer nackten Familie durch einen Stich von Dürer „Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradies“ mit Feigenblättern ersetzt.

Bei den Werbemethoden dazugelernt

Sie sind lange nicht mehr so plump wie vor einigen Jahren, auch nicht mehr so aggressiv frauenfeindlich. Es ist nicht mehr offen die Rede von „Mörderinnen“. „Information über die Problematik der Tötung ungeborener Kinder und über die physischen und psychischen Gesundheitsgefahren für Mütter, bei denen ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen worden ist.“ (Antrag von Baden-Württemberg im Bundesrat vom Nov. '87) Es heißt in den Vorlagen nicht mehr „Schwangere“, sondern „Mutter“, der Schwangerschaftsabbruch wird als eine frauenfeindliche Handlung „an Müttern“ dargestellt, die Frauen sind willenlos, passiv, leiden, haben Schuldgefühle usw.

Von „Tötung“, „lebenszerstörendem Tatbestand“ ist die Rede. Der Tötungsvorwurf zielt auch auf Ärzte, die die „Tat“ ausführen. Tatsächlich ist ja auch der §218 im Strafgesetzbuch eingereiht unter den „Vergehen gegen das Leben“, die wohlgeordnet sind: zuerst Mord, dann Totschlag, Tötung auf Verlangen, Kindstötung, dann kommt Schwangerschaftsabbruch, unmittelbar danach der Paragraph Völkermord.

Neue „Zumutbarkeitsregelungen“ werden ins Gespräch gebracht (die Assoziation zum Umgang mit Arbeitslosen scheint nicht unbeabsichtigt). Die Parole heißt nicht mehr offen: „Frauen zurück zu Kindern und Herd“, Frauen sollen vielmehr beides „vereinbaren“, Beruf und Familie.

Das Alte ist daran, was den Frauen zugemutet wird. Nämlich „Unterbrechung“ von Ausbildung und Beruf, unversicherte Teilzeitarbeit, Heimarbeit, Sozialhilfe, Verschuldung und ungewollte Kinder!

Die Werbekampagne arbeitet vor allem mit einem Lebensbegriff, der sich auf der Oberfläche bewußt an die Umweltschutz- und Friedensbewegung anlehnt. Dazu Späth: „Ich glaube, wir haben die Chance, dieses Thema neu aufzugreifen, und zwar deshalb, weil in unserer Gesellschaft ein Wertewandel vor sich geht. Ich beobachte, daß ich beispielsweise mit jungen Menschen über dieses Thema heute ganz anders reden kann als noch vor einigen Jahren. Ich sehe eine ganze Reihe von Elementen in

CDU-Dregger: „Junge Mütter und das Vaterland lieben!“

Von einer CDU-Wahlkampfveranstaltung berichtete der Mannheimer Morgen am 30.1.88: „Dann umriß er (Dregger) noch einige Aufgaben seiner Partei, die jenseits von ‚Angebot und Nachfrage‘ lägen. An erste Stelle setzte er den Schutz des ungeborenen Lebens. Dafür müßten die Rahmenbedingungen verbessert werden: ‚Wir müssen die jungen Mütter lieben und verehren. Es gibt nichts wichtigeres als die Mütter.‘ Zudem forderte der CDU-Politiker eine Alterssicherung für Frauen. Als zweiten Punkt nannte er: ‚Vaterlandsliebe ist eine sittliche Pflicht‘. Die deutsche Geschichte habe nicht zwölf, sondern 1200 Jahre gedauert. Ohne Liebe zur Heimat ließe sich nichts erreichen.“

unserer Gesellschaft, die eine sehr viel größere Sensibilität für Leben, für vorhandenes wie für werdendes Leben, und auch mehr soziale Verantwortung für solche Fragen erkennen lassen. Es ist schlechterdings unvorstellbar, daß das Engagement, das die Menschen etwa bei ihrem Einsatz für die Ökologie für die Sicherung allein der Umwelt, für das Leben erbringen, das sie in großartiger Weise etwa für den Tierschutz an den Tag legen, daß dieses Engagement und dieses bedingungslose Ja zum Leben, zum Schutz des Lebens in einem Bereich, nämlich dem des ungeborenen menschlichen Lebens, keinen gleichwertigen Ausdruck findet.“ (Protokoll der Bundestratssitzung vom 27.11.87)

Diesem ideologischen Angriff der Reaktion hat die §218-Bewegung noch wenig entgegnzusetzen. Teile der Frauenbewegung bieten ihm eher sogar offenen Flanken: die „neue Mütterlichkeit“, die teilweise zentrale Rol-

le der Gebärfähigkeit der Frau in der Argumentation, ein unhinterfragter oder z.T. mystischer Lebens- und Naturbegriff. Dieser breit angelegte „Bewußtseinswandel“ durch sehr subtil geführte Kampagnen ist möglicherweise sogar gefährlicher als „nur“ die Verschärfung der Beratungsrichtlinien und Ausführungsbestimmungen: Denn er soll den Boden bereiten für die gesellschaftliche Durchsetzbarkeit dieser praktischen Verschärfungen.

– (bar)

Anzeige

Broschüre gegen §218 und das geplante Beratungsgesetz

Hrsg.: Zelle Öffentliche Dienste und Einrichtungen des BWK Mannheim, DIN A 4, 23 Seiten, Preis DM 2.00 plus Porto, Bezug: GNN-Verlag, Waldparkstr.9, 6800 Mannheim.

Aus dem Inhalt:

- Neues Beratungsgesetz zum §218 geplant. Warum besteht die Reaktion so penetrant auf der Verschärfung des §218? Gegen die Familienideologie der Reaktion – Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau!
- Baden-Württemberg: CDU und Landesregierung spielen bundesweit Vorreiter bei der Verschärfung des §218. In Ba.-Wü. schon durchgesetzt.
- Zitate aus dem Leitantrag des CDU-Landesparteitags Ba.-Wü. Aug. '87
- Gerichte klopfen Linie der §218-Verschärfer fest. BAG-Präsident a.D.: Lohnfortzahlung bei Notlagenindikation ist „Bereicherung“
- Wer sind die „Lebensschützer“? Ihre Verfilzung mit Kirche und faschistischen Organisationen. „Bewegung für das Leben“ und humangenetische Programme: zwei Seiten einer Medaille. Dt. Ärzteblatt über das „leibfreie Leben“
- Geschichte des Abtreibungsverbots und des Kampfes gegen den §218.

Herausgegeben als Flugblatt von:

Arbeitsgruppe „Kritik an den Lebensschützern“ der Landesredaktion Baden-Württemberg des Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)



Tariffbewegung öffentlicher Dienst

Ein „Volumen“ von 5% für Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung fordert die ÖTV. Die Dienstherren von Bund, Ländern und Gemeinden legten bisher ein „Angebot“ von 1,3% Lohnerhöhung; keinen Einstieg in die 35-Stunden-Woche vor und wollen damit in die Schlichtung. Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzung, dar-

auf sollen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gezwungen werden. Die SPD beteiligt sich daran handfest. Wie will die ÖTV den Angriffen widerstehen, wenn sie keine Kritik am „Einkommens-Angebot“ führt? Wie will sie der weiteren Spaltung der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst und der drohenden Schwächung gewerkschaftlichen Einflusses bei den niedrigen Einkommen begegnen?

Baskenland: Verhandlungen zwischen ETA und spanischer Regierung

Am 28.1.1988 hat die ETA ein offizielles Dokument veröffentlicht, in dem sie über die bisherigen Kontaktaufnahmen mit der spanischen Regierung berichtet, ihre Forderungen und Bedingungen und die der Alternative KAS gegenüber der Regierung darlegt und einen 60tägigen Waffenstillstand für den Fall von Verhandlungen anbietet. Weiter schlägt die ETA vor, eine baskische Verhandlungskommission aus Vertretern aller Organisationen der Bewegung für die baskische Befreiung zu bilden. Die Algerische Regierung hat inzwischen ihre Bereitschaft erklärt, als Vermittler tätig zu werden. Wir veröffentlichen Auszüge aus der Erklärung vom 28.1.88.



„Pseudoselbständigkeit“

In fast allen Branchen finden sich heute Selbständige für Arbeiten, für die früher festangestellte Arbeitskräfte eingesetzt wurden: Verkaufsfahrer im Lebensmittelhandel, Propagandisten in Kaufhäusern, Handelsvertreter in Industrie und Verlagen, Handwerker für Industriebetriebe; die Liste ließe sich beliebig verlängern. Diese

„Selbständigen“ bleiben so eng an den auftraggebenden Betrieb gebunden, daß man von Selbständigkeit nicht reden kann. Die „Pseudoselbständigen“ sind auch eine neue Variante der Flexibilisierung von Arbeitszeit. Wie sieht der Tag eines solchen typischen Handelsvertreters aus? Welche Forderungen haben die Gewerkschaften gegen die Ausdehnung dieser Beschäftigungsverhältnisse entwickelt?

UNO zu den Todesurteilen in Südafrika / Azania

Das rassistische südafrikanische Regime hat seinen Kurs der blutigen Niederhaltung und Unterdrückung jeden Widerstands in den letzten Tagen durch erneute Verbots- und Verfolgungsmaßnahmen gegen zahlreiche Organisationen des Befreiungskampfes bekräftigt. Währenddessen gehen die Inhaftierungen, die Verurteilungen und auch der Vollzug der zahllosen Todesurteile ungebrochen weiter. Der UN-Anti-Apartheid-Ausschuß hat aus Anlaß des Todestages des langjährigen PAC-Vorsitzenden Sobukwe eine Sondersitzung zur Lage in Azania durchgeführt. Auch die Todesurteile gegen die Sechs von Sharpeville wurden dabei beraten. Wir berichten über Verlauf und Ergebnisse der Tagung.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM
Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe – Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Comides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-R, KG (NHT), PA, VSP

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

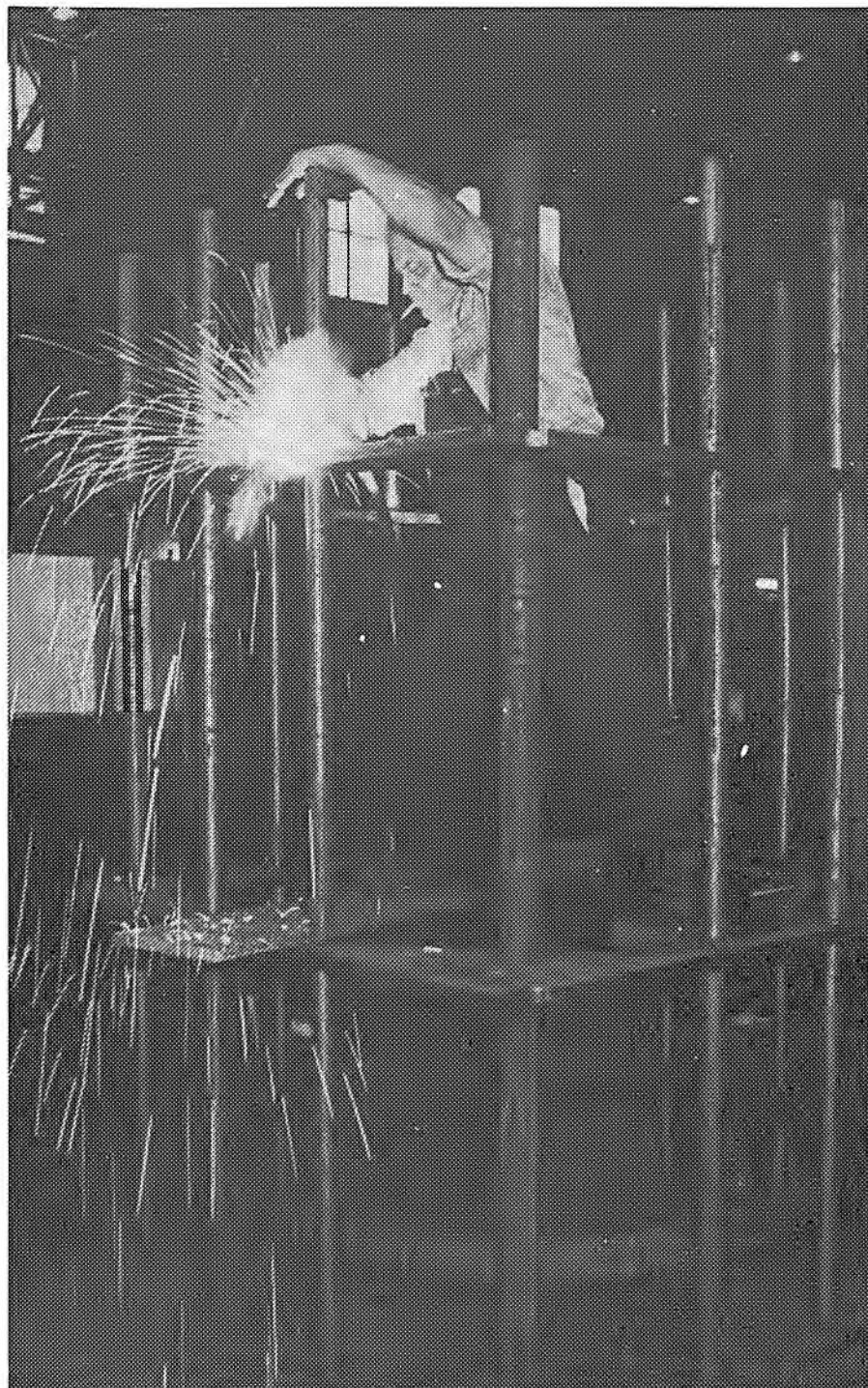
Politische Berichte



18. März 1988
Jg. 9 Nr. 6

G 7756 D

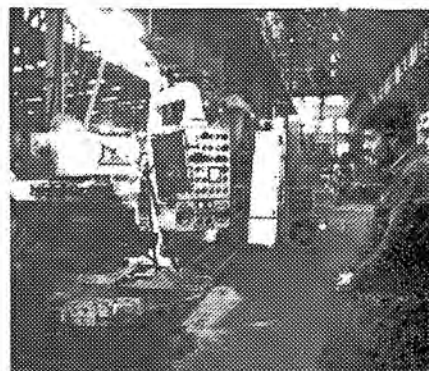
Preis:
2,50



Innere Sicherheit: Zentralstaatliche Verfolgung antikapitalistischer und antiimperialistischer Kritik Seite 4



Politische Gefangene: Der Fall der Sharpeville-Sechs vor dem UN-Sonderkomitee gegen Apartheid Seite 10



Schichtarbeit: Die Kapitalisten dehnen Arbeitstag und Arbeitswoche aus. Die Arbeiterbewegung sollte steigende Kosten geltend machen Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM